

# 70 Jahre

## Arbeit und Leben

Eine Reise zu mehr  
Demokratie, Teilhabe  
und Emanzipation



**Arbeit und  
Leben**

BERLIN-BRANDENBURG



# 70 Jahre

Arbeit  
und Leben

Eine Reise zu mehr  
Demokratie, Teilhabe  
und Emanzipation



**Arbeit und  
Leben**

BERLIN-BRANDENBURG

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung: 70 Jahre Arbeit und Leben – eine Reise zu mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation</b> Christian Hoßbach, Henning Kruse	Seite 6
<b>Grußwort</b> Ralf Wieland	Seite 8
<b>Grußwort</b> Prof. Dr. Ulrike Liedtke	Seite 10
<b>Grußwort</b> Elke Breitenbach	Seite 12
<b>Grußwort</b> Sandra Scheeres	Seite 14
<b>Grußwort</b> Britta Ernst	Seite 15
<b>Grußwort</b> Elke Hannack	Seite 17
<b>70 Jahre Arbeit und Leben Berlin</b> Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann	Seite 20
<b>Vom Nutzen der politischen Bildung</b> Barbara Menke	Seite 26
<b>Aufstieg durch Bildung</b> Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB	Seite 29
<b>Die Demokratie mit Leben füllen – für eine selbstbewusste Erwachsenenbildung in unsicheren Zeiten</b> Dr. Ulrich Raiser	Seite 32

**Politische Erwachsenenbildung in der postmigrantischen Gesellschaft:  
diversitätssensibel – diskriminierungskritisch – inklusiv**

Thomas Gill

Seite 35

**Wie politisch ist die Digitalisierung? Bildungsurlaub ist wichtiger denn je**

Prof. Dr. Bernd Käßlinger

Seite 39

**Stärkung des Demokratiebewusstseins über Bildungsarbeit im Kiez**

Angelika Schöttler

Seite 42

**Mitbestimmung und Demokratie – zwei Seiten einer Medaille**

Irene Schulz

Seite 45

**Dunkelbunte Bilanz – politische Bildung im Osten**

Prof. Dr. Christoph Meyer

Seite 49

**Arbeitspolitik braucht Arbeit und Leben**

Margrit Zauner

Seite 52

**Bildung und Qualifizierung: Anker in einer sich immer schneller verändernden Welt**

Alexander Schirp

Seite 55

**Brauchen soziale Berufe eine besondere gesellschaftliche Wertschätzung?**

Elke Ahlhoff

Seite 58

**Migration und politische Bildung**

Safer Çınar

Seite 61

# 70 Jahre Arbeit und Leben – eine Reise zu mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation



**Christian Hoßbach**  
Vorsitzender des Vorstands



**Henning Kruse**  
Geschäftsführer

## **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,**

mit der Vereinsgründung durch seine Träger, dem DGB und den Berliner Volkshochschulen, im Jahr 1951 machte sich Arbeit und Leben auf den Weg, über die politische Bildungsarbeit die Mitverantwortung und die Mitbestimmung in der Gesellschaft zu stärken. Es begann eine nunmehr 70 Jahre andauernde Reise hin zu mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation. 70 Jahre mit vielen Stationen, bei denen sich der Verein mit seiner Bildungsarbeit immer wieder den jeweiligen gesellschaftspolitischen Herausforderungen gestellt hat. Mit dieser Festschrift wollen wir die Reise des Vereins durch Beiträge von Mitstreitenden, Unterstützer\*innen und Freund\*innen des Vereins ein Stück weit nachvollziehen und wichtige Entwicklungen rund um die politische Bildung in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft sichtbar machen.

Die Reise startet mit einem wunderbar anschaulichen Beitrag von Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann zur Entwicklung der Bildungsarbeit bei Arbeit und Leben Berlin von den 1970-er bis in die 2010-er Jahre. Die in dieser Zeit umgesetzten Vereinstätigkeiten umfassten politische Bildungs-, Jugend- und Auslandsseminare ebenso wie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Es folgen Beiträge von Barbara Menke vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Ehrenvorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes DVV, Dr. Ulrich Raiser von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Thomas Gill von der Landeszentrale für politische Bildung. Sie beschäftigen sich in ihren Beiträgen mit dem Stellenwert und der Bedeutung der politischen Bildung und der Erwachsenenbildung, u. a. über eine historische Betrachtung zum Gegenstand, aber auch mit einem Blick in die Zukunft. Diesen Blick in die Zukunft greift Professor Dr. Bernd Käßlinger in dem anschließenden Beitrag auf und identifiziert Vor- ebenso

wie Nachteile der zunehmenden Digitalisierung im Bildungsbe-  
reich. Dabei formuliert er gleichzeitig eindrucksvoll ein Plädoyer  
für den Bildungsurlaub als Instrument für Bildungszeiten.

Wie politische Bildung lebensweltnah umgesetzt werden kann,  
zeigt Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempel-  
hof-Schöneberg, in ihrem Beitrag anhand von Beispielen zur  
Bildungsarbeit in einem Berliner Kiez auf.

Die Aktualität und Notwendigkeit gewerkschaftlicher Bildungs-  
arbeit als essenzieller Beitrag zur politischen Bildung in der  
Arbeitswelt wiederum beschreibt Irene Schulz vom Bundes-  
vorstand der IG-Metall in ihrem Beitrag sehr nachdrücklich. Der  
Beitrag mündet in der Forderung: „politische Bildung muss in  
diesen Zeiten radikal aufgewertet werden“. Das können wir gern  
unterschreiben.

Größere „Stationen“ auf der Reise des Vereins waren Mauerfall  
und Wiedervereinigung, was die Berliner Landesorganisation  
von Arbeit und Leben in ganz besonderem Maße forderte. So  
folgte der Vereinsgründung von 1951 die Gründung des Vereins  
Arbeit und Leben Brandenburg im Jahr 1991, der dann wenige  
Jahre später mit dem Berliner Verein fusionierte. Die politische  
Bildungsarbeit in den ostdeutschen Bundesländern stellte uns  
vor neue Herausforderungen, die in dem Beitrag von Professor  
Dr. Christoph Meyer sehr „lebensweltnah“ beschrieben werden.

Ende der Nullerjahre widmete sich Arbeit und Leben vermehrt  
den Themen der Beruflichen Bildung und der arbeits- und  
sozialrechtlichen Beratung von Menschen mit Migrationshinter-  
grund und Fluchterfahrung. Der Verein hat sich zur Aufgabe  
gemacht, für diese beiden Bereiche Menschen, die grundsätz-  
lich weniger von bestehenden Bildungs-, Informations- und  
Beratungsangeboten partizipieren, einen niedrighschwelligen  
Zugang zu diesen zu verschaffen bzw. sie zu befähigen, diese  
Angebote in Anspruch nehmen zu können. Damit wird eine  
wichtige Voraussetzung für mehr und gleichberechtigtere Teil-  
habe und Mitbestimmung in der Arbeitswelt geschaffen. Der  
Beitrag von Margrit Zauner von der Senatsverwaltung für Inte-  
gration, Arbeit und Soziales greift genau diesen Aspekt auf und  
beschreibt, welche Rolle Teilhabe und Mitbestimmung auch  
im Kontext der beruflichen Bildung spielen. Alexander Schirp  
von den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg beleuch-  
tet in seinem Beitrag sehr explizit die Bedeutung von Bildung  
und Qualifizierung in der Arbeitswelt und bezeichnet diese  
als „Anker in einer sich immer schneller verändernden Welt“.  
Auch dem kann man nur vorbehaltlos zustimmen. Ein weite-  
rer wichtiger Aspekt für das Funktionieren von Teilhabe und  
Mitbestimmung ist die Rolle von Wertschätzung für die Arbeit  
von Beschäftigten. Elke Ahlhoff von ArbeitGestalten beschreibt  
in ihrem Beitrag am Beispiel der Wertschätzung von sozialen  
Berufen einen konkreten Weg, wie dies erreicht werden kann.  
Die Bedeutung der Migrationsarbeit für mehr gesellschaftliche  
Teilhabe wiederum greift Safter Çınar in seinem Beitrag „Migra-  
tion und politische Bildung“ auf.

Abschließend möchten wir noch die Gelegenheit nutzen, uns,  
auch im Namen des gesamten Vereinsvorstands, bei den  
Autor\*innen der Fachbeiträge und der Grußworte für ihre Bei-  
träge zur Jubiläumsschrift zu bedanken. Außerdem möchten  
wir Danke sagen an alle Mitstreiter\*innen der letzten Jahre, die  
diese Reise von Arbeit und Leben mit ihrem Engagement und  
ihrer Unterstützung erst ermöglicht und die den Verein auch in  
schwierigen Jahren mitgetragen haben. Last, not least danken  
wir herzlichst den Beschäftigten des Vereins, die mit ihrer täg-  
lichen Arbeit den Erfolg von Arbeit und Leben garantieren.

70 Jahre Einsatz für mehr Demokratie, Teilhabe und Eman-  
zipation für inzwischen viele Generationen Menschen in Berlin  
und Brandenburg liegen hinter uns. Setzen wir uns gemeinsam  
mit Ihnen und Euch dafür ein, diese 70-jährige Erfolgsges-  
chichte fortzuschreiben.

Herzliche Grüße

Christian Hoßbach, Vorsitzender des Vorstands

Henning Kruse, Geschäftsführer

# Grußwort

## Ralf Wieland

Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin



**Zu Ihrem 70. Jubiläum sende ich Ihnen herzliche Glückwünsche aus dem Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 1951 leisten Sie in Berlin Ihre wichtige Arbeit für soziale und kulturelle Teilhabe von Arbeiterinnen und Arbeitern.**

Als Zusammenschluss von Deutschem Gewerkschaftsbund und den Volkshochschulen in Berlin lag der Schwerpunkt in den ersten Jahren auf der Emanzipation der Arbeiterschaft. Durch die überparteilichen und konfessionsfreien Bildungsangebote hat Arbeit und Leben mit dazu beigetragen, dass die Demokratisierung in Betrieben und bei der Belegschaft in der Nachkriegszeit voranging und ein demokratischer Neubeginn möglich wurde.

Gerade in dieser Zeit war es nicht selbstverständlich, Arbeiterinnen und Arbeitern kulturelle Bildungsangebote zu machen und ihnen damit neue Lebenswelten und Möglichkeiten zu eröffnen. Die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten waren groß und berufliche Wege oft familiär vorgegeben. Auch durch Ihre Angebote hatten viele Menschen die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren, neue Perspektiven zu entdecken und beruflich aufzusteigen.

Durch politische Bildungsangebote wie die Ihren ist es zudem gelungen, die Partizipation von Arbeiterinnen und Arbeitern zu stärken. Mehr demokratische Mitbestimmung in Betrieben, die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und die wachsende Bedeutung von Angeboten der Volksbildung in Berlin – das ist auch Ihr Verdienst.

Das Jahr 1990 war für unser Land und unsere Stadt von besonderer Bedeutung. Mit der deutschen Wiedervereinigung endete die Teilung Berlins. Für „Arbeit und Leben“ war dies eine neue Herausforderung. Angebote für die ganze Stadt zu machen, war nun die Aufgabe. Vor dem Hintergrund der

unterschiedlichen Strukturen in Ost und West sowie der wachsenden Arbeitslosigkeit zu Beginn der 1990-er Jahre war dies sicher nicht immer leicht.

Kurze Zeit später erweiterte sich Ihr Wirkungsgebiet auch auf das Land Brandenburg. Eine weitere Herausforderung für Ihren Verein. So hieß es jetzt nicht nur, Angebote für Menschen in der Stadt zu gestalten, sondern auch Themen der ländlichen Räume sowie den Strukturwandel und die einsetzende Landflucht aufzunehmen.

Die Themen soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, Chancengleichheit und Solidarität sind auch heute wesentliche Ziele Ihrer Jugend- und Erwachsenenarbeit. Die sich wandelnde Arbeitswelt, zunehmende Digitalisierung und neue Arbeitsmodelle führen zu einer wachsenden Unsicherheit bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und stellen Gewerkschaften und Bildungsträger vor eine neue Herausforderung. Neue Medien und neue Formen von Beteiligung sorgen dafür, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter immer öfter abgehängt fühlen. Hier Ängste zu nehmen und Bildungsangebote zu unterbreiten, ist besonders wichtig.

Zudem haben wir in den letzten Jahren erlebt, wie die Demokratie und der öffentliche Dialog an vielen Stellen immer mehr unter Druck gerät. Die Demokratieförderung und die politische Bildung hat daher in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung. Gemeinsam wird es in den nächsten Jahren unsere Aufgabe sein, gegenzuhalten, wenn demokratische Gepflogenheiten und unsere offene Gesellschaft infrage gestellt werden. Das Thema demokratische Mitbestimmung in Betrieben, zu dem Sie seit vielen Jahren durch Ihre Schulungen beitragen, ist heute genauso aktuell wie zu Beginn Ihrer Geschichte. Auch heute noch erleben wir, wie in Firmen, gerade auch in der Berliner Start-up-Szene, Menschen durch prekäre und

unwürdige Arbeitsbedingungen ausgebeutet werden und betriebliche Mitbestimmung verhindert wird. Die Beschäftigten in diesen „neuen“ Branchen sind sicher eine weitere Zielgruppe für die zukünftige Arbeit von Arbeit und Leben.

Denn auch heute noch haben Sie besonders diejenigen im Blick, die es nicht so leicht haben. Bildungsbenachteiligte zu schulen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen, Menschen eine zweite und dritte Chance zu ermöglichen und Arbeiterinnen und Arbeitern Demokratie und Kultur zu vermitteln: Dafür steht Ihr Verein auch heute noch.

Wie vieles im letzten Jahr war auch Ihre Arbeit durch die Coronapandemie stark beeinflusst und verändert. Präsenzseminare und Begegnungen vor Ort konnten nicht mehr stattfinden. Dass Sie es in kurzer Zeit geschafft haben, einen großen Teil Ihrer Angebote auf digitale Formate umzustellen und Ihre Zielgruppen nicht aus dem Blick zu verlieren, verdient großen Respekt. Und eines ist sicher, der Bedarf an Bildung und Unterstützung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird nach der Pandemie nicht kleiner. Es ist daher gut zu wissen, dass Sie als Expertinnen und Experten, die sich schon lange mit dem Wandel der Arbeitswelt, der Digitalisierung und Teilhabe in der digitalen Welt beschäftigen, auch in Zukunft an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter stehen werden.

Für Ihr Jubiläum wünsche ich Ihnen alles Gute und ich hoffe, dass Sie trotz der Umstände einen Weg finden, angemessen zu feiern.

Ich bin froh, dass Sie auch weiterhin an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg stehen. Hierfür an dieser Stelle auch noch mal meinen herzlichen Dank!

Bleiben Sie gesund und engagiert!



# Grußwort

**Professorin Dr. Ulrike Liedtke**  
Landtagspräsidentin Landtag Brandenburg



## Liebe Leserinnen und Leser,

wer diese Festschrift in Händen hält, bei der oder dem lässt sich gewiss ein Grundinteresse am Thema politische Bildung vermuten. Da geht es Ihnen wie vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern: Im Prinzip nämlich, zeigen Umfragen, möchten sich die Menschen mit politischen Fragen befassen, mit den sie betreffenden Entscheidungen und ihren eigenen Möglichkeiten zur Beteiligung.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist bereit, sich zu engagieren und teilzuhaben an den gesellschaftlichen Angelegenheiten und Prozessen. Das hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>1</sup> vor zwei Jahren ergeben. Die „res publica“, Namensgeberin und Wesenskern der Republik und damit des demokratischen Gemeinwesens, wird also von den Menschen tatsächlich als ihre Sache betrachtet.

Zugleich wissen die meisten nicht recht, wie sie sich einbringen können und was das bringt. Eine Mehrheit, auch das offenbarte die genannte Studie, fühlt sich unzureichend informiert über politische Probleme und mögliche Lösungen. Viele Menschen sind ernüchert oder gar enttäuscht vom Zustand unseres Gemeinwesens: Weniger als die Hälfte der Befragten zeigte sich zufrieden damit, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert, in Ostdeutschland nur etwas mehr als ein Drittel. Zukunftspessimismus, Kritik an Ungleichheit, schwindendes Vertrauen in Regierungen und Parteien hängen demnach zusammen und bedingen einander. So war der Stand noch vor Corona und auf einem Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Pandemie hat die Zweifel an der Rationalität von Politik wohl noch verschärft, jedenfalls deutlicher sichtbar gemacht.

Nimmt man beides zusammen – Skepsis und Entfremdung einerseits, Bereitschaft zu und Wunsch nach Teilhabe andererseits –, so ergeben sich jede Menge Aufgaben für die politische Bildung wie auch für die Politik. Letztere muss sich öffnen für Ideen und Initiativen, die aus der Bevölkerung an sie herangetragen werden, auch jenseits der Stimmabgabe bei Wahlen. Parlamentarier und Regierende sind auf neue Weise gefordert, sich mit gesellschaftlichen Stimmungen und Strömungen auseinanderzusetzen. Wir müssen andere Meinungen ernst nehmen, ohne vorschnell zu urteilen oder sie gleich abzutun.

Das ist nicht immer einfach oder bequem, aber richtig und notwendig. Und es erfordert, eingefahrene Rituale zu überdenken und womöglich zu verändern. Wichtig erscheint das besonders dort, wo über Jahre oder Jahrzehnte dieselben Kräfte regieren. Routine ist vielleicht unvermeidlich, aber sie verträgt sich leider schlecht mit Innovation und Inspiration. Kontinuität und Offenheit für Neues gehören zusammen als zwei Seiten derselben Medaille: Sie dienen der Stabilität unserer Demokratie.

Den Trägern der politischen Bildungsarbeit kommt bei diesen Prozessen eine Rolle als Vermittler zu, die ermutigen und ertüchtigen sollen. Sie können auf Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit mit wechselnden Herausforderungen zurückblicken. Arbeiterbildungsvereine und Volkshochschulen haben sich seit dem 19. Jahrhundert Zielen gewidmet, um die es auch heute geht: die Förderung der Teilhabe möglichst vieler Menschen in Politik, Gesellschaft und Kultur – unabhängig von ihrem Stand oder Status, ihrer Herkunft und sonstigen Zuschreibungen.

<sup>1</sup> | Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers: *Vertrauen in die Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn 2019

In der alten Bundesrepublik haben die Gewerkschaften und die Volkshochschulen an diese Tradition angeknüpft mit dem Verbund „Arbeit und Leben“. Seit 1990 ist die Bildungseinrichtung auch im wiedererstandenen Brandenburg aktiv, annähernd die Hälfte ihres gesamten Daseins. Über 30 Jahre schon leistet „Arbeit und Leben“ Unterstützung für Brandenburgerinnen und Brandenburger, die sich fortbilden, weiterentwickeln, beteiligen möchten. Dafür sei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt!

Sicher, die Anfangszeit stand unter schwierigen Vorzeichen. Viele Menschen in unserem jungen Bundesland hatten über Jahre mit praktischen, oft existenziellen Problemen zu kämpfen. Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Alltagsorgen ließen Fragen nach gesellschaftlichem Engagement sekundär erscheinen, berufliche Qualifizierung oder Umorientierung standen im Mittelpunkt. Zudem war der Begriff „politische Bildung“ nach 40 Jahren DDR eher negativ besetzt, sie wurde häufig als Indoktrinationsversuch verstanden. Bemühungen, angesichts extremistischer Tendenzen vor allem bei Jugendlichen die politische Bildung als „Feuerwehr der Demokratie“ zu rufen, machten es nicht unbedingt leichter.<sup>2</sup>

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass sich die Verhältnisse in Berlin und Brandenburg angeglichen haben, aber keineswegs gleich geworden sind. Die Politik wie auch die politische Bildungsarbeit sollten zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen, dass viele Menschen in Ostdeutschland nach wie vor eigene Sichtweisen und Empfindsamkeiten haben. Das mag in Bayern oder Ostfriesland grundsätzlich ebenso der Fall sein; nur stoßen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg die Unterschiede direkter aufeinander als anderswo in der Republik.

Mit einer angeblichen „Diktatursozialisierung“ der Ostdeutschen hat das nicht das Geringste zu tun, dagegen viel mit spezifischen Erfahrungen insbesondere nach dem Ende der Diktatur bis heute. Solange die Lebensverhältnisse in Ost und West noch so unterschiedlich sind wie gegenwärtig, von den Einkommen über Vermögen bis zu Aufstiegschancen, kann sich niemand ernsthaft darüber wundern, dass in den ostdeutschen Ländern ein gewisser Unmut bleibt und sich gelegentlich äußert.

Was heißt das für die politische Bildungsarbeit? Sie lässt sich, erstens nicht nach einheitlichen Mustern umsetzen. Besondere Situationen erfordern unterschiedliche Maßnahmen. Zweitens braucht wirksame Arbeit mit und für Menschen Ressourcen, finanziell wie personell. Mit Sparen lässt sich demokratische Teilhabe schlecht fördern. Und drittens: Ein langer Atem ist nötig, Geduld und Beharrlichkeit. Das alles wünsche ich auch „Arbeit und Leben“ in der Hoffnung, dass

wir in acht Jahren – wenn die gemeinsame Zeit des Verbundes in Berlin und Brandenburg die erste „Berliner Phase“ an Länge überholen wird – zufrieden auf die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts zurückblicken können, weil sie dank vereinter Anstrengungen in allen Regionen und Städten ein Mehr an demokratischer Teilhabe und Engagement gebracht haben. Das wird den Menschen wie der Politik nützen.

<sup>2</sup> | Vgl. Albert Scharenberg: *Zustand und Perspektiven der politischen Bildungsarbeit in Ostdeutschland*; aus *Politik und Zeitgeschichte* B7-8/2004

# Grußwort

## **Elke Breitenbach**

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales  
des Landes Berlin



### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

vor 70 Jahren haben sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Berliner Volkshochschulen verabredet, durch Weiterbildung die Stellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Gesellschaft und Beruf zu verbessern, und dazu den Landesverband Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg gegründet. Herzlichen Glückwunsch!

Die Gründungsväter und -mütter erkannten schon früh den Stellenwert der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems. Bildung ein Leben lang ist existenziell notwendig. Technologische Entwicklungen, Globalisierung und Digitalisierung machen die Lebens- und Arbeitswelt immer komplexer. Bildung ist mehr als Schule, Bildung begleitet uns ein Leben lang. Bildung ist eine Einheit von vorschulischer Bildung, Schulbildung, Berufsausbildung, Studium, Qualifizierung im Beruf und – Bildung außerhalb des Berufslebens, als Einheit von formaler und informaler Bildung, als Zusammenspiel von beruflicher und politischer Bildung.

Die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, unserer Demokratie und des Wirtschaftsstandorts Deutschland hängt in hohem Maße von Kompetenzen und Qualifikationen der Menschen ab. Bildung und Wissen sind der Schlüssel, um den wachsenden Herausforderungen im persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bereich gerecht zu werden. Um diesem Wissensdurst nachzukommen, bietet Arbeit und Leben seit Anbeginn ein vielfältiges Bildungsangebot an und trägt damit dazu bei, dass sich die ARBEIT und das LEBEN der Menschen sozial gerecht, chancengleich und solidarisch entwickeln können.

Um diese Bildungsangebote nutzen zu können, gibt es seit vielen Jahren die Möglichkeit des Bildungsurlaubs. Zum 1. September 2021 tritt eine Gesetzesnovellierung in Kraft. Aus Bildungsurlaub wird dann Bildungszeit. Bildungszeit heißt, dass Beschäftigte sich von der Arbeit freistellen lassen können, um an einer anerkannten Weiterbildung teilzunehmen – und das bei fortlaufender Lohnzahlung. Die Freistellung ist möglich für berufliche Weiterbildung, politische Bildung und jetzt auch für die Qualifizierung zum Ehrenamt. Darüber freuen wir uns besonders. Die ehrenamtliche Tätigkeit spielt in Berlin in sportlichen, kulturellen und sozialen Bereichen traditionell eine große Rolle. Mit der Einbeziehung der Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeiten soll das Engagement der Bürgerinnen und Bürger des Landes weiter gestärkt werden. Den engagierten Menschen kann damit auch Wertschätzung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit entgegengebracht werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten stehen im besten Sinne für Mitbestimmung, Beteiligung und eine starke und wehrhafte Demokratie. Das sind Ziele, die die Gewerkschaften und Volkshochschulen und damit Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg seit Anbeginn vertreten und leben.

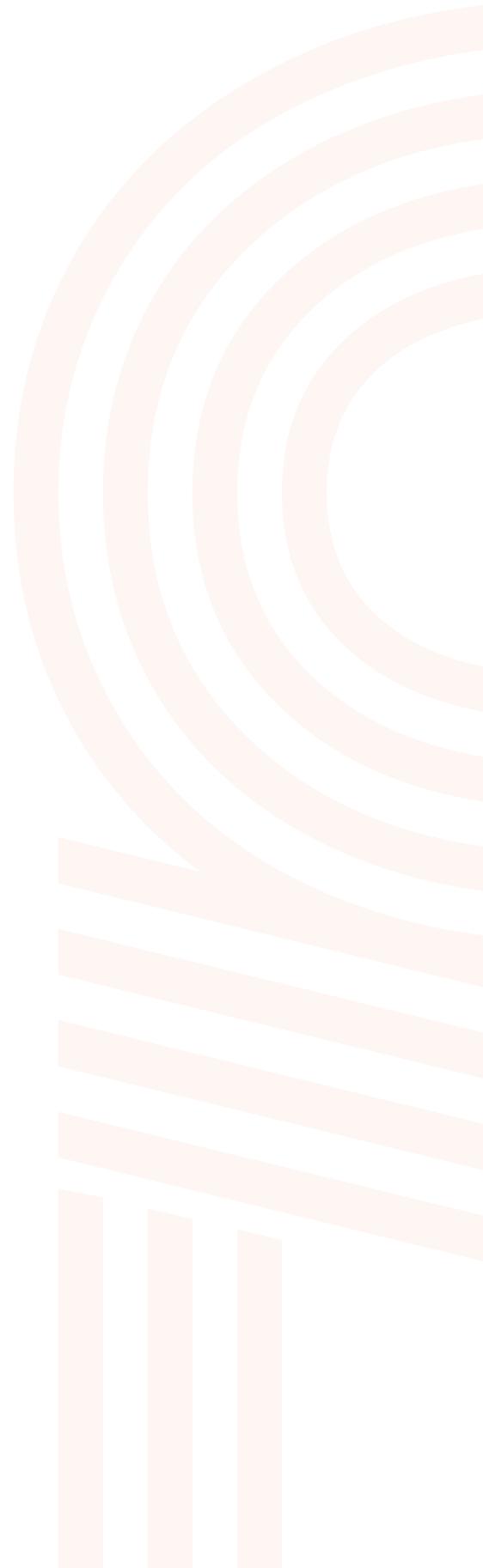
Die Berliner Weiterbildungslandschaft zeichnet ein besonderes Merkmal aus. Berlinerinnen und Berliner können sich kostenfrei in einer Beratungsstelle des Netzwerks „Berliner Beratung zu Bildung und Beruf“ zu allen Fragen rund um Ausbildung, Studium, Beruf und berufliche und persönliche Weiterbildungsmöglichkeiten beraten lassen. Wer möchte, kann sich auch online über Bildungsangebote und Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Ca. 20.000 Berlinerinnen und Berliner nutzen jedes Jahr dieses Angebot. Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg erfasst mit seinem Monitoring- und Berichtssystem Casian anonymisiert alle Beratungsanliegen. Welche unterschiedlichen Angebote gibt es, wie intensiv werden sie genutzt und welche Veränderungen können sie bei den

Ratsuchenden bewirken? Dank des Berichtssystems kann das Beratungsangebot besser an die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden angepasst werden.

Ich danke dem Verein Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg und allen seinen mit und für ihn Tätigen für das vielseitige Engagement zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung. Nur mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Berliner Landesorganisation Arbeit und Leben ist es möglich, die gesamte Bandbreite der Berliner Bevölkerung zu erreichen. Ich freue mich deshalb auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und wünsche viel Kraft für die weitere sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit des gesamten Teams.

Herzlichen Grüße  
Ihre

Elke Breitenbach  
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



# Grußwort

## **Sandra Scheeres**

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie  
des Landes Berlin



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

### **ich gratuliere Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg von ganzem Herzen zum 70. Geburtstag!**

Gerade in diesen politisch unruhigen Zeiten sind Vereine wie Arbeit und Leben e. V. für unsere Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Für eine starke Demokratie, gegen Populismus und Verschwörungsmythen braucht es vor allem aufgeklärte, selbstständig denkende Bürgerinnen und Bürger. Die Erwachsenenbildung hat schon früh genau diese Haltung vertreten. Um sich Wissen und Kompetenzen anzueignen, neue Erfahrungen zu machen und sich vom Austausch mit anderen Menschen bereichern zu lassen, brauchen Bürgerinnen und Bürger aber auch entsprechende Angebote und Orte. Diese Räume boten schon vor 100 Jahren insbesondere die Volkshochschulen und die Gewerkschaften. Es ist deshalb kein Zufall, dass sich Arbeit und Leben e. V. aus einer engen Kooperation und der gemeinsamen Geschichte dieser beiden so wichtigen Institutionen gebildet hat. Gewerkschaften und Volkshochschulen standen schon immer für Mitbestimmung, Beteiligung und eine starke und wehrhafte Demokratie. Und sie stehen für die Idee des lebenslangen Lernens, lange bevor dieser Begriff Einzug in die politischen Programme und Debatten gefunden hat.

Gäbe es Arbeit und Leben noch nicht, man müsste die Einrichtung spätestens heute gründen. Mit seinem breiten Programm erreicht der Verein Menschen, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden, aber nicht immer im Rampenlicht stehen. Dazu gehören zum Beispiel auch Betriebsratsmitglieder, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit geringer Literalität. Dieses breite und zugängliche Angebot schätze ich sehr an Ihrer Arbeit. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Sie diesen klaren Kurs und Ihre klare Haltung beibehalten. Arbeit und

Leben Berlin-Brandenburg ist heute stabil und professionell aufgestellt. Mein herzlicher Dank für die sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit in den vergangenen Jahren gilt vor allem den beiden Vorsitzenden Christian Hoßbach und Susanne Roggenhofer sowie dem Geschäftsführer Henning Kruse. Ich danke aber auch der Belegschaft von Arbeit und Leben, die sich in schwierigen Zeiten in eine Neuorientierung eingebracht und den eingeschlagenen Weg solidarisch mitgetragen hat. Das ist nicht selbstverständlich, und ohne Sie wäre der Verein nicht dort, wo er jetzt steht.

Mit dem Anfang August in Kraft getretenen Erwachsenenbildungsgesetz hat Berlin Ihnen ein schönes Geburtstagsgeschenk gemacht, das nun mit Leben gefüllt werden will. Auch auf Arbeit und Leben warten in den kommenden Jahren Weiterentwicklung und Weichenstellung. Dafür wünsche ich allen Beteiligten eine glückliche Hand und Geschick. Sie können sicher sein, dass das Land Berlin alles dafür tun wird, Sie auch künftig auf Ihrem Weg zu unterstützen.

Herzlichen Grüße  
Ihre

Sandra Scheeres

# Grußwort

## **Britta Ernst**

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport  
des Landes Brandenburg



Arbeit und Leben feiert sein 70-jähriges Jubiläum. Hier bündelten der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Volkshochschulen ihre Kompetenzen, um überparteilich und konfessionsfrei Bildungsangebote zu schaffen und demokratisches Handeln zu fördern. Seit 1951 ist Arbeit und Leben in den vielfältigsten Formaten und Angebotsformen aktiv, um Jugendliche und Erwachsene zu ermutigen, sich in die Gesellschaft einzumischen. Von der emanzipatorischen Bildung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Nachkriegsjahren der alten Bundesrepublik über das Engagement in Brandenburg nach der Wiedervereinigung bis zur Generation YouTube von heute gilt es immer wieder, sich auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und neue Kommunikationsformen einzustellen.

### **Der Stellenwert der politischen Bildung heute**

Durch meinen Verantwortungsbereich in Brandenburg bin ich täglich mit Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch, die sich vor nun 30 Jahren aus der ihnen verordneten Unmündigkeit befreiten. Der darauffolgende Transformationsprozess, der bis heute anhält, hat unser gesamtes Land gefordert und verändert. Er hat auch zu Verunsicherungen geführt und zeigt, wie zielgenau gerade politische Jugend- und vor allem Erwachsenenbildung agieren muss. Sie muss an die Erfahrungen und die Lebenswelt der Menschen anknüpfen, sensibel die Bedürfnisse erkunden und vor allem eins: das Gefühl von Selbstwirksamkeit vermitteln. Die Folgen der Unterdrückung von Freiheit, Mündigkeit und Menschenrechten in zwei Diktaturen haben ihre Spuren hinterlassen und prägen auch noch die folgende Generation. Was es heißt, mündig und selbstaktiv agieren zu können, aber auch zu müssen, um die Demokratie zu gestalten, ist eine wichtige Erfahrung. Dazu muss täglich ermutigt und ermuntert werden. Vereine wie Arbeit und Leben tragen mit ihrem Engagement vor Ort seit Jahren dazu bei.

### **Pandemie**

Aber nicht nur Revolutionen und gesellschaftliche Umbrüche prägen unser Miteinander und das Leben jedes Einzelnen. Pandemische Entwicklungen, die uns zwingen, gewohntes Zusammenleben und Kommunikationsformen aufzugeben, fordern uns heraus. Da ist das Vertrauen in das Handeln der politischen Verantwortungsträger genauso wichtig wie der multiperspektivische Blick auf alle Sorgen und Bedürfnisse. Das hat uns allen in den zurückliegenden Monaten viel Kraft abgefordert und ich nehme die Stellungnahme der GEMINI „Politische Jugendbildung in Corona-Zeiten“ sehr ernst. Politische Jugendbildung befähigt junge Menschen, ihre Interessen demokratisch und kritisch zu vertreten und hörbar zu machen. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen formalen und non-formalen Strukturen und eine stabile und auf Dauer gestellte Förderung gehören deshalb zu den Kernanforderungen.

Krisen wirken wie ein Brennglas. Sie lenken unseren Blick auf gesellschaftliche Themen, die schon vorher existierten, und verstärken sie. Wenn es dann zur richtigen Zeit keine Unterstützungsangebote gibt, können Ängste auch in die Irre führen. Als Politikerinnen und Politiker, als gesellschaftliche Akteure und politische Bildnerinnen haben wir die Aufgabe und Verpflichtung, auf notwendige gesellschaftliche Veränderungen zu schauen und diese mit politischen Bildungsangeboten zu unterstützen. Arbeit und Leben kennt diesen Stein des Sisyphos aus nunmehr 70 Jahren Bildungsarbeit. Da geht es nicht immer nur um mehr Geld. Da geht es auch um Kreativität und Selbstverantwortung jedes einzelnen Akteurs vor Ort.

Wichtig ist, das Nachdenken über die eigene und die gesellschaftliche Zukunft anzuregen, zu gesellschaftlich innovativem Handeln zu ermutigen und diesen Prozess zu begleiten.

## **Zukünftige Aufgaben und Herausforderungen der politischen Bildung**

### **1. Politische Bildung ist nicht wertfrei**

Die politische Bildung ist durch die Behauptung, schulische und außerschulische Bildung unterliege einem „Neutralitätsgebot“, aktuell herausgefordert. Damit wird die Frage nach den Aufgaben von Bildung in der Demokratie und nach der Haltung gestellt. Die Demokratie beruht auf der Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Es ist die Aufgabe von politischer Bildung in der Demokratie, für demokratische Grundwerte einzutreten und gegen antidemokratische, antipluralistische und menschenfeindliche Positionen Stellung zu beziehen.

### **2. Politische Bildung ist überparteilich und kontrovers**

Die politische Bildung ist der Multiperspektivität bei der Darstellung von historischen und politischen Sachverhalten verpflichtet. Auch Positionen, die Verschwörungserzählungen nachhängen und antidemokratische Inhalte transportieren, müssen gehört, dekonstruiert und widerlegt werden. Es ist unbequem, es kostet Zeit und ja, es ist anstrengend. Aber es muss sein. Ausgrenzung ist keine Option. Nur über selbstständiges Denken und das Ermutigen, eine eigenständige politische Meinung zu entwickeln und zu vertreten, kommen wir ans Ziel. Wenn wir diesen Prozess umgehen, haben wir unser Ziel verfehlt. Alles, was wir in der öffentlichen Debatte ausgrenzen, findet einen anderen Ort und sucht sich Wege. Im Sportclub, bei der Feuerwehr, in den Gewerkschaften oder in diversen Chats im Netz.

### **3. Demokratische Errungenschaften müssen geschützt werden**

70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution wird die Atmosphäre in unserem Land multikultureller, diverser, bunter und mehrstimmiger. Es treten neue Debatten auf. Es geht um Teilhabe und um Veränderung. Die Veränderungen machen vielen Menschen Sorge und führen auch zu Hass und Hetze. Politische Bildung muss sich diesen Auseinandersetzungen stellen, sie soll Menschen ermutigen, sich Neuem zu öffnen, aber auch die demokratischen Errungenschaften unseres Staates zu schützen. Rassismus, Antisemitismus und Verletzung der Menschenwürde stehen nicht zur Debatte. Hier endet auch die Kontroverse. Deshalb stehen wir für eine politische Bildung, die die politischen Konsequenzen demokratiefeindlicher Ideologien und Gesellschaftsentwürfe offenlegt.

### **4. Pluralität der Ansätze und der Träger der politischen Bildung**

Eine Verengung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, eine ausschließliche Fixierung auf die Extremismusprävention ist jedoch abzulehnen. Die weltanschaulich multiperspektivische Verschiedenheit der Träger der politischen Bildung ist das Salz in der Suppe der Demokratie.

Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, ihre Mündigkeit und das Gefühl der Selbstwirksamkeit jedes einzelnen Menschen ist die Voraussetzung für eine lebendige, bunte und lebenswerte Gesellschaft, an der wir weiterarbeiten wollen.

Lasst uns den neuen Fragen und Herausforderungen gemeinsam ins Auge sehen und sie beherzt angehen.

# Grußwort

## Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes



### „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“, sagt Franz Kafka

Vor 70 Jahren hat sich Arbeit und Leben Berlin auf eine Reise begeben. Diese Reise hatte bis heute viele Stationen und ist noch lange nicht zu Ende. Auf ihr werden und wurden immer wieder neue Wege beschritten, das Ziel aber wurde nie aus den Augen verloren: Es ging und geht darum, durch Bildung und Weiterbildung mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation in die Arbeit und in das Leben der Menschen zu bringen.

Welche Ereignisse bestimmen den Beginn dieser Reise im Jahr 1951? Der Europarat beschließt die Aufnahme der Bundesrepublik als Vollmitglied; in West-Berlin wird die Todesstrafe abgeschafft; das Bundesverfassungsgericht nimmt in Karlsruhe seine Arbeit auf – allesamt Ereignisse, die der demokratischen Entwicklung und der europäischen Integration der jungen Bundesrepublik und ihrer Länder dienen. Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die betriebliche Demokratie ist 1951 schließlich ein besonderes, ein Schlüsseljahr. 1951 verabschiedet der Deutsche Bundestag das Gesetz über die Montanmitbestimmung, also die paritätische Mitbestimmung im Bergbau und in der Stahlindustrie. Das sind die Schlüsselindustrien für den westdeutschen Wiederaufbau. Bewegte Zeiten also für das neu gegründete Arbeit und Leben, um als Bildungsorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Volkshochschulen den demokratischen Neubeginn nach 1945 mit politischer Bildung zu unterstützen.

Diese Mission ist auch Jahrzehnte später nicht abgeschlossen: Heute, im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und vertiefter sozialer Spaltung, ist eine emanzipatorische und arbeitnehmer\*innenorientierte Bildung sowie die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nötiger denn je.

Einige Wege, die Arbeit und Leben Berlin hierfür beschreitet, möchte ich im Folgenden kurz skizzieren und ihre Dimensionen beleuchten.

### Für die Demokratie eintreten!

„Wahlen allein machen noch keine Demokratie“ – das Zitat von Barack Obama macht in prägnanter Form deutlich, dass die Demokratie eine Staatsform ist, die zentral auf der kontinuierlichen Beteiligung und dem Engagement aller Bürger\*innen beruht. Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern auch eine Lebensform, die auf gleichberechtigten Chancen zur Mitgestaltung basiert. Gleichzeitig ist die Demokratie die Staatsform, die immer und besonders von jeder nachwachsenden Generation neu gelernt werden muss. Aktiv Demokratie zu gestalten und weiterzuentwickeln ist nicht vorstellbar ohne Bildung, ohne politische Bildung oder wie es häufig formuliert wird ohne Demokratiebildung.

Dieses Selbstverständnis prägt die Bildungsarbeit von Arbeit und Leben insgesamt und von Berlin im Besonderen: Jeweils aktuell geht es darum, für demokratische Grund- und Menschenrechte einzutreten und gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Mit dem im Juni des Jahres 2021 gegründeten „Bündnis gegen Antisemitismus Tempelhof-Schöneberg“ hat Arbeit und Leben Berlin hier ein deutliches Zeichen gesetzt. Gemeinsam mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und sieben weiteren Institutionen ist es Ziel, gegen jegliche Form von Antisemitismus einzutreten und gleichzeitig jüdische Lebensrealitäten heute im Bezirk sichtbar zu machen. Aktionen und Bildungsangebote im Stadtteil sowie Netzwerkarbeit und Pflege von historischen Stolpersteinen zählen zu den Aktivitäten. Damit wird die politische Bildungsarbeit in ein breites demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie eingebunden.

„Berliner Demokratie verstehen und gestalten“ mit diesem Projekt richtet sich Arbeit und Leben insbesondere an junge Geflüchtete. Organisiert werden Begegnungen zwischen ihnen, Politik und Vertretungen der Zivilgesellschaft. Um in der Coronapandemie die Kontakte untereinander nicht abbrechen zu lassen, wurde die Runde ins Radio „verlegt“. Gemeinsam mit dem „We are born free! Empowerment Radio“ finden Austausche und Gespräche zu allen gesellschaftspolitischen Themen statt.

### **Teilhabe stärken!**

Teilhabe in der Arbeits- und Lebenswelt ist eine der zentralen Ziele von Arbeit und Leben Berlin. Bildung und Beratung gehören in diesem Kontext eng zusammen, um eine gleichberechtigte Teilhabe in der Arbeit und im Leben zu ermöglichen. Gerade in der Arbeitswelt ist dies nicht für alle gleichermaßen möglich. Ob in der Industrie, der Pflege oder im Handwerk, überall werden Fachkräfte gesucht. Zentrale Voraussetzung für die Teilhabe in der Arbeitswelt ist und bleibt die Ausbildung. Junge Leute mit Migrationshintergrund haben es aber nach wie vor schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Mit der Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration (KAUSA) trägt Arbeit und Leben Berlin mit Beratung und Unterstützung dazu bei, sprachliche Hürden auszugleichen, Kontakte zu Unternehmen zu finden, die Arbeitnehmervvertretung kennenzulernen und so erste Schritte in ein selbstbestimmtes Berufsleben zu machen. Dabei werden sowohl die einbezogenen Jugendlichen als auch ihre Eltern beraten. Auch das ist ein wichtiger Schritt zur Selbstbestimmung und Interessenwahrnehmung in der Arbeitswelt.

### **Gesellschaftliche Emanzipation**

Der emanzipatorische Bildungsansatz ist seit der Gründung von Arbeit und Leben nach dem Zweiten Weltkrieg das Herzstück von Arbeit und Leben, weil wir die Zielperspektive nach wie vor für aktuell halten, durch Bildung und Aufklärung zu mehr sozialer Gerechtigkeit beizutragen und aus gesellschaftlichen und ökonomischen Abhängigkeiten zu befreien. Dies ist umso notwendiger, als auch heute noch die persönliche Bildungskarriere eng von der Herkunftsfamilie und der sozialen Klasse, aus der man stammt, abhängt. Die PISA-Untersuchungen machen das immer wieder deutlich.

Ist Emanzipation das Ziel von Bildung, geht es immer um mehr als bloße Vermittlung von Wissen! Es geht um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Dieser Auseinandersetzungsprozess spiegelt sich in den Veranstaltungen von Arbeit und Leben Berlin aktuell wider. Dabei richtet sich der Blick bewusst auch auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Mädchen und Frauen, die in Gesellschaft und Politik, in der Arbeitswelt noch immer nicht gleichgestellt und in ihrem Engagement nicht sichtbar sind.

Mit dem Bildungsangebot „Frauen in Berlin – bewegende und bewirkende Frauen“ ist intendiert, die Leistungen der Frauen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar und bewusst zu machen.

Als Fazit all dieser historischen und aktuellen Aktivitäten möchte ich festhalten: Aus meiner Sicht ist sich Arbeit und Leben Berlin mit den vielfältigen Angeboten immer treu geblieben: Durch Bildung, gerade durch politische Bildung die Demokratie zu stärken, diesen Weg verfolgt diese besondere Bildungsorganisation seit nunmehr 70 Jahren sehr erfolgreich – als (Bildungs-)Reise zu mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation.

Ich gratuliere Arbeit und Leben Berlin, den Kolleginnen und Kollegen herzlich zum Jubiläum und wünsche weiterhin so tatkräftiges und fachkompetentes Engagement für die weitere Reise zu mehr Demokratie, Teilhabe und Emanzipation aller in unserer Gesellschaft.

# Fach beiträge



# 70 Jahre Arbeit und Leben Berlin

## Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann

Diplomstudium Erziehungswissenschaft Schwerpunkt  
Erwachsenenbildung an der Freien Universität Berlin,  
Promotion zum Thema „Universitäre Erwachsenenbildung  
in England und Deutschland im Vergleich“ an der FUB  
sowie am Department of Adult Education The University  
Manchester und der University of London Institute of Education.

Freiberuflicher Referent in der politischen Erwachsenenbildung.

Pädagogischer Mitarbeiter und Geschäftsführer von Arbeit und Leben Berlin  
bis 2015.

Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Berlin und vom Haus am  
Lützowplatz Fördererkreis Kulturzentrum Berlin e. V.

Träger der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik  
Deutschland.



**Ein solches Jubiläum zu feiern, ist immer eine wunderbare Sache. Ganz besonders, wenn man mehr als die Hälfte dieser Zeit persönlich mit dabei gewesen ist. Zuerst war ich als Referent und Studienleiter, zum Schluss bis 2015 als Geschäftsführer für Arbeit und Leben Berlin tätig.**

Was für ein schwieriges Wesen die politische Bildung ist, brachte Professor Bernd Faulenbach in der Festschrift zum 50. Jahrestag von Arbeit und Leben auf den Punkt: „Politische Bildung ist in erheblichem Maße von ihren Kontexten abhängig, von Zeitklimata, sie hat Konjunkturen, wird zeitweilig über-, dann aber wieder unterschätzt. Auf jeden Fall aber verändert sie sich, was indes nicht heißt, dass sie

lediglich ein Reflex auf andere Entwicklungen ist. Sie hat ihre eigengewichtige Tradition.“

Wie sich politische Bildung ständig wandelt und in der Lage ist, auf politische und gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, wird im Folgenden zu zeigen sein. Doch es soll keine theoretische Abhandlung werden, sondern zeigen, dass der politischen Bildungsarbeit auch ein Zauber innewohnen kann, um es poetisch auszudrücken.

Es waren andere Zeiten, als ich mich als Referent im alten DBG-Gebäude in der Keithstraße zum ersten Mal vorstellte. Zuerst wurde ich sofort geduzt und als ich an einem

Besuchertisch Platz nehmen durfte und die Frage kam, ob ich einen Weißen oder Braunen trinken möchte, war ich einer der freiberuflichen Referenten der Berlin-Seminare von Arbeit und Leben. Ich erinnere mich auch als Nichtraucher noch gut daran, dass es in Ost und West damals üblich war, während der Seminare zu rauchen – später gab es „Raucherpausen“. Das alte DGB-Haus in der Keithstraße war ein wunderbarer zentral gelegener Ort, um Bildungsarbeit durchzuführen. Außerdem war der enge Kontakt zur Vorstandsebene des DGB Berlin und Brandenburg oft sehr hilfreich. Der denkmalgeschützte Wilhelm-Leuschner-Saal für bis 200 Personen und der angrenzende Hof, zu dem auch drei Seminarräume sich öffneten, waren ideal für die Seminararbeit. Zudem stand uns noch ein Seminarraum in der fünften Etage zur Verfügung.

Ich wünsche dem DGB-Bundesvorstand viel Glück und Erfolg an diesem Standort. Historisch gesehen hätte der Sitz des DGB in der Bundeshauptstadt jedoch besser in den Komplex des ADGB (sowie der gewerkschaftlichen Arbeiterbank und der früheren AOK im Haus am Köllnischen Park) gehört, wo unsere Kollegen wie der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart und die Vorstandsmitglieder Wilhelm Leuschner und Hermann Schlimme von den Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 verhaftet wurden.

### Deutschlandpolitische Bildungsarbeit

Die Berlin-Seminare waren Wochenseminare für Kollegen und Kolleginnen der alten Bundesrepublik, die sich ein Bild von Berlin (West) mit seinem Alliiertenstatus inmitten der Deutschen Demokratischen Republik machen sollten. Allein Vorträge über die komplizierte Geschichte und die aktuelle Situation in Berlin zu halten oder eine Mauerfahrt durchzuführen, reichte nicht aus, um die äußerst diffizile Lage zwischen beiden deutschen Staaten zu verstehen. Also führten wir einen Tagesaufenthalt in Berlin (Ost) ein. Es fand sich mit International e. V. rasch ein – von der Staatssicherheit gut betreuter – Partner in der Hauptstadt der DDR, der für uns bald auch Tagesbesuche in Potsdam und Wochenseminare in der DDR organisierte. Die erste Ost-West-Begegnung in einem Lokal der Nationalen Front in der damaligen Dimitroffstraße endete allerdings in einem Desaster. Ein gestandener SED-Funktionär nutzte die Gelegenheit zu einer heftigen ideologischen Breitseite gegen den Westen. Danach stand auf unserer Seite ein Betriebsratsvorsitzender aus dem Ruhrgebiet auf und konterte mit allen Vorurteilen gegen die DDR. Alle Versuche, zu einem Gespräch zu kommen, scheiterten und mir kamen Zweifel über den Sinn eines deutsch-deutschen Gedankenaustausches. Aber wie oft beim Scheitern eines Stücks bei der Premiere wurden die deutsch-deutschen Begegnungen eine Erfolgsgeschichte. Dabei blieb es nicht bei einem offiziellen Gedankenaustausch, sondern es ergaben sich fast immer intensive Gespräche zwischen den Mitgliedern unserer Gruppe und den Kolleginnen und Kollegen aus der DDR. Die freuten sich auch immer über die Veröffentlichungen des Gesamtdeutschen Instituts (GDI). Einmal konterte ein Betriebsratsvorsitzender

in Potsdam eine kritische Frage zum DDR-Alltag mit den Statistiken aus dem Zahlenspiegel des GDI, bei denen die DDR doch gar nicht so schlecht wegkäme. Das zweibändige „DDR-Handbuch“ des GDI, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, entsprach höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen.

Natürlich waren diese Begegnungen nicht auf Berlin und Potsdam beschränkt, sondern wir führten Wochenseminare und Tagesaufenthalte in vielen Bezirken der DDR durch. Dabei gehörten Besuche von Bildungseinrichtungen, Museen, Industriebetrieben, Energiekombinaten, Gedenkstätten zu den Verbrechen des Nationalsozialismus und dazu ausführliche Stadtbilderklärungen zum dichten Programm.

Die Schließung des Gesamtdeutschen Instituts – mit zuletzt ca. 300.000 Besucher\*innen – unmittelbar nach der deutschen Einheit Ende 1990 war meines Erachtens eine vertane Chance. Es wäre so leicht gewesen, für einige Jahre „Ossis und Wessis“ zu Begegnungen zusammenzubringen. Im Gesamtdeutschen Institut am Fehrbelliner Platz in Berlin waren ausreichende Räumlichkeiten, und über hundert fachlich versierte Referentinnen und Referenten, von denen einige auch bei Arbeit und Leben Berlin Seminare durchführten, standen bereit.

### Bildungsurlaub: Ihr gutes Recht.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Entwicklung der politischen Bildung kam der Einführung des bezahlten Bildungsurlaubs zu. Die Bundesrepublik hatte sich zwar 1974 verpflichtet, das Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den bezahlten Bildungsurlaub für Berufsbildung, allgemeine und politische sowie gewerkschaftliche Bildung einzuführen. Doch wegen der Kulturhoheit der Länder dauerte es bis zur Realisierung in Bildungsurlaubsgesetze der Länder oft Jahrzehnte – in Berlin war das Anfang Januar 1991 der Fall.

Doch danach wurde nicht selten der Kampf um den bezahlten Bildungsurlaub im Kleinkrieg mit den Behörden fortgesetzt. Der Bildungsurlaub musste traditionellen Seminarcharakter haben. Es begann eine langwierige Auseinandersetzung um Exkursionen und Veranstaltungsformen außerhalb des Seminarraumes. Dass was wir heute das „Lernen an authentischen Orten“ nennen, musste mühsam erkämpft werden. Mit einer viel nachgefragten Broschüre „Warum Bildungsurlaub verschenken?“ positionierte sich Arbeit und Leben Berlin in dieser Auseinandersetzung. Und auf dem Titel unserer Jahresprogramme betonten wir viele Jahre lang „Bildungsurlaub: Ihr gutes Recht“.

## Die Bildungsurlaubsseminare an authentischen Orten in Berlin

Bei diesen Auseinandersetzungen spielte unser Seminar „Berlin im Untergrund“ eine besondere Rolle. Denn die Stadt unter der Stadt zu erfahren, bedeutet gerade in Berlin mit seiner Unzahl von Bunkeranlagen eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges bis zur irrationalen Vorstellung vom Überleben eines Atomkrieges im Untergrund. Die Idee, die Stadt Berlin als Seminarraum zu begreifen, wurde bald zur Erfolgsgeschichte mit „Berlin von oben“, „Berliner (Hinter-)Höfe“, „Berliner Brücken – von der Luftbrücke zur Glienicker Brücke“, „Berliner Plätze“, „Berliner Bahnhöfe“ bis zu meinem ausgeliehenen Lieblingstitel „Misstraut den Grünanlagen“ (Heinz Knobloch möge uns verzeihen) usf. Insgesamt führten wir etwa 60 Bildungsurlaubsseminare dieser Art pro Jahr durch, wovon die meisten recht bald ausgebucht waren.

Einen wichtigen Schub bekam die Beschäftigung mit der Geschichte Berlins durch die 750-Jahr-Feier 1987. Denn bei der Vorbereitung darauf stellte man plötzlich fest, dass man jahrzehntelang, Spuren der Geschichte vernichtet oder ignoriert hatte. Fast nichts erinnerte an die Synagogen der jüdischen Gemeinden, die Orte der Deportationen wie am Gleis 17 im Grunewald, die Schaltzentralen des NS-Terrors. Adolf Eichmanns „Judenreferat“ war im ehemaligen, im Krieg nicht zerstörten Jüdischen Brüderhaus (heute Sylter Hof), die sogenannte Aktion T4, das Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten, hatte ihren Sitz in der Tiergartenstraße 4. Und es war kaum zu ertragen: Da, wo Heydrichs Reichssicherheitshauptamt stand, war im alten Westberlin ein führer-scheinfreier Autoversuchs- und Übungsplatz von Straps-Harry (einem sehr sympathischen Transvestiten). Wenn das keine Vorlagen für Seminare zur Gedenkkultur waren. Heute befindet sich dort die „Topografie des Terrors“.

Nach dem Fall der Mauer 1989 war Berlin als ehemalige „Hauptstadt der DDR“ ein idealer authentischer Lernort politischer Bildung:

Vom früheren Staatsratsgebäude (heute European School of Management and Technology) zum Haus der Ministerien (einst Reichsluftfahrtministerium, Gründungsort der DDR, Sitz der Treuhand, Bundesfinanzministerium), vom Zentralkomitee der SED (ehemals NS Reichsbank, heute Altbau des Auswärtigen Amtes) zum Ministerium für Staatssicherheit in der Normannenstraße (heute Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße), vom Dorotheenstädtischen Friedhof (Gräber von Berthold Brecht, Helene Weigel, John Heartfield, Anna Seghers u.a.) zum inszenierten „Friedhof der Sozialisten“ in Friedrichfelde – inzwischen kommentiert in einer Ausstellung durch einen Fördererverein von SPD und PDS Mitgliedern und ergänzt durch einen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“.

Es war für Arbeit und Leben Berlin und alle beteiligten

Referentinnen und Referenten eine besondere Freude, dass das Konzept des „Lernens an authentischen Orten“ mit dem Seminarschwerpunkt „Berlin im Untergrund“ den Innovationspreis 2007 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, DIE, verliehen bekam.

## Existenzielle Krise und europäische Perspektive

Trotz des über viele Jahre andauernden Erfolges in der politischen Erwachsenenbildung Berlins gab es für diesen Bereich keinerlei zusätzliche Förderung – ganz im Gegenteil. Eine der dramatischsten Erfahrungen meines Berufslebens bei Arbeit und Leben war die komplette Streichung des staatlichen Zuschusses des Landes Berlin ohne Vorankündigung. Jeglicher Einspruch vom DGB oder auf parteilicher und parlamentarischer Ebene war vergeblich. Das bedeutete, dass wir unser zentrales Büro auflösen und die beiden Kolleginnen entlassen mussten.

Um in dieser Situation nicht auch noch unsere freiberuflichen Referentinnen und Referenten zu verlieren, erhöhten wir deren Honorare und kürzten gleichzeitig die Gehälter der festangestellten Mitarbeiter der Geschäftsleitung. Dieser Schritt motivierte unsere Freiberufler in besonderem Maße bei ihrem Einsatz in den Seminaren und bei der Suche nach neuen Themen und Projekten. Für deren unermüdliches Engagement für die politische Bildungsarbeit von Arbeit und Leben Berlin auch in schwierigen Zeiten möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Weiter förderte diese Krise den Gedanken, Arbeit und Leben finanziell besser abzusichern, und wir begannen Mittel für europäische Bildungsprojekte zu beantragen. Vor allem wurden Projekte über das Leonardo-da-Vinci-Mobilitätsprogramm der Europäischen Union realisiert.

## Mit Leonardo da Vinci durch Europa

Mit dem EU-Programm Lebenslanges Lernen Leonardo da Vinci organisierten wir überwiegend

- vierwöchige Auslandsaufenthalte für Auszubildende der beruflichen Bildung,
- Berufspraktika bis zu sechs Monaten für Arbeitnehmer\*innen.

Unsere Partner waren in Großbritannien die Westbourne Academy in Bournemouth, in Irland Partnership Europe in Cork, in Frankreich Culture et Liberté in Paris und Réseau Express Jeune in Strasbourg, in Spanien Esmovia in Valencia und in Polen Semper Avanti in Wrocław/Breslau.

Ich erinnere mich vor allem an die Zusammenarbeit mit Culture et Liberté in Paris und mit der Westbourne Academy in Bournemouth. Dort gehörte zum Programm der Academy nicht nur die Organisation eines Berufspraktikums für unsere Auszubildenden, sondern jede und jeder Teilnehmende hatte die Möglichkeit, nach entsprechender begleitender Vorbe-

reitung das weltweit anerkannte Cambridge Certificate auf den unterschiedlichen Levels abzulegen. Trotz anfänglicher Skepsis bei den Praktikanten waren sie am Ende überrascht über die eigene Leistung und durchweg begeistert über das Zeugnis, was sie nach all den Mühen in den Händen hielten.

Für mich wurde das Ende dieser Zusammenarbeit schlagartig deutlich, als während der Brexit-Abstimmung in Großbritannien der Verantwortliche der Westbourne Academy zu einer Tagung in Berlin weilte. Am Abend der Abstimmung hatten wir einen Empfang in einer Galerie mit hyperrealistischen Bildern und ich meinte ironisch zu meinem Kollegen vor dem Bild mit einem hängenden riesigen Skelett einer Makrele über einer Fischkonserve: „Schau mal Mark, das ist Great Britain nach dem Brexit.“ Wir mussten beide schallend lachen. Doch am nächsten Tag, als die Ergebnisse bekannt waren, war er bleich und kaum mehr ansprechbar. Heute nimmt die Westbourne Academy nicht mehr an europäischen Programmen teil.

### **Deutsch-französische Jugendseminare**

Das 1963 nach dem Elysée-Vertrag gegründete DFJW war über Jahrzehnte fester Bestandteil der internationalen Bildungsarbeit von Arbeit und Leben Berlin. Der Schwerpunkt lag auf Jugendlichen, die in ihrer Berufsausbildung standen, und es war zumeist ein Austausch zwischen zwei Einrichtungen der Berufsausbildung in Frankreich und Deutschland. So kooperierte u.a. die Brillat-Savarin-Schule, das OSZ Gastgewerbe mit der L'École Grégoire-Ferrandi und der École Professionnelle de la Boucherie in Paris, das OSZ Druck- und Medientechnik mit der Gobelins, L'école de l'image in Paris. Insgesamt führten wir im Jahr mit unseren Partnern Culture et Liberté in Paris und Réseau Express Jeune in Straßburg acht bis zehn Incoming- und Outgoing-Seminare durch. Dazu war Arbeit und Leben Berlin nicht selten Gastgeber unserer jährlichen Arbeitstagung des DFJW, denn Berlin wurde nach der deutschen Einheit und der Entscheidung des Deutschen Bundestages in der Hauptstadtfrage für unsere ausländischen Gäste immer attraktiver, zumal sich inzwischen auch der Sitz des DFJW am Molkenmarkt in Berlin befand.

Eine der schönsten Aufgaben im Jahr war für mich, die Schülerinnen und Schüler der „Rue Ferrandi“, wie wir sie nannten, bei führenden Sternerestaurants in Berlin für ein Kurzpraktikum zu verteilen. Kaum fiel der Name „Rue Ferrandi“, kamen die verantwortlichen Chefs de Cuisine ins Schwärmen und man hieß unsere Gäste willkommen. Und wenn wir unsere jungen Leute, die die Stadt zumeist nicht kannten, persönlich bei den Restaurants vorstellten, war stilgerecht immer Zeit für einen kleinen Plausch mit dem Chef und ein Gläschen Champagner.

### **Die Arbeitsrecht- sowie Betriebs- und Personalratsseminare**

Wenn einem vom ehemaligen Präsidenten des Berliner Arbeitsgerichtes Reinhold Gerken das Kompliment gemacht

wird, dass Arbeit und Leben Berlin sich in diesem Feld immer besonders profiliert habe, sollte man das einfach mal so stehen lassen, kannte er doch einige unserer Referentinnen und Referenten sogar persönlich.

Ich war während meiner beruflichen Tätigkeit für diesen Bereich nicht verantwortlich, aber mir war immer die Bedeutung dieser Seminare bewusst. Und zwar nicht allein wegen der Unterstützung der aktuellen Betriebs- und Personalratsmitglieder, sondern wegen der historischen Bedeutung dieses bereits in der Weimarer Republik heftig umkämpften Feldes. Das von der SPD, der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum eingebrachte Betriebsrätegesetz von 1920 wurde von der USPD und der KPD kompromisslos bekämpft, hielt es deren Meinung nach die Arbeiterschaft doch von der sozialistischen Revolution ab. Es kam am 13. Januar 1920 zu einer verheerenden Konfrontation vor dem Reichstag mit über 40 Toten – ein Ereignis, das die Weimarer Republik bis zu ihrem Ende prägte. In der Nachkriegszeit wurde in der Bundesrepublik 1952 mit dem Betriebsverfassungsgesetz an die Tradition des Betriebsrätegesetzes von 1920 angeknüpft.

Auch die Arbeitsgerichtsbarkeit gehört zum wichtigen Erbe der Weimarer Republik. Nach langen Auseinandersetzungen wurde erst 1926 das Arbeitsgerichtsgesetz verabschiedet und es ist heute trotz aller politischen Stürme Bestandteil unseres Rechtssystems.

### **Auslandsseminare – Lernen an authentischen Orten weltweit**

Bildungsurlaubsseminare im Ausland wurden von Arbeit und Leben Berlin als ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit gesehen. Es ging um den Austausch mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen und das Kennenlernen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Solche Seminare sollten zum besseren Verständnis der politischen, historischen und wirtschaftlichen Strukturen anderer Länder beitragen. Wichtig zur Orientierung waren auch die Fachdiskussionen mit deutschen Repräsentanten in den betreffenden Ländern, wie den Sozialreferenten der deutschen Botschaft, den Kolleg\*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Adenauer-Stiftung, des Goethe-Instituts u. a.

Arbeit und Leben Berlin realisierte ein- und zweiwöchige Auslandsseminare in Russland (Sowjetunion), Polen, der Ukraine, Litauen, Tschechien, Österreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Spanien, Israel, der Türkei, Kuba, Vietnam, Indien, China, Japan, den USA, Brasilien, Argentinien, Bolivien, Peru und Südafrika.

Im Folgenden einige persönliche Eindrücke im Rahmen unserer Auslandsseminare für das Lernen an authentischen Orten weltweit.

## **In der Sowjetunion kurz vor der Wende**

Der Besuch in der Hauptstadt Usbekistans Taschkent endete abrupt in der Nacht des 18. Oktober 1989. Wir erlebten im Opernhaus Hoffmanns Erzählungen in russischer Sprache in fast leerem Haus vor fünf deutschen Gruppen, zwei aus dem Westen, drei aus dem Osten, die in den Pausen wild über den aktuellen Rücktritt von Erich Honecker diskutierten.

Auf dem Weg zum Hotel Moskau gab es in der Stadt große Demonstrationen, angeblich wegen eines Sprachenstreits, doch ging es laut unserer Begleiterin auch um die Unabhängigkeit Usbekistans. Nachts um vier Uhr wurden wir zum Flughafen gebracht und nach Wolgograd (Stalingrad) ausgeflogen. Mir war die Stadt von frühen Auslandsseminaren vertraut und wir hatten eine Begegnung mit Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus. Plötzlich stand der örtliche Parteisekretär der KPDSU auf und begann flammend eine kämpferische Rede, und unsere Dolmetscherin Galina brach, statt zu übersetzen, in schallendes Gelächter aus, verlor völlig die Fassung. „Was hat er denn gesagt?“, kam es aus unserer Gruppe und Galina rief laut prustend: „Quatsch“. Starres Entsetzen auf der russischen Seite und völlige Verwirrung bei meiner Studiengruppe unter den Augen eines getäfelten Lenins an der Stirnwand des Saales. Ich kann mich nicht mehr erinnern, wie die Sache ausging, aber wir hatten immer willkommene Gastgeschenke bei uns.

Die Beschäftigung mit der vermutlich kriegsentscheidenden Schlacht um Stalingrad (Wolgograd) 1942/43 war damals für unsere Teilnehmer\*innen an diesem Ort eine Authentizität, die heute kaum noch nachzuvollziehen ist. Vor allem wenn zum Teil Deutsch sprechende Zeitzeugen ohne irgendwelchen Hass, zumeist sogar herzlich mit uns sprachen.

## **New York 2001/2002**

Unser geplantes New-York-Seminar wurde wegen des Anschlags auf das World Trade Center am 11. September 2001 verschoben auf das Frühjahr 2002.

Wir führten Gespräche mit Feuerwehrleuten, Sicherheitskräften, die damals vor Ort waren und selbst bei den Rettungsmaßnahmen viele Kolleginnen und Kollegen verloren hatten. Das Gespräch endete, als der leitende Polizeichef, den ich schon von früheren Besuchen kannte, plötzlich in Tränen ausbrach und sich schweigend abwandte.

Der Besuch der Trümmer des World Trade Centers war erschütternd und in der St. Pauls Chapel wurde damals noch aller internationalen Opfer gedacht, bis wenig später das Gedenken in den USA überwiegend nationalisiert wurde. Die Schülerinnen und Schüler der nahe gelegenen Stuyvesant High School, die bei der Katastrophe in Panik evakuiert wurden, wollten nicht über den Anschlag sprechen und fragten uns nach der gerade in Europa eingeführten Euro-Währung und freuten sich über die neuen Münzen.

Über viele Jahre verfolgte Arbeit und Leben in seinen Seminaren die städtebauliche und gesellschaftliche Entwicklung von Harlem und der Bronx, die lange Zeit als absolute No-go-Areas für Weiße galten. Als das legendäre Apollo Theater in der 125th Street wieder eröffnete, saß inmitten der Harlem-Community eine Gruppe von Arbeit und Leben im Publikum. Wir verfolgten das Housing-Thema in Harlem über viele Jahre bis zu den genossenschaftlichen Wohnungsbauprojekten in der South Bronx. Dort besuchten wir fast immer das Heinrich-Heine-Denkmal „Die Loreley“. Dieser Brunnen zu Heines 100. Geburtstag 1897 fand wegen der antisemitischen und nationalistischen Agitation Ende des 19. Jahrhunderts im gesamten Deutschen Reich keinen Platz. Der Heine-Brunnen „flüchtete“ nach New York ins Exil an den Grand Concourse, an dem nach 1933 viele deutsche Juden eine Zuflucht fanden.

Ein weiterer geschichtsträchtiger Ort in New York war viele Jahre lang der „Aufbau“, die Zeitung des German Jewish Club am Broadway, die bis auf die neuesten Computer wie aus der Zeit gefallen schien, als habe Hannah Arendt, die viele Jahre für die Zeitung geschrieben hatte, soeben den Raum verlassen.

## **Südafrika nach der Apartheid**

Als wir während der Aids-Pandemie Südafrika besuchten, war das beherrschende Thema, dass nach den ersten freien Wahlen der neu gewählte Präsident Thabo Mbeki zu den Aids-Leugnern gehörte. Es lag mit in seiner Verantwortung, dass Südafrika zu den am schlimmsten von dieser Krankheit heimgesuchten Ländern der Welt gehörte. Dieses Thema beherrschte viele Gespräche und bei einem Schulbesuch in Khayelitsha einem der größten Townships von Kapstadt, war es neben häuslicher Gewalt Thema eines Theaterstücks der Schülerinnen und Schüler.

Einer unserer Gesprächspartner war Denis Goldberg in seinem Haus in Hout Bay, einer der Mitstreiter von Nelson Mandela. Er wurde im Rivonia-Prozess ebenfalls zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, war aber nicht auf Robben Island inhaftiert, sondern in einem „weißen“ Gefängnis bei Johannesburg. Eine Entdeckung war das Haus der Künstlerin Irma Stern, die aus einer deutsch-jüdischen Auswandererfamilie stammte, zwischen Deutschland und Südafrika pendelte, mit Max Pechstein befreundet war. Nach 1933 war sie in Deutschland verfermt und nach Beginn des Krieges von Europa abgeschnitten und widmete sich der afrikanischen Kunst.

## **Südamerika**

Einer der Impulse für unseren Bildungsurlaub von Argentinien über Bolivien bis Peru waren der Klassiker „Die offenen Adern Lateinamerikas“ von Eduardo Galeano über die rücksichtslose Ausbeutung und Christianisierung seit dem 16. Jahrhundert und seine Neuauflage für unsere Zeit über die Ausbeutung des Salzsees von Uyuni in Bolivien für die steigende weltweite Nachfrage nach Lithium.

Die Ausbeutung des fast 5.000 Meter hohen Silberbergs von Potosi in Bolivien durch die spanische Kolonialmacht mit bis zu acht Millionen Opfern, zumeist afrikanische Sklaven und versklavte indigene Bevölkerung, ist bei uns heute weitgehend unbekannt. Selbst bei der kurzen Stollenbegehung kamen wir in über 4.000 Metern Höhe rasch an unsere Grenzen. Hinter dem Eingang zu den Stollen wird auch heute noch dem Teufel gehuldigt und draußen herrscht der Himmel. Der gesamte Berg wurde von der katholischen Kirche als Mantel der Heiligen Maria verklärt mit der Dreifaltigkeit, dem römisch-deutschen Kaiser Karl VI. und dem Papst, dargestellt auf einem zeitgenössischen Gemälde im örtlichen Museum. Zu diesem Thema gehörte dann auch die Kapelle des Konquistador Francisco Pizarro im Dom von Lima. Der katholischen Kirche gelang bei der indigenen Bevölkerung die Umkehrung der Verehrung des Glaubens, indem man einen mörderischen Eroberer zu einer Art Heiligen verklärte.

### **Volksrepublik China**

Bei unseren Besuchen in Peking war die Niederschlagung der Studentenproteste am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlichen Friedens natürlich ein wichtiges Thema, was aber in der chinesischen Hauptstadt niemand mit uns zu diskutieren wagte. Mit den notwendigen Informationen über den Ablauf der Proteste der Studentinnen und Studenten von Mitte April bis zum Eingreifen des Militärs, dem Standort der Freiheitsstatue, der studentischen Selbstorganisation usw. begaben wir uns auf den riesigen Tian'anmen-Platz, um uns selbst ein Bild zu machen. Wir blieben dabei mit kurzen Pausen in Bewegung. Es wurde aus einigen Aufrufen zitiert und es blieb der Eindruck zurück, wie idealistisch und völlig ungeschützt der Protest der Studierenden gewesen war, vor allem nachdem nicht mehr Millionen Demonstrantinnen und Demonstranten in Bewegung waren. Man hatte zudem vergeblich auf den russischen Präsidenten Gorbatschow gesetzt, der im Mai zu einem Staatsbesuch in Peking gewillt hatte.

Später im damals freien Hongkong hatten wir ein langes Gespräch mit einem Herausgeber des „China Labour Bulletin“ (CLB). Es gab dieses Organ auch gedruckt, aber mich beeindruckte die Ausbreitung von Zehntausenden Online-Nachrichten, die damals von Hongkong aus in die Volksrepublik versandt wurden; als das, was wir heute als Internet verstehen, noch in den Kinderschuhen steckte.

Es lohnt auch heute, nach CLB im Netz zu fahnden, und man wird überrascht sein, wie vielfältig und umfangreich die unabhängigen gewerkschaftlichen Aktivitäten in der angeblich gleichgeschalteten Volksrepublik auch aktuell weiter vorangetrieben werden.

Nun bleibt mir als Resümee für die Zukunft der politischen Bildungsarbeit nur noch der Aphorismus von Erich Kästner, dem Berliner aus Sachsen:

Vergiss in keinem Falle,  
auch dann nicht, wenn vieles misslingt:  
Die Gescheiterten werden nicht alle!  
(So unwahrscheinlich das klingt.)



# Vom Nutzen der Politischen Bildung

## Barbara Menke

Hauptberuflich seit 2011 Bundesgeschäftsführerin der Bildungsorganisation Arbeit und Leben (DGB/VHS) e. V.

Seit 2016 ehrenamtlich Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) e. V.

Mitherausgeberin des „Journals Politische Bildung“ sowie der Reihe „Non-formale politische Bildung“.

Themenschwerpunkte sind Grundsatzfragen der politischen Bildung, politische Bildung an den Schnittstellen zu anderen Weiterbildungsbereichen sowie Professionalisierungs- und Strukturfragen sowie die Verbindung von Wissenschaft und Praxis.



## Was ist politische Bildung und was leistet sie für die Gesellschaft?

„Politische Bildung will, wie es der Politikdidaktiker Walter Gagel ausgedrückt hat, die Menschen in ein Verhältnis zur Politik bringen“, und zwar idealerweise in ein Verhältnis zu allen Dimensionen, die das Politische ausmachen: Das betrifft im Wesentlichen die Demokratie als Staats- und Lebensform, deren normative Leitlinien unser Grundgesetz vorgibt. Die Dimensionen des Politischen umfassen neben der Verfassung das demokratische Recht und die demokratischen Institutionen sowie deren Umgang miteinander. Letzteres benannt als politische Kultur. Ihre Qualität ist abhängig von der Ernsthaftigkeit, mit der demokratische Wertorientierungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelebt werden, und von den Konfliktlösungen, die daraus hervorgehen. In diesem Zusammenhang spielt für die politische Bildung vor allem die

Auseinandersetzung mit Macht und Interessen, mit Freiheit und Gleichheit, mit Konsens und Kompromiss in Staat und Gesellschaft eine zentrale Rolle.

Die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten ist keine Sache des bloßen Meinens und wilden Spekulierens. Letzteres mag als didaktischer Einstieg in einer Veranstaltung der politischen Bildung angehen, darf aber dort nie stehen bleiben. Politische Bildung lebt vom soliden Wissen über die Dinge, von der rationalen und plausiblen Argumentation, die Empathie und Mitgefühl nicht aus-, sondern ausdrücklich einschließt. Politische Bildung ist darüber hinaus nicht nur Teil von Schule im Unterricht, sondern ganz entschieden Teil eines lebensbegleitenden Lernens. Auch politisch lernt man nämlich nie aus.

Politische Bildung umfasst einen ganzen Kanon von Elementen. Dazu gehört die Demokratieverziehung von Kindern und

Jugendlichen genauso wie die demokratische Selbstertüchtigung von Bürger\*innen mit Mitteln der Bildung. Dazu zählt die Stärkung der demokratischen politischen Kultur durch rationale Diskurse, aber auch das Eintreten für die Demokratie nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen: also Empathie und Empowerment. Dazu gehört – ganz wichtig in Deutschland – ein sensibles Geschichtsbewusstsein, das um die besondere historische Verantwortung als Deutsche weiß.

Politische Bildung richtig verstanden produziert kein träges, sie initiiert aktives Wissen. Dieses Wissen dient der Stärkung von demokratischer Teilhabe sowie der Förderung demokratischer Handlungsorientierung bezogen auf die engeren Lebensbezüge, aber auch darüber hinaus bezogen auf die überindividuellen Probleme und Herausforderungen unserer Zeit:

Politische Bildung kann in unserem Verständnis nur demokratisch und kosmopolitisch sein. Sie arbeitet aktiv gegen antidemokratisches Denken, vor allem gegen rassistische, rechtspopulistische und vor allem rechtsradikale Tendenzen in unserer Gesellschaft. Sie wendet sich in ihrer Arbeit gegen Politikverdrossenheit und Politikverachtung, wie sie sich heute leider nur allzu oft in bestimmten sozialen Medien und kruden sozialen Bewegungen widerspiegeln.

Aber politische Bildung ist keine „Feuerwehr“, die immer dann gerufen wird, wenn es gesellschaftspolitisch „brennt“ und die Politik nicht weiterweiß. Sie ist auch kein situativer „Reparaturbetrieb“ für gesellschaftspolitische und demokratische Fehlentwicklungen. Das kann sie schon nicht sein, weil politische Bildung – wie oben bemerkt – ein „lebenslanger Lernprozess ist, der sich nicht durch kurzfristige Vorhaben realisieren lässt“ (Tonio Öftering).

Politische Bildung soll und muss die Bedingungen der Möglichkeit von Demokratie schützen und stärken. Sie ist aber kein Instrument der reinen Bestätigung bestehender Verhältnisse. Sie muss potenziell darauf angelegt sein, mit ihren Mitteln unsere Demokratie auch zu verbessern und auf die Zukunft hin zu erweitern. Politische Bildung in diesem Sinne legt deshalb stets ihren Finger in die Wunde von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen. Sie bleibt sensibel für die Entgrenzung wirtschaftlicher Macht, für Entsolidarisierungstendenzen in der Gesellschaft, für die Abgehobenheit der professionellen Politik von den alltäglichen Lebenswelten, für die zunehmende Kluft von Arm und Reich in der Bundesrepublik und auch für die noch ungenügende Teilhabe von Zugewanderten und Geflüchteten bei uns in Deutschland.

Zu den Möglichkeiten künftiger Demokratie gehört zentral die Digitalisierung – auch dann, wenn hier große Gefahren ihrer Gefährdung und Beschränkung lauern. Aber durch Digitalisierung gewinnen eben auch neue interaktive und inklusive Kommunikationsformen immer mehr an Bedeutung. Hier liegt eine große Chance für die politische Bildung, die sie nicht aus Sorge vor Missbrauch verstreichen lassen sollte.

Ob sie will oder nicht, steht politische Bildung immer auch in einem Verhältnis zur Politik. Sie sollte sich dabei als „critical friend“ der parlamentarisch repräsentativen Demokratie verstehen. Kritisch dort, wo abgehobene Entscheidungen und vorgeblich alternativlose Sachzwänge das Verhältnis der Bürger\*innen zur Politik stark belasten und – wie der Soziologe Hartmut Rosa es ausdrückt – „die Resonanzachsen“ zwischen diesen beiden Seiten zum Verstummen bringen. Hier kann politische Bildung auch als verständige und verständliche Vermittlerin von demokratischer Politik wirken, der es wegen zunehmender Komplexität der rationalen Erläuterung und vor allem der Reflexionsgelegenheiten vielleicht mehr als früher bedarf. Politische Bildung richtet sich an unterschiedliche Menschen – in der Schule an Schüler\*innen, in der außerschulischen Bildung an bestimmte Zielgruppen. Und hier kommt die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben ins Spiel:

Wir bei Arbeit und Leben richten unser Hauptaugenmerk auf Menschen, die in unserer Gesellschaft nicht privilegiert, ja mehr noch, die benachteiligt sind. Diese Menschen für mehr gesellschaftliche Teilhabe zu gewinnen, das ist unser primäres pädagogisches Anliegen. Unser Arbeitsfeld reicht dabei von der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen bis zur Gruppe der älteren Mitbürger\*innen aus den genannten Zielgruppen. Es reicht von der Förderung der Kompetenzentwicklung bei sozial benachteiligten Mädchen und Frauen bis zur Stärkung betrieblicher Mitbestimmung und der Demokratie in der Wirtschaft sowie der Bildungsarbeit mit Betriebs- und Personalräten.

Für Arbeit und Leben ist es ein grundsätzliches Anliegen, dass möglichst alle Menschen, gerade auch die weniger privilegierten, an der Entwicklung und Mitgestaltung unserer Demokratie teilhaben können. Deshalb die Konzentration auf die genannten Zielgruppen.

### **Was leistet politische Bildung für die einzelnen Bürger\*innen?**

Bis jetzt müsste deutlich geworden sein: Politische Bildung leistet mit ihren zahlreichen Angeboten einen zentralen Beitrag dazu, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich mit politischen Fragen, die sie und andere betreffen, in ihrer Alltagswelt, im beruflichen Umfeld und im gesellschaftlichen Kontext informiert und engagiert auseinandersetzen können, dass sie sich darüber eine rational begründete Meinung bilden und diese – wenn sie es mögen – in demokratischen Initiativen und Institutionen auch vertreten können.

Was Letzteres betrifft, hat zeitgemäße politische Bildung neben dem Blick auf das demokratische Ganze und seine beteiligungsorientierte Fortentwicklung – wie in kommunizierenden Röhren – immer auch die Urteils- und Handlungsfähigkeit des/der Einzelnen und die damit verbundenen Beteiligungskompetenzen, d. h. die politische Mündigkeit im Auge (Weißeno, u.a. 2016). Dass diese Mündigkeit nicht im libertären Sinne als „anything goes“ zu verstehen ist, sondern

normativ an verbindlichen Grund- und Menschenrechten ausgerichtet ist, versteht sich von selbst.

Im strengen empirischen Sinne sind die Ergebnisse von politischer Bildung, ist also ihr Nutzen für die Einzelne den Einzelnen, nicht messbar. Aber dieser Nutzen ist beschreibbar. Oskar Negt hat das bereits vor Jahren getan. Der von ihm entwickelte Katalog der Schlüsselkompetenzen, der sowohl für die politische Jugendbildung als auch für die politische Erwachsenenbildung nach wie vor Gültigkeit hat, beschreibt indirekt auch die Leistungen für die Einzelnen, die durch die politische Bildung erbracht werden.

Politische Mündigkeit bleibt die zentrale Grundlagenkompetenz. Sie wird erweitert durch ethische, moralische, rechtliche und soziale Mündigkeit. Dazu zählen u. a. Politikkompetenz und Toleranzkompetenz, Identitätskompetenz und technologische Kompetenz (heute sicherlich als kritische Medien- und Digitalisierungskompetenz zu verstehen), aber natürlich auch historische sowie ökonomische und ökologische Kompetenz. In der aktuellen Situation kommt das hinzu, was man Diversitätskompetenz nennen könnte. Diese wird in einer Gesellschaft immer zentraler, für die Migration in all ihren Formen und Dimensionen mittlerweile konstitutiv ist. Diversitätskompetent zu handeln, bedeutet dabei, sensibel und widerständig auf alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu reagieren und sich offen und aufmerksam sowohl gegenüber den Chancen und Möglichkeiten als auch den Herausforderungen und Schwierigkeiten einer vielfältigen diversen Gesellschaft zu zeigen.

Hier schließt sich der Kreis zur Vermittlung eines sensiblen Geschichtsverständnisses, das sich demokratische politische Bildung in Deutschland ganz besonders auf ihre Fahnen geschrieben hat. Denn es war gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die den Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus gleichzeitig begründet und befördert hat. Das aus der erinnerungskulturellen Reflexion darüber erwachsene „Nie wieder“ findet in der Diversitätskompetenz ihre höchst aktuelle Bestätigung.

### **Wie wichtig ist der Blick über den Tellerrand für die politische Bildung als Profession?**

Zum Schluss noch ein Wort zu politischer Bildung als Profession. Will sie nicht selbstgenügsam und damit steril werden, muss sie über den eigenen Tellerrand auf andere Professionen schauen, die auf ähnliche Weise mit und für Menschen arbeiten. Weiterbildungsbereichsübergreifende Ansätze sind beinahe immer bereichernd, weil sie andersartige professionelle Zugänge und Perspektiven eröffnen. Dazu kommt: Bei Lichte besehen kann sich politische Bildung heute gar nicht mehr separieren. Meist bewegt sie sich ohnehin an „Schnittstellen“ zu anderen Weiterbildungsbereichen, wie z. B. der beruflichen und der allgemeinen Weiterbildung, der kulturellen Bildung, aber auch der sozialen Arbeit.

Gerade an diesen Schnittstellen wird es für passgenaues pädagogisches Arbeiten immer notwendiger, die professionellen Kompetenzen nicht nur zusammenzudenken, sondern sie auch zusammenzulegen. Politische Bildung als Profession benötigt mithin ein Bewusstsein ihres eigenen Profils, also ihrer spezifischen Stärken; genauso aber eine Sensibilität für das, was ihr fehlt und was durch die besondere Kompetenz der oben genannten Bereiche für das eigene pädagogische Wirken hinzugewonnen werden kann. Wenn das zusammenkommt und sich in konkreter Zusammenarbeit äußert, dann ist die politische Bildung als Profession auf der Höhe der Zeit.

# Aufstieg durch Bildung

## Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB

Der Diplom-Psychologe promovierte 1985 zum Doktor der Sportwissenschaften.

Von 1975 bis 1988 war er wissenschaftlicher Angestellter an einer Fachschule für Sozialpädagogik und u. a. mit der Durchführung zweier sportwissenschaftlicher Projekte und diverser Lehraufträge für Sportwissenschaft an der Universität Hamburg betraut.

Er ist Mitglied der GEW, der AWO, des NABU und arbeitet seit vielen Jahren ehrenamtlich in einer Obdachlosensiedlung.

Seit 1998 ist er SPD-Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Ehrenvorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes DVV und Landesvorsitzender der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.



### Vom Meister-BAföG über das Aufstiegs-BAföG zum Erwachsenenbildungsförderungsgesetz der Zukunft

#### Ein Versprechen von Aufbruch und Aufstieg

Es war ein Zeichen von Hoffnung und neuer Kraft nach der düsteren Zeit von Faschismus und Krieg, als sich 1948 der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Mitgliedsgewerkschaften und die Volkshochschulen in der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben zusammenfanden. Die Gründungsdaten für Berlin 1951 und Brandenburg 1991 sind auch ein Stück deutsche Freiheitsgeschichte. Die Ziele waren und sind groß gesteckt: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, diese Grundwerte der gesellschaftlichen und politischen Fortschrittskräfte aus der Arbeiterbewegung heraus, sollten ein neues Fundament bekommen, Demokratie und Partizipation gestärkt und Wissen und Bildung für alle ermöglicht werden. „Wissen ist

Macht – Macht ist Wissen“ hatte Wilhelm Liebknecht schon 1872 vor dem Arbeiterbildungsverein in Dresden deklariert. Mit Bildung können Freiheit wachsen und sich gesellschaftlicher Fortschritt durchsetzen – Bildung ist aber auch eine Möglichkeit für jeden einzelnen Menschen, mehr aus seinem Leben zu machen, als von Herkunft und Lebensumständen vorgezeichnet scheint, und sich ein besseres Leben, mehr Verantwortung, neue Perspektiven zu erarbeiten. So gibt es ein gesamtgesellschaftliches Fortschrittsversprechen wie auch ein persönliches Aufstiegsversprechen. Die Idee von Arbeit und Leben – von Gewerkschaftsbewegung und Volkshochschulen – ist stets gewesen, den persönlichen Fortschritt mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in deren Dialektik dynamisch miteinander zu verbinden und so Emanzipation – diesen humanistischen Leitstern seit den Zeiten der Aufklärung – immer wieder zeitgemäß und zukunftsorientiert zu fördern und zu unterstützen: in der konkreten Bildungsarbeit,

im verbandlichen Engagement, in der Politik. Der Weg vom Meister-BAföG aus den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts zum Aufstiegs-BAföG der Gegenwart und zu einem Weiterbildungs-BAföG, einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz der Zukunft, kann hierfür ein Zeichen setzen.

### **Schritt für Schritt voran – für mehr berufliche Bildung und mehr Weiterbildung**

Vor 50 Jahren, in der Hochzeit der sozialdemokratisch geprägten Reformpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel, verabschiedete der Deutsche Bundestag mit dem BAföG ein Fördergesetz für Schülerinnen und Schüler wie für Studierende, das seitdem fast fünf Millionen jungen Menschen bei ihrer schulischen oder akademischen Qualifizierung geholfen hat. Das BAföG hat dabei Höhen und Tiefen erlebt, die aber auch seiner kleineren Schwester, dem Meister- und späteren Aufstiegs-BAföG nicht erspart bleiben sollten, das 25 Jahre später 1996 in Kraft getreten ist und das seitdem rund drei Millionen berufliche Aufstiege zu Fachkräften, Führungskräften und Selbstständigen mit ermöglicht hat.

Die Grundsteinlegung war dabei allerdings schwer genug. Nachdem die Förderung von beruflichen Aufstiegsmaßnahmen zu Beginn der 90er-Jahre aus der Arbeitsförderung gestrichen worden war, brachen die Teilnehmerzahlen danach zwangsläufig dramatisch ein. Die damalige Regierung von Helmut Kohl startete dann 1996 zusammen mit den Ländern einen neuen Versuch, ein Förderinstrument für die berufliche Bildung und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen, das dann zum 1. Januar 1996 endlich in Kraft treten konnte. Angehende Fachwirte, Techniker und vor allen Dingen Meister in der gewerblichen Wirtschaft und im Handwerk sollten damit unterstützt werden. Das Gesetz wurde als Meister-BAföG bekannt und populär. Wenn man sich vor Augen führt, welche großen Anstrengungen von diesen Personen und ihren Familien nicht nur an Einsatz und Zeit, sondern auch finanziell in der höheren Berufsbildung zu erbringen waren, war dieses ohne Zweifel ein wichtiger Fortschritt, den auch die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten bei aller Unzulänglichkeit des ersten Gesetzes von 1996 letztlich nur unterstützen und als Auftrag für eigene weiterführende Reformen aufnehmen konnten.

Ein entscheidender Schritt nach vorn begann denn auch mit der damaligen Bundesregierung von SPD und B 90 / Die Grünen mit Gerhard Schröder und seiner Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, die 2002 das Gesetz grundlegend überarbeitete und damit letztlich die Entwicklung auch zu weiteren Verbesserungen 2009, 2016 und 2020 einleitete. So wurden 2002 die Gesundheits- und Pflegeberufe und der medien-gestützte Unterricht in den Förderbereich einbezogen. Das Meisterstück wurde erstmalig gefördert, die Mittelstandskomponente des Gesetzes ausgebaut. Und besonders wichtig: die soziale Dimension bei der Förderung von Familien und Allein-erziehenden verbessert. 2009 kamen die Möglichkeiten der

Förderung einer zweiten Aufstiegsfortbildung dazu und die Unterstützung bei Existenzgründungen. 2016 wurde Bachelor-Absolventen der Zugang zu geförderten Aufstiegsfortbildungen eröffnet wie auch Personen, die als Abiturienten Berufspraxis vorweisen konnten oder ein Studium abgebrochen haben. Fördersätze, Freibeträge und Zuschussanteile wurden einmal mehr deutlich erhöht. Dies wurde dann 2020 noch weiter ausgebaut. Die Unterhaltsförderung muss künftig nicht mehr zurückgezahlt werden. Bei einer Existenzgründung wird das Darlehen für die Fortbildung komplett erlassen. Besonders wichtig: Es gibt jetzt eine Finanzierung von Fortbildung auf allen drei Stufen des europäischen Qualitätsrahmens 5, 6 und 7, also vom Berufsspezialisten, vom Berufsbachelor wie vom Berufsmaster, für die mehr als 700 gleichwertigen und damit förderfähigen Fortbildungen in Deutschland. Damit sind weitere Bausteine gesetzt, um berufliche Bildung genauso wichtig zu machen wie akademische Bildung.

So viel Persönliches darf sein: Ich kann diese Entwicklung nur aus vollem Herzen begrüßen, als Bundestagsabgeordneter, der seit 1998 diese vier Sprünge nach vorn mit begleiten und vorantreiben durfte, als Sozialdemokrat, der höchsten Respekt hat vor allen, die über den beruflichen Bildungsweg in großer persönlicher Anstrengung Fachlichkeit und Verantwortung übernehmen, und als Volkshochschulvorsitzender, der sich für die Stärkung der allgemeinen Weiterbildung und eine zukunftsorientierte Verbindung zur beruflichen Weiterbildung einsetzt. Dieser Fortschritt war auch mit harten Kämpfen verbunden. Peter Struck, der damalige bodenständige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, musste dafür sorgen, dass für die Maßnahme, Kosten erstmals ordentlich bezuschusst wurden. Auch die Erweiterung der Förderung auf neue Berufsfelder in Gesundheit und Erziehung kam nicht von selbst und ist immer noch nicht vollständig gelöst. Die Förderung der drei Fortbildungsstufen muss in der Wirtschaft erst noch richtig angenommen und von der akademischen Welt akzeptiert werden.

### **Wegmarken für die Zukunft**

Aber auch hier gilt: Ohne Kampf kein Fortschritt und ohne Beharrlichkeit keine Nachhaltigkeit. Und für die Zukunft braucht es weiter starke Bündnisse für das Recht auf Weiterbildung für alle wie für die gleichrangige Förderung von beruflicher, politischer und kultureller wie der allgemeinen Weiterbildung. Es braucht starke öffentliche Strukturen zur Qualitätssicherung, klare Rechte und solidarisch abgesicherte Finanzierungen. Und es braucht ein fortschrittliches Gesamtverständnis von beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Ein paar Wegmarken sind hier in den letzten Jahrzehnten schon gesetzt, die in die Zukunft weisen und Richtung geben.

- Wir brauchen die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Aus- und Weiterbildung. Das BAföG und das Aufstiegs-BAföG müssen weiter zusammenwachsen und Teil eines Bildungsgesetzbuches für ganz Deutschland werden.

- Für das Lernen und die Bildung ist es nie zu spät. Weiterbildungsfähigkeit und Weiterbildungsbereitschaft müssen schon früh entwickelt werden können. Aber im lebenslangen Lernen darf es dann auch keine Altersgrenzen geben, auch nicht in dessen Förderung.
- Lernen und Bildung im Leben finden in einem persönlichen Umfeld statt, das dann auch Beachtung finden muss in den gesetzlich gesicherten Förderinstrumenten. Kindererziehung, Pflegeleistungen in der Familie sind genauso von Bedeutung wie der Aufbau einer selbstständigen Existenz.
- Die Heranbildung von Führungskräften, in welchen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft auch immer, liegt nicht nur im privaten, sondern genauso im öffentlichen Interesse. Der Wille zum persönlichen Aufstieg durch Bildung muss nicht gegen andere gerichtet sein, sondern erwächst aus dem Können und der persönlichen Freude an Leistung und Verantwortung. Beides verdient weiterhin öffentliche Unterstützung.
- Weiterbildung in der Zukunft wird sich dabei auch nicht nur auf die Höherqualifizierung, sondern sich genauso auf die Verbreiterung und die Vertiefung von Wissen, Kompetenz und Bildung als Recht für jeden Einzelnen erstrecken müssen. Bildungsfreistellung, Bildungsguthaben, Bildungsqualität, aber auch die Verknüpfung von beruflicher Weiterbildung mit allen anderen Inhalten und Formen der Weiterbildung sind hier die Stichworte. Die ganzheitliche Entfaltung der Menschen und damit ganzheitliche Bildung sind das Ziel.

Die Gewerkschaften wie die Volkshochschulen als zwei historische Streiter der Bildungsbewegung „Seit an Seit“ haben auch deshalb schon immer zusammen gekämpft für ein Menschenrecht auf Bildung, bis in die Gründung von „Arbeit und Leben“ hinein, weil sie stärker als rein wirtschaftlich orientierte Kräfte mit deren Mantra vom Humankapital von den Leitgedanken des Humanismus und der Emanzipation getragen sind. Diese Ideen haben Strahlkraft und bewegen die Menschen nach wie vor. Dabei bleibt gültig: Es liegt an den Menschen, an uns selbst, aus dieser Utopie konkretes Leben zu machen.



# Die Demokratie mit Leben füllen

## Für eine selbstbewusste Erwachsenenbildung in unsicheren Zeiten



**Dr. Ulrich Raiser**

Leiter des Referats für Erwachsenen- und Grundbildung, außerschulische Bildung und lebenslanges Lernen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Durch das Land Berlin bevollmächtigtes Mitglied bei Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e. V.

Er hat Sozialpädagogik und Soziologie studiert und an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert.

Am 13. Februar 2019 feierte die Erwachsenenbildung ein großes Jubiläum in der Paulskirche in Frankfurt/Main – den 100. Geburtstag der Volkshochschulen. Der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle hielt aus diesem Anlass eine denkwürdige Rede, in der er die demokratiebildende Kraft der Erwachsenenbildung unterstrich und ihre elementare Bedeutung für eine offene Gesellschaft hervorhob. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und insbesondere natürlich die Volkshochschulen nahmen die Rede mit Anerkennung und Stolz auf. Es kommt nicht oft vor, dass sich ein führender Repräsentant des deutschen Staates so differenziert mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Bildungsprozessen im Erwachsenenalter auseinandersetzt.

„Die Idee der Volkshochschule“ so Voßkuhle, „steht für eine Einrichtung, die Neugier stillen will, und für die Bildung nicht mit dem Schulabschluss beendet ist. Mit anderen Worten, ein Ort des Dialogs und der Offenheit für Neues – auch für ältere Generationen. [...] Ein solcher Ort ist unersetzlicher Teil unserer demokratischen Verfassungsordnung. Schulen und Hochschulen, Akademien, Zentralen für politische Bildung, kirchliche, gewerkschaftliche sowie parteinahe Bildungsinstitute oder eben Volkshochschulen, sie alle können mit unterschiedlicher Akzentsetzung so ein Ort sein. [...] Sie sind damit institutioneller Ausdruck eines Gesellschaftsbilds, das von unten nach oben aufgebaut ist, einer Gesellschaft, die den Einzelnen und seine Einbettung in soziale Strukturen ernst nimmt.“<sup>1</sup>

<sup>1+2</sup> | Voßkuhle, Andreas; *Der Bildungsauftrag des Grundgesetzes – Rede zur Festveranstaltung „100 Jahre Volkshochschule“ am 13. Februar 2019, Frankfurt/Main 2019;* <https://www.volkshochschule.de/verbandswelt/100-jahre-vhs/festrede-zum-jubilaem.php>

Was hier fast ein wenig utopisch klingt, ist in Deutschland gelebte institutionelle Realität. Die über 900 Volkshochschulen in Deutschland verzeichnen mehr als neun Millionen Teilnahmen im Jahr. In jedem Bundesland existiert eine Landeszentrale für politische Bildung sowie eine Vielzahl öffentlich geförderter Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der politischen Bildung, nicht zuletzt der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V. mit seinen Landesorganisationen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie seine Einzelgewerkschaften und die Arbeitgeberverbände unterhalten jeweils Bildungswerke auf Bundes- und Landesebene. Gäbe es diese Einrichtungen nicht, unsere Gesellschaft wäre nicht nur ärmer, sie wäre möglicherweise in ihrer demokratischen Verfasstheit kaum lebensfähig. Es ist der Lernwille der Bürgerinnen und Bürger, ihre Neugier und ihr Mut zum Dialog mit Anderen und zur Auseinandersetzung mit Neuem, die ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen mit Leben füllen.

Die elementare Bedeutung der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens steht in einem eklatanten Gegensatz zu ihrer bescheidenen öffentlichen Anerkennung und finanziellen Ausstattung. Von jedem Euro, der in Deutschland für Bildung ausgegeben wird, gehen 0,03 Cent in die Erwachsenenbildung, so der Bildungsforscher Bernd Kämpf. Was ist der Grund für die Randstellung der Erwachsenenbildung im oftmals lauten Konzert der Bildungspolitik?

Erstens, die Erwachsenenbildung unterliegt kaum einer staatlichen Regulierung. Gemäß ihrer basisdemokratischen Tradition misstraut sie jeder Einflussnahme durch den Staat, etwa in Form vorgegebener Curricula oder gar behördlicher Weisungsbefugnis. Eine Ausnahme bilden die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), deren Besuch staatlich verordnet werden kann. Andere Angebote der Erwachsenenbildung sind freiwillig und ihr Zustandekommen beruht damit auf der individuellen Entscheidung des Individuums. Dort aber, wo der Staat im Bildungsbereich nicht regulierend eingreifen kann oder möchte, zieht er sich auch eher aus der Finanzierung zurück und überlässt die Finanzierung – zumindest teilweise – den Kundinnen und Kunden. Diese zurückhaltende Haltung des Staates gegenüber der Erwachsenenbildung hat für viele Einrichtungen einen beständigen Überlebenskampf zur Folge.

Zweitens, die Erwachsenenbildung vertritt einen breiten Bildungsbegriff. Sie vertraut auf das Bildungsideal mündiger Bürger, die zu autonomem und verantwortungsvollem Handeln befähigt werden sollen. Bildung dient in diesem Verständnis der Entfaltung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen, ohne die berufliche Verwertbarkeit des angeeigneten Wissens in den Vordergrund zu stellen. Damit aber entspricht die Erwachsenenbildung nicht dem zurzeit dominanten auf berufliche Qualifizierung ausgerichteten Verständnis von Weiterbildung. So macht etwa die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) keine Aussage zur Erwachsenenbildung und betont vielmehr den

ausschließlichen Bezug zur beruflichen Weiterbildung. Dass in einer sich wandelnden Arbeitswelt die in der Erwachsenenbildung vermittelten Fertigkeiten von besonderer Bedeutung sein können, wird bislang noch selten wahrgenommen.

Dabei könnte die Erwachsenenbildung gerade jetzt selbstbewusster und fordernder auftreten. Die Relevanz der Weiterbildung, der außerschulischen Bildung und des lebenslangen Lernens wird nach der Pandemie weiter zunehmen. Die Vielzahl biografischer Umbrüche erfordert wohnortnahe, zugängliche Lernangebote und ein Klima der selbstverständlichen persönlichen und beruflichen Neuorientierung für alle. Zugleich gibt es ein anhaltendes Bedürfnis nach Möglichkeiten gesellschaftlicher Beteiligung und Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens. Auf diese gesellschaftspolitischen Herausforderungen und die Folgen des digitalen Wandels sollte eine institutionell starke und breit aufgestellte Weiterbildungspolitik Antworten geben. Sie sollte streiten für eine lernfreudige, offene und bürgernahe Gesellschaft. Die von Voßkuhle benannten „Orte des Dialogs und der Offenheit für Neues“ sind elementar wichtig, um Lernanlässe zu schaffen, um Neugier zu entfachen und um Menschen Gelegenheit zu geben, aus ihrem gewohnten Umfeld herauszutreten und andere Menschen kennenzulernen. Das ist der demokratische Kern der Erwachsenenbildung und ihr wichtigstes Kapital. Dafür sollte sie auch im politischen Diskurs offensiv werben.

Arbeit und Leben steht idealtypisch für diese aufklärerische Idee der Erwachsenenbildung. Getragen von Gewerkschaften und Volkshochschulen verkörpert der Verein das Ideal einer Bildungsbewegung, die zur Gründung der Volkshochschulen vor 100 Jahren führte. Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg unterstreicht mit seiner Ausrichtung z. B. auf Menschen mit geringer Literalität und Migrantinnen und Migranten in prekären Lebensverhältnissen, dass es der Erwachsenenbildung auch immer darum geht, die Bildungsprozesse derjenigen zu unterstützen, die Bildungsnachteile erfahren und deren Teilhabe an der Gesellschaft dadurch eingeschränkt ist. Gerade Menschen mit geringer Literalität berichten immer wieder davon, dass Lesen und Schreiben zu lernen oftmals der Beginn einer persönlichen Emanzipationsgeschichte und der Aufbruch zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe ist. Im Kern geht es bei Arbeit und Leben um Empowerment, um die Ermöglichung von autonomen Entscheidungen, von Selbstentfaltung und von gesellschaftlichem Engagement: Bildung als Prozess der Befreiung aus der Unmündigkeit. Oder um es noch einmal in den Worten des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts zu sagen: „Es sind gerade die vor Ort präsenten kommunalen Bildungsnetzwerke, die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Herkunft, Alter und sozialem Status zusammenbringen. Sie öffnen Türen für Bildungschancen und erlauben einen kritischen und informierten Blick auf die Welt.“<sup>2</sup>

Bezogen auf Berlin und die bevorstehende Wahl (am 26. September 2021) zum Abgeordnetenhaus ist vor diesem Hintergrund der Wunsch nach einer noch stärkeren Beachtung des lebenslangen Lernens durch die künftige Landesregierung nicht vermessen. Das am 1. August 2021 in Kraft getretene Erwachsenenbildungsgesetz bietet hierfür eine wichtige und (angesichts der vielen gescheiterten Versuche in den vergangenen 50 Jahren) historische Grundlage. Es eröffnet der freien Trägerlandschaft Fördermöglichkeiten und eine Anerkennung durch das Land Berlin, es stärkt die Berliner Volkshochschulen, die Berliner Bildungsberatung und die Landeszentrale für politische Bildung und fördert die Transparenz und den gesellschaftlichen Dialog in diesem Themenfeld durch den neuen Landesbeirat für Erwachsenenbildung. Von ebenso großer Bedeutung ist die Stärkung der (fach)öffentlichen Legitimation und politischen Bedeutung des lebenslangen Lernens als vierte Säule des Berliner Bildungssystems.

Alles dies wird aber in Berlin nicht ohne eine bessere finanzielle Ausstattung und eine starke institutionelle Anbindung des lebenslangen Lernens umzusetzen sein. Wenig kostenintensiv, aber von großem symbolischen Wert wäre etwa die Verankerung der Erwachsenenbildung in der Berliner Landesverfassung, ganz nach dem Vorbild der Weimarer Reichsverfassung von 1919 (dem Gründungsjahr der Volkshochschulen), die die Förderung des „Volksbildungswesens“ empfahl.

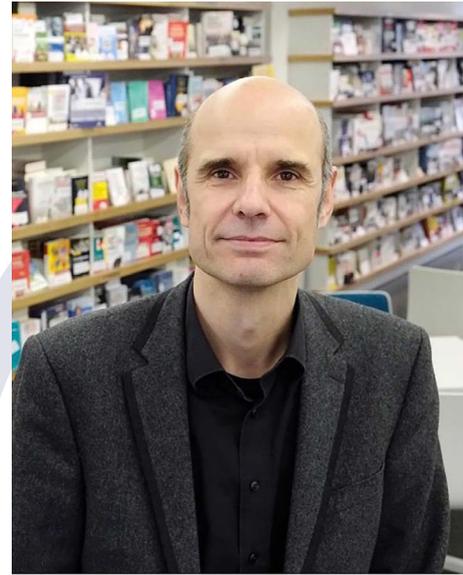
Womit sich der Kreis schließt. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Weimarer Reichsverfassung formulierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ebenfalls im Februar 2019:

„Die Demokratie verlässt sich nicht auf Zwang und Kontrolle, und sie beruft sich nicht auf göttliche Gnaden. Sondern Demokratie ist und bleibt ein Wagnis, weil sie sich völlig ihren Bürgern anvertraut! Jeder, der sich abwendet, fehlt der Demokratie. Und deshalb dürfen wir niemanden achselzuckend ziehen lassen. Das ist nicht einfach die Lehre, sondern das bleibt unsere Aufgabe aus der Weimarer Zeit!“<sup>3</sup>

Im Kontext dieser Festschrift heißt das: Eine wehrhafte Demokratie braucht eine lebendige und starke Erwachsenenbildung und entsprechend zugängliche und attraktive Orte, damit alle, wirklich alle Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, zu lernen, Neues zu erfahren und die Demokratie mit Leben zu füllen – Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg ist ein solcher Ort. Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag!

<sup>3</sup> | Steinmeier, Frank-Walter; Festakt „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“ am 06. Februar 2019, Weimar  
<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190206-Weimar-100-Jahre-Reichsverfassung.html>

# Politische Erwachsenenbildung in der postmigrantischen Gesellschaft: diversitätssensibel – diskriminierungskritisch – inklusiv



**Thomas Gill**

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Berlin

In der aktuellen Legislaturperiode wurden in Berlin wichtige Rahmenseetzungen für die politische Erwachsenenbildung geschaffen: Berlin verfügt seit Mai dieses Jahrs erstmals über ein Erwachsenenbildungsgesetz und damit auch über eine neue Grundlage für die politische Erwachsenenbildung. Gleichzeitig wurde das Bildungszeitgesetz novelliert und damit die Rahmenbedingungen für die Freistellung von Berufstätigen für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen modernisiert. Und nicht zuletzt wurde die in den 2000er-Jahren durch das Spardiktat stark betroffene Berliner Landeszentrale für politische Bildung sukzessive so weit mit Personal und Sachmitteln ausgestattet, dass die Arbeitsfähigkeit der nachgeordneten Behörde der Bildungsverwaltung wieder gegeben ist. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um auf die aktuellen Herausforderungen für die politische Erwachsenenbildung angemessen reagieren zu können.

## Postmigrantisches Berlin

Die Migrationsforscherin Naika Foroutan hat den aus der Kulturarbeit stammenden Begriff „postmigrantisch“ für die Gesellschaftsanalyse adaptiert, um deutlich zu machen, dass unsere heutige Gesellschaft stark von Migrationsprozessen geprägt ist und es sich bei den aktuellen gesellschaftspolitischen Konflikten in erheblichem Maße um Aushandlungsprozesse handelt, „die nach erfolgter und weiterhin erfolgreicher Migration einsetzen, wenn allgemein feststeht, dass eine fortschreitende Pluralisierung nicht aufgehalten werden kann. [...] [Es geht] um die Aushandlung von Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe, die als umkämpfte Güter auch von Migrant\*innen, ihren Nachkommen sowie anderen zu lange marginalisierten Gruppen beansprucht werden“. (Foroutan: Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft, in: APuZ 42-44/2020). Damit stellt die postmigrantische Theoriebildung auch das Grundverständnis der Demokratietheorie vom Kopf auf die Füße. Nicht mehr die Homogenität des Souveräns, sondern dessen Heterogenität wird als Chance für die plurale

Demokratie verstanden. Demokratie lebt demnach von der Vielfalt der Stimmen und Perspektiven, die in den demokratischen Aushandlungsprozess eingebracht werden. Dies führt zu einer Zunahme von Konflikten: Je besser die (politische) Teilhabe bisher marginalisierter Gruppen gelingt, desto intensiver wird die Auseinandersetzung um Ressourcen, Macht und Privilegien. Kompromissfindung wird herausfordernder, für Politik und Gesellschaft, aber auch für uns je individuell.

### **Politische Erwachsenenbildung – diversitätssensibel – diskriminierungskritisch – inklusiv**

In einer Gesellschaft, die auch langfristig von strukturellen Veränderungen und gesellschaftspolitischen Verteilungskonflikten geprägt sein wird, ist politische Bildung eine wichtige Ressource, um die Individuen zu unterstützen, kompetent mit diesen Herausforderungen umgehen zu können. Der Kernauftrag politischer Bildung, Menschen zu unterstützen, ihre politischen Teilhaberechte wahrnehmen zu können, bleibt dabei unberührt. Aber alles andere muss neu durchdacht und diskutiert werden.

In einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, eine geteilte Grundlage für das Zusammenleben zu finden. Die internationale Entwicklung der Menschenrechte und der Menschenrechtsbildung hat das Potenzial für eine solche Grundlage. Die Menschenrechte haben sich seit 1989 durch neue Konventionen und durch neue Verfahren erheblich weiterentwickelt. Insbesondere die Kinderrechtskonvention und die Behindertenrechtskonvention haben Innovationen im internationalen Menschenrechtsverständnis bewirkt, die für die politische Bildung relevant sind. Beate Rudolf, die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, hat herausgearbeitet, wie sich über die UN-Konventionen ein Menschenrecht auf Teilhabe entwickelt hat. Dieses bezieht sich explizit auch auf ein Recht auf politische Teilhabe. Für die Vertragsstaaten bedeutet dies weitreichende Verpflichtungen: Sie müssen selbst dieses Recht achten, sie müssen vor der Verletzung durch Dritte schützen, sie müssen die Voraussetzungen wie z. B. Bildung gewährleisten und sie müssen besondere Maßnahmen zur Durchsetzung vornehmen. Diese staatliche Verpflichtung ist umfassend zu verstehen, sie gilt zum Beispiel auch bezogen auf das Handeln von Lehrkräften im Unterricht oder auf zivilgesellschaftliche Akteure, die mit staatlicher Förderung Projekte durchführen. (Rudolf: Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung 2017)

Die deutsche Bildungsdebatte und mit ihr in Ansätzen auch die politische Bildung hat zwar den Schlüsselbegriff der Inklusion adaptiert. Seltsamerweise wird dabei aber meist nicht auf den internationalen Menschenrechtsdiskurs Bezug genommen, sondern auf diverse soziologische Theorien. Heiner Bielefeldt hat in einer ersten Interpretation des innovativen Gehaltes der UN-BRK auf zwei wichtige menschenrechtliche Neuerungen hingewiesen. Die englische Originalüberschrift

von Artikel 19 macht es besonders deutlich: „Living independently and being included in the community“, individuelle Autonomie und soziale Inklusion gehören unauflöslich zusammen. Dieses Konzept der „freiheitlichen Inklusion“ (Bielefeldt: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention 2009) geht auf die Kämpfe der Behindertenrechtsbewegung zurück, anerkannter Teil der Gemeinschaft zu sein, damit meine individuelle Würde anerkannt wird und damit meine individuelle Freiheit und Autonomie. Was aus der Sicht der Behindertenrechtsbewegung eine zentrale Forderung ist, die Eingang in die UN-BRK gefunden hat, entwickelt als allgemeines Menschenrecht eine erhebliche Wirkungsmacht. Nur wenn das Menschenrecht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen realisiert wird, auch im Bereich der Politik, kann der Kern der Menschenrechte, die Anerkennung und Achtung der individuellen Würde, umgesetzt werden. Als Menschenrecht ist dies nicht nur ein moralischer Appell, sondern geltendes Recht und staatliche Verpflichtung.

Erstmals, so Bielefeldt, ist menschliche Vielfalt, Diversität, mit der UN-BRK menschenrechtlich anerkannt. Auch dieser Gedanke stammt von der Behindertenrechtsbewegung, die politisch nur Wirkungsmacht erlangen konnte, indem sie die große Unterschiedlichkeit der Menschen, die mit Behinderung leben, gegenseitig anerkannt hat. Als menschenrechtliches Prinzip ist die Anerkennung von menschlicher Vielfalt als Norm sehr bedeutsam, da sie den ohnehin in den Menschenrechten angelegten Diskriminierungsschutz positiv wendet und eine aktive Anerkennung als Bereicherung menschlichen (Zusammen-)Lebens fordert.

Auf dieser Grundlage ist auch das Bildungsverständnis allumfassend. Es geht um nicht weniger als darum, „die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken“ (UN-BRK, Artikel 24). Dies umfasst explizit auch das lebenslange Lernen. Darüber hinaus sind die Vertragsstaaten auch die Verpflichtung eingegangen, bis ins private Familienleben hinein dafür Sorge zu tragen, über Bewusstseinsbildung (Artikel 8) „Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken“ in allen Lebensbereichen zu bekämpfen, z. B. durch Kampagnen, Bildungsangebote und Medienangebote.

Eine so verstandene inklusive politische Bildung ist mehr als ein weiteres didaktisches Konzept. Inklusion als aktive Einbeziehung, als Menschenrecht auf Teilhabe und auf Abbau von Barrieren fordert von der politischen Bildung einen Paradigmenwechsel. Politische Bildung mit allen bedeutet nicht weniger, als das Grundverständnis politischer Bildung und die Rahmensetzung ihrer Praxis kritisch zu durchleuchten und alle darin eingeschriebenen einstellungs-, struktur- und verhaltensbedingten Barrieren abzubauen. Die für andere Handlungsfelder wie Schule oder die kommunale Ebene entwickelten Indize für Inklusion weisen dabei die Richtung:

Es geht um grundlegende Organisationsentwicklungsprozesse, die Haltungen, Strukturen und Prozesse detailliert analysieren, um diese zu verändern. Eine inklusive politische Bildung thematisiert die offenen Fragen der politischen Bildung. Dies macht diese sicher nicht unbedingt einfacher, aber vielleicht weniger paternalistisch und ausgrenzend und dichter dran an den aktuellen spannenden politischen Debatten über die Zukunft von Menschenrechten und Demokratie.

### **Was ist zu tun?**

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich in Berlin – trotz der zum Teil schwierigen Rahmenbedingungen – bereits eine vielfältige politische Erwachsenenbildung entwickelt, die sich dem Anspruch, diversitätssensibel, diskriminierungskritisch und inklusiv zu sein, stellt. Angesichts der sich gerade ändernden Rahmenbedingungen kommt es nun darauf an, einerseits den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen, die notwendigen Fachdebatten zu führen und eine experimentelle Praxis zu ermöglichen. Und zum anderen muss es darum gehen, die erarbeiteten Konzepte aus der Nische der Modellprojekte herauszuholen und in regelhaft geförderte, langfristig abgesicherte Angebote – im Sinne einer Grundversorgung – politischer Erwachsenenbildung in Berlin zu überführen. Die Liste der Ansätze, die es verdient hätten, genannt zu werden, ist lang. Dementsprechend können hier nur einige wenige exemplarisch Erwähnung finden.

### **Aufsuchende politische Erwachsenenbildung**

Gemeinsames Ziel aller Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung ist es, Menschen anzusprechen, die von klassischen Formaten der politischen Bildung nicht erreicht werden, insbesondere weil sie den Bezug zum politischen Feld, mit seinen eigenen Regeln, Sprache und Kultur, verloren haben. Dafür müssen neue Zugänge gesucht und Hemmschwellen abgebaut werden. Aufsuchend ist ganz wörtlich zu nehmen, die politische Bildung muss dahin gehen, wo die Menschen sind: räumlich und auch habituell.

Ein Ansatz, den die Berliner Landeszentrale für politische Bildung und auch andere Akteure in Berlin in den letzten Jahren verfolgt haben, ist der sozialräumliche. Im Kiez, zum Beispiel angekoppelt an ein Nachbarschaftszentrum, finden verschiedene niedrighschwellige Angebote der politischen Bildung statt. Menschen werden unmittelbar in ihrem Alltag angesprochen und zum Beispiel zu unterschiedlichen Dialogformaten eingeladen. Seit diesem Jahr sind unter Federführung der Berliner Landeszentrale in Kooperation mit Partnern vor Ort sieben Projekte am Start, weitere zwei bis drei Projekte bestehen unabhängig davon bei anderen Trägern. Damit ist noch lange keine Vollversorgung erreicht, aber eine breite Basis, um weitere Erfahrungen mit dem Ansatz sammeln zu können.

Ebenso wäre es sinnvoll, gemeinsam mit Selbstorganisationen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, z. B. Migranten-Communitys, Ansätze einer „Community-orientierten aufsuchenden politischen Bildung“ zu entwickeln. Ziel einer solcher Herangehensweise wäre es, nicht nur die „beteiligungsstarken“ Akteure, sondern die Vielfalt der Communitys anzusprechen. Die Angebote wären dabei nicht „für“, sondern gemeinsam „mit“ den Anzusprechenden zu gestalten. Hierbei wäre an die Zusammenarbeit vor allem mit Akteuren der großen Migrantengemeinschaften wie Türkeistämmige, Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion und Arabischstämmige zu denken.

### **Inklusive politische Bildung / politische Grundbildung**

Die aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen, die mit Beeinträchtigung leben, ist noch immer deutlich verbesserungswürdig. Politische Erwachsenenbildung hat dazu einen klaren menschenrechtlichen Auftrag (siehe oben). Dementsprechend hat die Berliner Landeszentrale für politische Bildung Ansätze einer inklusiven politischen Bildung entwickelt, die sich explizit auch an Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen richten. Dies erfordert unter anderem die Bereitschaft, Veranstaltungen, Publikationen und digitale Auftritte in einfacher oder Leichter Sprache zu entwickeln und umzusetzen. Dies kommt auch Menschen entgegen, deren (deutsche) Schriftsprachkompetenz eingeschränkt ist. Noch immer haben über 30 Prozent der Erwachsenen im Alter von 18 bis 65 Jahren in Deutschland, die sich mündlich auf Deutsch verständigen können, erhebliche Probleme mit dem Verstehen von Buchstaben, Wörtern, Sätzen und (kurzen) Texten. Politische Grundbildung hat den Anspruch, auch jenen ein Angebot zur Stärkung der politischen Teilhabe zu unterbreiten. Angesichts der Größe der Gruppe ist eine Strategie notwendig, die über die Durchführung einzelner Sprachkurse hinausgeht und auch Elemente einer allgemeinen Aufklärungsarbeit über Grundbildungsbedarfe mit aufnimmt.

### **Stärkung „klassischer“ Instrumente der politischen Erwachsenenbildung: „Bildungsfreistellung“**

Berlin war 1970 das erste Bundesland, welches das Recht auf Bildungsfreistellung für Angebote der politischen Bildung für Auszubildende und junge Arbeitnehmende geschaffen hat. Dieses Recht ist in den folgenden Jahrzehnten auf alle Arbeitnehmenden ausgeweitet worden und umfasst heute auch die berufliche Bildung und die Weiterbildungsangebote für das ehrenamtliche Engagement. Die Inanspruchnahme der Angebote der politischen Erwachsenenbildung stagniert oder ist rückläufig, auch bei Auszubildenden. In den anderen beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg stellt sich die Situation zum Teil deutlich besser dar. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass zum Beispiel die Hamburger Landeszentrale für politische Bildung jährlich rund 70 einwöchige Bildungsurlaubsseminare fördert und diese von einem Kreis von fast 20 Trägern

der politischen Bildung angeboten werden. Gleiches scheint auch für Berlin sinnvoll, um diesem wichtigen Instrument politischer Erwachsenenbildung wieder zu der Geltung zu verhelfen, die es verdient.

### **Politische Bildung im Kontext von Flucht**

Die starke Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015/16 hat auch für das Feld der politischen Teilhabe und der politischen Bildung wie ein Katalysator gewirkt, schon lange bekannte Notwendigkeiten und Ansätze konnten sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen. Vor 2015 war die Sichtweise dominant, dass die politische Integration am Ende eines langen Integrationsprozesses steht und mit dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft seinen Abschluss findet. Inzwischen hat sich weitgehend die Erkenntnis durchgesetzt, dass gerade auch die politische Teilhabe – die Chance, seine Lebensumstände mitzugestalten – eine wichtige Motivation darstellt, Teil der Aufnahmegesellschaft werden zu wollen. Politische Bildung hat nach 2015 bewiesen, dass sie die dafür notwendigen Angebote zur Verfügung stellen kann, für Menschen mit Fluchterfahrung ebenso wie für Akteure der Aufnahmegesellschaft. Im Gesamtkonzept des Berliner Senats „Integration und Partizipation von Geflüchteten“ von 2018 sind zwölf Maßnahmen im Bereich 9.2. Demokratieförderung genannt, die zum Teil noch der finanziellen Untersetzung bedürfen.

### **Bürgerbeteiligung: politische Bildung mit politischer Teilhabe verknüpfen**

Im letzten Jahrzehnt sind in Berlin vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung geschaffen worden. Bürgerbeteiligung kann in ganz unterschiedlichen Formaten stattfinden: als runder Tisch, Zukunftswerkstatt, Onlinedialog, Bürgerversammlung, Stadtteilkonferenz, Kiezspaziergang, Planungswerkstatt, Bezirksforen oder auch in Form von Bürgerhaushalten, Kiezkassen, Quartiersrat, Kinder- und Jugendparlamenten, Schüler\*innen- und Elternvertretung oder als Beiräte für Migration, Frauen, Senior\*innen oder Menschen mit Behinderung. Viele dieser Formen sind sehr voraussetzungsvoll, sie erfordern nicht nur Wissen über politische Zusammenhänge, sondern auch Kommunikationskompetenzen, die praktisch erprobt und sich angeeignet werden müssen. Die empirische Teilhabeforschung hat gezeigt, dass diese Instrumente der partizipativen Demokratie sozial sehr ungleich genutzt werden – die soziale Spaltung im Bereich der politischen Teilhabe droht weiter zuzunehmen. Dem kann durch niedrigschwellige Angebote der politischen Bildung, die notwendiges Wissen und Kompetenzen vermittelt, entgegengewirkt werden. Bisher sind diese Angebote nur selten mit den Beteiligungsformen verknüpft. Hier liegen noch neue Handlungsfelder für die politische Erwachsenenbildung in Berlin.

### **Digitale politische Medienbildung**

Der Prozess der Digitalisierung hat die Erweiterung der Medien von der Verbreitung von Informationen hin zur Plattform der Kommunikation beschleunigt. Auf Basis von Kurznachrichten und Überschriften entwickeln sich schnelllebige, emotional aufgeladene Diskussionen, deren Tiefgang bereits durch die limitierte Zeichenzahl der Dienste beschränkt ist. Dem gegenüber stehen die langwierigen Aushandlungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft. Politik und Medien entwickeln sich gegenläufig. Während Medien verschmelzen (sinnbildlich im Smartphone), zerfällt die politische Öffentlichkeit zunehmend in Teilöffentlichkeiten. Politische und mediale Wirklichkeiten sind so verschränkt, dass sie nur noch in ihren gegenseitigen Abhängigkeiten entschlüsselt werden können, wozu es einer neuen Form der digitalen politischen Medienkompetenz bedarf. Es ist dabei nicht ausreichend, nur den Schutz der eigenen Daten oder die Förderung der Nutzungskompetenz in den Mittelpunkt zu stellen – gerade aus der Perspektive der politischen Teilhabe muss es um die Stärkung der eigenen digitalen Kompetenz gehen, selbst zum Sender zu werden. Die sozialen Medien sind auch für jene eine Chance, ihre Anliegen öffentlich zu machen, deren Interessen bisher nur unzureichend Berücksichtigung gefunden haben.

Damit politische Erwachsenenbildung in Berlin die genannten und weitere Aufgaben gut bewältigen kann, ist sie auf eine vielfältige, strukturell abgesicherte Trägerlandschaft angewiesen. Zivilgesellschaftliche Akteure, die wie im Fall von Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg auf eine über 70-jährige Tradition der politischen Erwachsenenbildung zurückblicken können, sind wichtige Partner der Berliner Landeszentrale der politischen Bildung.

# Wie politisch ist die Digitalisierung?

## Bildungsurlaub ist wichtiger denn je



### Professor Dr. Bernd Käßlinger

Inhaber des Lehrstuhls für Weiterbildung an der Justus-Liebig-Universität Gießen seit 2015. Zuvor war er Juniorprofessor für Lernen im Lebenslauf / betriebliche Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin von 2010 bis 2015. Rufe an die Universitäten Mainz, Duisburg-Essen und Tübingen zwischen 2009 und 2014 wurden abgelehnt. Nach dem Studium der Erwachsenen-/Weiterbildung, Soziologie und Politologie in Mainz, Cork, Nijmegen und Berlin arbeitete er zwischen 2001 und 2010 am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung sowie am Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: betriebliche Weiterbildung, Programmforschung, Bildungsberatung sowie abschlussbezogene Weiterbildung.

### 1. Einleitung

Arbeit und Leben wird in Berlin 70 Jahre alt. Ebenfalls in den 1940er-Jahren baute der Berliner Konrad Zuse den ersten funktionsfähigen Computer der Welt. Kaum jemand dürfte damals auch nur erahnt haben, wie sehr die Digitalisierung einmal das Leben der Menschen auf der Erde bestimmen würde. Dem IBM-Vorstandsvorsitzenden T. J. Watson wird das Zitat nachgesagt: „Ich glaube, dass es auf der Welt einen Bedarf von vielleicht fünf Computern geben wird.“ Er soll diese Prognose bzw. Bedarfseinschätzung 1943 gegeben haben. Viele werden so gedacht haben und man muss bedenken, dass Computer damals mit vergleichsweise minimaler Rechenleistung ganze Büroräume ausfüllten. Es war ein langer Weg von den Anfängen der Digitalisierung bis zur heutigen Omnipräsenz und einer ggf. KI-geprägten Zukunft fern unseres jetzigen Vorstellungsvermögens. Erwachsenen-

bildungseinrichtungen waren dabei einflussreich, da über die Jahrzehnte hinweg viele Hunderttausende Menschen Kurse zu IT- und EDV-Themen besucht haben. Ein Beispiel, wie Bildungsurlaub und Digitalisierung 1987 zusammenspielten:

#### Bildungsurlaub

**594 Einführung in die computergestützte Textverarbeitung**  
**BE** Ingrid Schöll/Bernd Passens

Im Rahmen des Angebotes "Bildungsurlaub für Arbeitnehmer" veranstaltet die VHS in den Osterferien ein Seminar mit den Schwerpunkten der computergestützten Textverarbeitung.

Umfangreiches Informationsmaterial über das Seminar sowie die rechtlichen Vorschriften über den Bildungsurlaub ist bei der Zweigstelle Beuel zu erhalten.

Quelle: Volkshochschule Bonn, Programm von 1987, S. 187.

Bildungsurlaub als Instrument für Bildungszeiten wurde seit den 1970er-Jahren in nahezu allen Bundesländern gegen massive Widerstände der Arbeitgeber und konservative Parteien erstritten. Heute besucht bundesweit jedes Jahr rund eine halbe Million Menschen mit 1,8 Millionen Teilnehmertagen Bildungsurlaubsveranstaltungen. (Heidemann 2021, S. 178) Bildungsurlaub wird leider öfter unterschätzt in seiner Relevanz, wenngleich empirische Studien seine Bedeutung für Gesellschaft und Individuen verdeutlichen, aber auch Bedarf an Modernisierungen beginnend mit der Titulierung über das Marketing bis zu Durchführungsformen erkennen lassen (vgl. Robak et al. 2015, Pabst/Zeuner 2021).

Die nicht endende Coronapandemie und der politische Umgang mit ihr waren deutliche Beschleuniger für die Digitalisierung der Weiterbildung (Käpplinger/Lichte 2020). Präsenzveranstaltungen der Weiterbildung mussten abgesagt werden und gerade Bildungsurlaubsveranstaltungen oder Tagungshäuser waren oft betroffen, da sie zumeist in einem mehrtägigen Zeitformat in Klausurform angeboten werden. Was bedeutet das für die Zukunft? Wie politisch ist die Digitalisierung? Diese Frage soll im Folgenden maßgeblich am Beispiel des Bildungsurlaubs diskutiert werden.

## 2. Digitalisierung: Mächte und Mitbestimmung

Es sollte niemand glauben, dass Digitalisierung sich nur naturwüchsig entwickeln würde. Hier sind massive und mächtige Interessen am Werk. Die großen Digitalkonzerne haben Datenhunger und sind ständig auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern, die digitalisiert werden können und wo andere (regionale) Betriebe verdrängt werden. Die großen Digitalkonzerne sind die großen Krisengewinnler in der Coronazeit. Viele Start-ups existieren nur, weil sie Risikokapital von Kapitalfonds und Geld von dubiosen Investoren bekommen. Eine ganze Branche an Unternehmensberatungen und „Digitalpredigern“ lebt davon, nur die Vorzüge und Chancen der Digitalisierung zu idealisieren. Man kann fast froh sein, dass die Coronazeit neben vielen Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung auch ganz deutlich die Grenzen der Digitalisierung in der Bildung und Weiterbildung aufgezeigt hat. Wenn es nach den meisten Menschen geht, wollen sie in physischer Präsenz lernen und nicht als eine Kachel auf einem Bildschirm. Lernen ist viel mehr als nur Wissens- und Kompetenzerwerb. Es geht um störungsfreie Begegnung und um ein soziales Miteinander, wie es heute oft gerade nicht in den asozialen Medien stattfindet. Gleichzeitig bieten digitale Lernformen natürlich viele Chancen und die Coronazeit war ein großes Experimentierfeld, sodass es nun sogar bundesweit Bildungsurlaube in Digitalformaten gibt. Viele Weiterbildungseinrichtungen und ihr Personal haben in Fragen der digitalisierten Weiterbildung enorm steile Lernkurven hingelegt, auf die nun aufgebaut werden kann und durch die nun hybride Lernformen gestaltet werden können. Dabei bleibt zu hoffen, dass sie dies selbst gestalten können und nicht technologiegetrieben werden oder dass Digitalisierung nicht dazu genutzt wird, Kosten einzu-

sparen und Lernende vor Videos und in Webinaren „zu parken“, was nicht selten heute der Fall ist. Präsenzlernangebote dürfen nicht zum Premiumangebot für Führungskräfte werden! Digitalisierung kann viele Formen annehmen – positive wie negative. Der gewerkschaftliche Schlüsselbegriff der Mitbestimmung – von Lehrenden wie Lernenden – ist hier zentral. Seminare des Bildungsurlaubs sollten das auch thematisieren.

Digitalisierung greift in allen gesellschaftlichen und privaten Bereichen tiefgreifend ein. Arbeitszeit und Freizeit oder Privates und Berufliches verschwimmen teilweise und viele klagen über Beschleunigung. Allzu oft wird die Last der Grenzziehungen implizit auf die Individuen übertragen. Digitales Lernen wird oft mit seiner Orts- und Zeitabhängigkeit angepriesen. Man könne überall zu jeder Zeit lernen. Das stimmt auch, aber die Coronazeit hat gezeigt, dass dies je nach Wohnungssituation oder regionaler Lage ein sehr ungerechtes Rennen ist. Im großen Eigenheim mit schnellem Internet kann ein Akademikerpaar ohne Kinder viel leichter digital lernen als Menschen mit Migrationshintergrund in einer Zweizimmerwohnung mit schulpflichtigen Kindern. Digitalisierung polarisiert gesellschaftlich. Bildungsurlaub wurde erstritten, um längere Lernzeiten unabhängig vom Arbeitsplatz zu ermöglichen. Es ist ein individuelles Recht, was Schutz vor Arbeitgeberwillkür bieten soll. Digitalisierung kann leicht dazu führen, dass man nur noch „Häppchen“ lernen soll. Neudeutsch wird dies mit „Wissensnuggets“ bezeichnet. Kleine Kompetenzbündel für die direkten und aktuellen Anforderungen am Arbeitsplatz, die aber keinen breiten Horizont bieten und oft schlecht jenseits des aktuellen Arbeitgebers verwertbar sind. Eigentlich müssten die vielen Krisen der heutigen Zeit – die politischen, ökologischen und gesundheitlichen – Anlass dafür sein, ganz grundsätzlich über unsere Lebensweisen nachzudenken und nicht nur schnell im „Hamsterrad“ zu laufen, was sich nach der Coronazeit vielleicht nur noch schneller drehen wird, um die immensen wirtschaftlichen Verluste aufzuholen. Man muss es deutlich sagen: Ein solches „Fast-food-Lernen“ kann keine Zukunft haben und wird langfristig die Lemminge nur zur Klippe führen, wenn man unsere Problemlagen bedenkt.

## 3. Fazit: Zeit zur Umkehr

Wenn es den Bildungsurlaub noch nicht geben würde, müsste man ihn heute erfinden. Er ist aktueller denn je, um Beschäftigten Lernaussichten zu ermöglichen, die tiefere Einsichten und soziale Begegnung bieten. Digitalisierung ist hochpolitisch. Natürlich ist es kaum realistisch, den geschilderten einflussreichen Mächten zu widerstehen, aber Mitbestimmung muss angestrebt werden im Kleinen wie Großen. Bildungsarbeit, wie sie Arbeit und Leben betreibt, kann ein Bewusstsein schaffen und Anregungen bieten, wie man kollektiv vorgehen kann. Wissen ist Macht! Ich wünsche Arbeit und Leben alles Gute für die nächsten 70 Jahre in Berlin!

## Literatur

Heidemann, L. (2021): Weiterbildungspartizipation und Bildungsurlaub. Theorie, Forschungsstand und empirische Analyse. Bielefeld.

Käßlinger, B. / Lichte, N. (2020): „The lockdown of physical co-operation touches the heart of adult education : a Delphi study on immediate and expected effects of COVID-19.“ International Review of Education 66, S. 777–795.

Pabst, A. / Zeuner, Chr. (Hrsg.) (2021): „Fünf Tage sind einfach viel zu wenig“ – Bildungszeit und Bildungsfreistellung in der Diskussion. Frankfurt am Main.

Robak, S. / Rippien, H. / Heidemann, L. / Pohlmann, C. (2015): Bildungsurlaub – Planung, Programm und Partizipation. Eine Studie in Perspektivverschränkung. Frankfurt am Main.



# Stärkung des Demokratiebewusstseins über Bildungsarbeit im Kiez



## Angelika Schöttler

Bezirksbürgermeisterin in Tempelhof-Schöneberg und Leiterin der Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung.

2001 war sie Vorsitzende des Sozialausschusses in Tempelhof-Schöneberg. Von 2002 bis 2011 war sie Stadträtin für die Abteilung Familie, Jugend und Sport in Tempelhof-Schöneberg.

Seit 2011 ist Angelika Schöttler Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg.

70 Jahre Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg sind ein würdiger Anlass, einen Blick zurückzuwerfen auf die Anfänge. 1951, also sechs Jahre nach Beendigung einer Diktatur, die Deutschland und weiten Teilen der Welt Tod und Verderben gebracht hat, und nur zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, standen die damaligen „Macher\*innen“ vor ganz anderen Herausforderungen als in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit. Die deutsche Bevölkerung musste an demokratische Prinzipien und Strukturen erst herangeführt werden und für die politische Bildung breiter Massen mussten erst geeignete Instrumente entwickelt werden – das Computerzeitalter war schließlich noch nicht „erfunden“.

Aber auch heute gibt es in der politischen Bildung, im Heranführen unterschiedlichster Menschen an demokratische Grundprinzipien und Werte vielfältige Herausforderungen. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit seinen rund 350.000

Einwohner\*innen reicht in seiner flächenmäßigen Ausdehnung vom Stadtrand mit sowohl idyllischen historischen Dorfkernen als auch Hochhaussiedlungen bis in das Zentrum der City West mit seinem quirligen, bunten Regenbogenkiez rund um den Nolendorferplatz und die Motzstraße. Menschen aus ungefähr 160 verschiedenen Herkunftsstaaten leben und arbeiten bei uns im Bezirk. Diese Vielfalt, gepaart mit den unterschiedlichsten individuellen Lebensentwürfen, belebt den Bezirk ungemein, ist aber natürlich auch eine enorme Herausforderung.

Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, ist die Bezirksverwaltung, das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg breit aufgestellt. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge treten die Bürger\*innen mit ihrer Bezirksverwaltung in Kontakt, sei es der Bereich Weiterbildung und Kultur, das Jugendamt, das Schul- und Sportamt oder einer der anderen Fachbereiche. Sehr unterschiedlich – und auch abhängig von der

jeweiligen Aufgabenstellung – sind die Ansatzpunkte für eine demokratiefördernde Bildungsarbeit. Gehört diese beispielsweise im Jugendamt zur ständigen Aufgabe, bietet sich in anderen Bereichen vielleicht eher eine anlassbezogene Gelegenheit.

Nachfolgend möchte ich auf zwei unserer größeren und daher auch langfristigen angelegten Projekte besonders eingehen:

Seit 2019 beteiligt sich das Bezirksamt am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!“ hat das Bezirksamt mit Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e. V. einen kompetenten und engagierten Partner zur Seite. Im ersten Jahr dieser Partnerschaft wurden zahlreiche kleinere Projekte – hauptsächlich im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit – gefördert. Thematisch breit gefächert, von Demokratiebildung im Sport über ein Kiezfest in Friedenau bis hin zum interreligiösen Konzert in der Apostel-Paulus-Kirche, ging es aber immer darum, das Demokratiebewusstsein der jungen Menschen zu stärken.

Aufgrund der zunehmenden antisemitischen Vorfälle in der Stadt aber leider auch bei uns im Bezirk, habe ich schon früh den Entschluss gefasst, ein bezirkliches Bündnis gegen Antisemitismus ins Leben zu rufen. 2020, das zweite Jahr der Partnerschaft, war natürlich geprägt durch Corona und die dadurch erforderlich gewordenen Einschränkungen. So mussten wir unser Ziel, die Gründung dieses Bündnisses gegen Antisemitismus in Tempelhof-Schöneberg, leider verschieben. Mit einer pandemiebedingten Verzögerung von rund vier Monaten haben wir aber nichtsdestotrotz die Zeit intensiv genutzt, um eine hochrangig besetzte Steuerungsgruppe ins Leben zu rufen und das künftige Bündnis auch inhaltlich auf solide Füße zu stellen. Am 28. Juni 2021 war es dann endlich so weit – das Bündnis gegen Antisemitismus Tempelhof-Schöneberg wurde offiziell gegründet! Da wir immer noch in einer Pandemielage leben, mussten wir auf einen Präsenztermin verzichten und haben eine Podiumsdiskussion, ergänzt durch Grußworte von Sawsan Chebli, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, und Prof. Dr. Samuel Salzborn, Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, live im Internet übertragen. Sobald die Lage es zulässt, soll der Präsenztermin nachgeholt werden.

Wesentliche Aufgabe des Bündnisses wird es sein, zu antisemitischen Vorfällen Stellung zu beziehen. Aber neben dieser eher reagierenden Aufgabe soll das Bündnis auch präventiv tätig werden und entsprechende Angebote erarbeiten. Dies könnten beispielweise Workshop-Angebote sein oder Kooperationen mit anderen Akteur\*innen, die sich gegen Antisemitismus engagieren. Nach dem Motto „Sichtbarkeit schafft Akzeptanz“ soll auch jüdisches Leben im Bezirk sichtbar gemacht werden. Den Anfang haben wir bereits im vergange-

nen Jahr gemacht, wo in Zusammenarbeit mit dem jüdischen Bildungszentrum Chabad Lubawitsch Berlin am Bayerischen Platz in Schöneberg ein Chanukka-Leuchter aufgestellt wurde. Und auch in diesem Jahr sollen am Bayerischen Platz wieder die Chanukka-Lichter entzündet werden. Weiterhin haben wir eine Postkartenserie mit jüdischen Feiertagen entwickelt, die erstmals zum Nachbarschaftsfest vor dem Rathaus Schöneberg verteilt werden. Insgesamt bin ich guter Dinge, dass unser neues Bündnis gegen Antisemitismus wichtige Akzente setzen wird, die über den wichtigen Kampf gegen Antisemitismus weit hinausgehen.

Und noch ein weiteres Projekt, mit dem wir die Bürger\*innen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg erreichen wollen, liegt mir sehr am Herzen. Ausgangspunkt war die Fragestellung, wie die Verwaltung Einwohner\*innen des Bezirks stärker bei Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Dieser Überlegung folgend hat das Bezirksamt in den Jahren 2019 und 2020 Bürger\*innenräte in allen sieben Bezirksregionen (Friedenau, Schöneberg Nord und Süd, Mariendorf, Tempelhof, Marienfelde und Lichtenrade) durchgeführt.

Dabei wurde der jeweilige Bürger\*innenrat über eine Zufallsauswahl eingeladen, wodurch ein gesellschaftlicher Querschnitt abgebildet wird und Menschen zu Wort kommen, welche sich sonst nicht beteiligen würden. Die Idee des Bürger\*innenrates nach einem Modell aus Vorarlberg kam von einer Gruppe engagierter Frauen aus Friedenau namens NUR-MUT!. Diese Beteiligungsform fand großen Zuspruch.

An einem Wochenende entwickelte der ausgewählte Bürger\*innenrat Empfehlungen an die Verwaltung und Politik, bevor die Teilnehmer\*innen die erarbeiteten Empfehlungen im Rahmen eines Bürger\*innencafés der Öffentlichkeit und Vertreter\*innen aus der Verwaltung und der Politik vorstellten und gemeinsam weiterentwickelten.

Für diesen ersten Durchlauf hatten alle Bürger\*innenräte dieselbe Ausgangsfrage: „Wie können wir die jeweilige Bezirksregion lebenswert erhalten und die Zukunft gemeinsam gestalten?“ Diese offene Fragestellung ließ den Teilnehmer\*innen viel Spielraum. Doch konnte dadurch auch ein uneingeschränkter Blick auf das Gewonnene gewonnen werden, was die Bürger\*innen beschäftigt. Die Empfehlungen wurden im Anschluss an eine sogenannte Resonanzgruppe aus Verwaltung und Politik übergeben. Zu allen Empfehlungen gab die Resonanzgruppe eine Rückmeldung, was, wann, wie oder warum etwas auch nicht umgesetzt werden kann.

Es zeigte sich, dass Verwaltung und Bürgerschaft in vielen Belangen die Einschätzungen teilen, doch es oftmals auch an einer entsprechenden Information über Planungen oder Umsetzungsstand mangelt.



Das Pilotprojekt Bürger\*innenräte hat gezeigt, dass Beteiligung eine sinnvolle Möglichkeit ist, Menschen aktiv in Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen, und dadurch der Demokratieverdrossenheit entgegengewirkt werden kann. Da auch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Jahr 2020 Leitlinien zu Bürgerbeteiligung beschlossen wurden, erstellt das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf den Leitlinien der Senatsverwaltung aufbauend für sich bezirkseigene Leitlinien. Diese werden dann Grundlage für eine Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung im Bezirk sein. Und auch die Bürger\*innenräte werden fortgesetzt. Dafür wurde im Bezirksamt eine Stabsstelle Dialog und Beteiligung eingerichtet.

Diese beiden Beispiele mögen stellvertretend für viele weitere Möglichkeiten stehen, um eine kiezorientierte und zugleich demokratiefördernde Bildungsarbeit umzusetzen. Wichtig dabei ist, dass alle Bevölkerungsschichten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion usw., angesprochen und involviert werden.

Bildungsarbeit ist eine Daueraufgabe, die sich stetig wandelt. Es ist deshalb sehr wichtig und hilfreich, einen starken Träger wie Arbeit und Leben an der Seite zu haben.

# Mitbestimmung und Demokratie – zwei Seiten einer Medaille



## Irene Schulz

Seit November 2013 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Zu den Aufgaben der diplomierten Politikwissenschaftlerin gehören die gewerkschaftliche Bildungsarbeit / Bildungszentren, Kampagnen und Erschließung, sowie die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus.“

Irene Schulz verfügt über ein Aufsichtsratsmandat, den stellvertretenden Vorsitz im Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung und die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Otto-Brenner-Stiftung.

„Ich glaube, dass Bildung unter unseren Verhältnissen deshalb eine existenzielle Notwendigkeit hat, weil Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss.“<sup>1</sup> – der Sozialphilosoph Oskar Negt ist mit diesem vor Jahren geschriebenen Satz mitten im Heute.

Demokratie und ihre Wehrhaftigkeit funktionieren nicht als abstraktes Gebilde, auf die wir uns – ohne etwas zu tun – verlassen können. Entscheidend ist: Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten. Eine starke, engagierte Zivilgesellschaft ist der Seismograf für ihre Verfasstheit.

Aktuell wirft die Krisenerfahrung und -bewältigung ganz neue, aber auch altbekannte Fragen auf. Die Pandemie hat politi-

sche Fehlentwicklungen, überholte neoliberale Glaubenssätze und die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates offengelegt. Wo während der Pandemie Beschäftigte als Held\*innen gefeiert werden, wie etwa im medizinischen Bereich, haben sich Arbeitgeber in den letzten Jahren massiv gegen Tarifbindung und auskömmliche Löhne gewehrt. Dort, wo Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte knapp waren, Personal fehlte und die Intensivstationen an Kapazitätsgrenzen gestoßen sind, standen in den letzten Jahren ökonomische Gewinnmargen über der unverzichtbaren Daseinsvorsorge für die Menschen im Land. Im Bereich der Bildungspolitik hat die Umstellung auf Homeoffice und Homeschooling gezeigt, wie brüchig die vermeintlichen Fortschritte in Bildungs- und Gleichstellungsfragen sind, wie schnell alte Rollenbilder erneut

<sup>1</sup> | Negt, Oskar (2004): „Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen“ in: Klaus-Peter Hufer / Kerstin Pohl / Imke Scheurich (Hrsg.), Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004, S.197

zementiert werden – und wie nötig eine offensive Gleichstellungspolitik ist. Diese stichpunktartig genannten Entwicklungen vollziehen sich vor einer sich weiter spreizenden Schere der Einkommens-, Vermögens- und Lebensverhältnisse. Die Veränderungsdynamik in unseren Branchen hat durch die Pandemie deutlich an Tempo gewonnen und damit auch die Konflikte um nachhaltige Zukunftskonzepte, um Sicherheit im Wandel verschärft. Der dringend notwendige ökologische Wandel geht nur in Verbindung mit umfassenden Sicherheits- und Schutzrechten der Beschäftigten. Die ökologische Transformation wird nur dann gelingen, wenn sie für die Beschäftigten nicht gleichbedeutend mit wachsender Unsicherheit, Wohlstandsverlust, Abwertung von industrieller Arbeit und Prekarisierung ist.

Die Entwicklung gesellschaftlicher Ungleichheit, gerechte Einkommens- und Teilhabechancen und soziale Sicherheit in einer Zeit beschleunigten Wandels: Das sind entscheidende Fragen der kommenden Jahre. Deren Antworten entscheiden mit darüber, wie stabil unsere Demokratie ist und sein wird. Denn die Möglichkeit der Teilhabe und Teilnahme am „allgemeinen Vermögen“ einer Gesellschaft ist stets durch (gute) Arbeit vermittelt – sowohl materiell als auch hinsichtlich persönlicher Entwicklungsmöglichkeiten und der Aneignung von Fähigkeiten, wie es die Philosophin Rahel Jaeggi pointiert formuliert.<sup>2</sup>

Eine stabile Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Schon gar nicht, wenn sich ganze Branchen, Unternehmen und damit auch der einzelne Arbeitsplatz in hohem Tempo verändern. Das zeigen Wahlerfolge der Rechten, die Stimmen holen, indem sie auf Verunsicherung setzen und demokratische Prinzipien und Grundwerte angreifen.

Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten, sie lebt von denjenigen, die gestalten. Von denen, die sich gegen Spaltungsversuche stellen, die Demokratiefeinden die rote Karte zeigen, die mitbestimmen, um zu verändern und zu verbessern. Und damit auch von denjenigen, die mit ihrer Kompetenz, ihren Erfahrungen und ihrer Expertise Arbeitsbedingungen gestalten und mit den Beschäftigten gemeinsam für die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse streiten. Denn Demokratie im Kleinen ist die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie im Großen: Sie muss „von unten“ gelebt werden.

Dieses demokratische Engagement zeigt sich in den Betrieben, in denen tagtäglich mitbestimmt und Demokratie gelebt wird. Betriebsräte und Vertrauensleute sind hier die entschei-

denden demokratischen Akteur\*innen und Verantwortungsträger\*innen.

Dieser Zusammenhang von Arbeit und Demokratie wurde lange Zeit sträflich außer Acht gelassen – dabei ist eine gut gestaltete Arbeit „eine zentrale Voraussetzung für unser politisches Gemeinwesen, indem sie die Fähigkeiten zur demokratischen Willensbildung fördert“<sup>3</sup>, wie es Axel Honneth zusammenfasst.

Auch in Tarifrunden geht es nicht nur um Verteilungsfragen und gute Arbeit. Sie sind ebenso Bewegungen, in denen Zehntausende bei Tarifikämpfen solidarisches Erfahrungswissen erwerben und gemeinsam Erfolge organisieren. Solidarität lohnt sich, sich einzubringen hilft weiter: Spaltung nicht. Dieses Erfahrungswissen ist für die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft elementar.<sup>4</sup>

Das gilt genauso bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen im Betrieb oder bei Auseinandersetzungen und Konflikten um Zielbilder und Perspektiven von Standorten und Beschäftigung. In der Pandemie hat sich noch deutlicher gezeigt: Dort, wo Mitbestimmung und Tarifbindung gelten, sind schnelle und gute Lösungen für den Gesundheitsschutz, für das Homeoffice und Kurzarbeitsregelungen entwickelt worden. Dieses demokratische Erfahrungswissen rund um Arbeit und betriebliche Mitbestimmung wird in ihrer Bedeutung noch viel zu wenig mit der Entwicklung der politischen Demokratie als solches verknüpft.

Gewerkschaften sind als „intermediäre Organisationen“<sup>5</sup> Teil der Zivilgesellschaft. Dafür gibt es viele Beispiele: Wichtige gesetzlich verbriefte Arbeits- und Sozialrechte wurden zuerst von Gewerkschaften tarifvertraglich erkämpft und fanden später Eingang in Gesetzesvorschriften, wie z. B. auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als Folge des 16-wöchigen Streiks 1956/57 oder auch – aktueller – die Option zur verkürzten Vollzeit. Das hat, historisch betrachtet, sozialen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt befördert und in der Konsequenz mit dazu beigetragen, dass sich eine junge, gefährdete Demokratie stabilisieren konnte.

In den Betrieben wird demokratisches Handeln in betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen manifest, werden solidarisch und gemeinsam Lösungen für komplexe Herausforderungen erstritten. Der Weg ist die gemeinsame Positionsbestimmung.

<sup>2</sup> | Rede von Prof. Rahel Jaeggi auf dem Theorie-Praxis-Dialog der IG Metall, Bildungszentrum Berlin, am 5.6.21. Zum Konzept der Arbeit als Teilnahme am gesellschaftlichen Vermögen siehe der Artikel: „Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses“, WSI-Mitteilungen 7/2014.

<sup>3</sup> | Honneth, Axel (2021): „Harte Arbeit wird gar nicht mehr wahrgenommen“ in: Philosophie Magazin / philomag.de 15.06.2021

<sup>4</sup> | Ausführlich hierzu: Schulz, Irene (2019): Die Bildungsarbeit der IG Metall – Hebel für eine erfolgreiche Betriebspolitik, in: Schulz, Irene (Hrsg.): Industrie im Wandel – Bildungsarbeit in Bewegung, Frankfurt a. M.

<sup>5</sup> | Müller-Jentsch, Walter (2008): „Gewerkschaften als intermediäre Organisationen“, in: Arbeit und Bürgerstatus. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie, Wiesbaden.

Unser Anspruch – Einheit in der Vielfalt zu organisieren – wird durch eine zunehmende Fragmentierung der Belegschaften durchaus anspruchsvoller und ist keineswegs voraussetzungsfrei.

Herausgefordert wird die Fähigkeit zum Austragen von Konflikten, zu solidarischem Handeln und zur Akzeptanz von guten Kompromissen. Diese demokratischen Beteiligungsprozesse erfolgreich zu gestalten ist eine Königsdisziplin, die im öffentlichen Diskurs deutlich unterschätzt ist. Betriebsräte sind mit einer „doppelten Transformation“<sup>6</sup> konfrontiert. Michael Brecht, GBR-Vorsitzender des Daimler-Konzerns, bringt veränderte Kompetenzanforderungen für Betriebsräte und Vertrauensleute auf den Punkt:

„Alle, die Verantwortung tragen, müssen in diesen Zeiten der digitalen Umbrüche befähigt werden, eine eigene Strategie für die Beschäftigten, also einen verbindlichen längerfristigen Plan zu entwickeln, den wir dem Management entgegensetzen können. Um was geht es da: eindeutig unsere Interessen und Ziele festlegen, Prioritäten setzen, über Verantwortlichkeiten und Zeit- und Ressourcenpläne entscheiden. In diesem umfassenden Sinne mussten die meisten von uns das bisher nicht machen und nicht können. Aber heute können wir nur dann auf Augenhöhe mit dem Management verhandeln, wenn wir einen ausgefeilten eigenen Plan haben. In der Folge müssen wir Betriebsrätinnen und Betriebsräte und Vertrauensleute auch in der Lage sein, unsere Organisation und Arbeitsstrukturen so zu bauen, dass wir effektiv und kreativ arbeiten können. Konkret: Doppelarbeiten vermeiden, Freiräume schaffen für kreatives Nachdenken, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse klar strukturieren und so weiter. Da müssen wir ran. Nur dann können wir agieren, kommen also in die Offensive und sind nicht zum Reagieren verdammt.“<sup>7</sup>

Durch die hohe Dynamik sind die Anforderungen an Betriebsräte und Vertrauensleute enorm. Die Umsetzung von Zukunftstarifverträgen und die Entwicklung von Zielbildern für die Standorte bedürfen strategischer Kompetenz und damit auch der Kunst, Beschäftigte mit ihrem „Produzentenwissen“ und ihren (unterschiedlichen) Interessen zu beteiligen, Widersprüche auszuhalten, gemeinsame Ziele zu entwickeln und im Konfliktfall gemeinsam zu mobilisieren.

Der Betrieb ist der Ort, wo die Folgen strategischer Unternehmensentscheidungen erfahrbar werden, wo Beschäftigte sich unmittelbar mit den Folgen konfrontiert sehen und wo gewerkschaftliche Verankerung tarifliche Durchsetzungsmacht erwirkt. Die Praxisstärke ist die Stärke der gewerk-

schaftlichen Bildungsarbeit. Die Bildungsarbeit hat den Auftrag, Kompetenz- und Gestaltungsprozesse noch stärker zusammenzudenken und das Konzept der proaktiven, der gestaltenden Mitbestimmung zu unterstützen und zu begleiten.

Die angesprochenen Zusammenhänge zwischen Arbeit und Demokratie(sierung) sind dabei nicht nur historisches Erfahrungswissen.

Sie sind zudem wissenschaftlich belegt, wie Johannes Kiess und Andre Schmidt in ihrer Untersuchung im Rahmen der Leipziger Autoritarismus-Studien nachweisen. Sie gehen der Frage nach, inwiefern Erfahrungen mit betrieblicher Beteiligung Demokratisierungspotenziale besitzen und gesellschaftspolitische Einstellungen von Beschäftigten beeinflussen, also welche Erfahrungen mit „industrial citizenship“ zur Ausprägung demokratischer Einstellungen beitragen.<sup>8</sup> Das Ergebnis: Positive Erfahrungen mit Beteiligung, Solidarität und Anerkennung im Betrieb und am Arbeitsplatz haben begrenzenden Einfluss auf die Abwertungsbereitschaft marginalisierter Gruppen und stärken insgesamt die Zufriedenheit mit der Demokratie.<sup>9</sup>

Auf einer quantitativen Ländervergleichs-Ebene unterstreicht dies auch eine Studie von Sigurt Vitols<sup>10</sup>. Die Studie zeigt, dass dort, wo Arbeitnehmer in Betrieben starke verbiefte Mitspracherechte besitzen, auch die politische Demokratie stärker ist. Der Umfang der Arbeitnehmerbeteiligung in den Unternehmen im Ländervergleich korreliert mit der Qualität der Demokratie der Länder insgesamt (so, wie sie das „WZB-Demokratiebarometer“ einordnet).

Die heutigen Debatten um die Erosion der Demokratie müssen daher auch im Lichte der Entwicklung der Arbeitnehmerbeteiligung, der Weiterentwicklung der Mitbestimmung und der politischen Rahmensetzung für gewerkschaftliches Handeln betrachtet werden.

Gewerkschaften sind nicht nur demokratische Organisationen, in denen über Beteiligung und politische Willensbildungsprozesse die Einübung in demokratisches Handeln im Betrieb stattfindet.

Sie sind auch Ort der politischen Demokratiebildung. Die historische und politische Bildungsarbeit der IG Metall hat eine lange Tradition und viel Gewicht in der Organisation, weil sie schon immer konzeptionell nicht nur auf Wissensvermittlung, sondern immer auch auf solidarische Lernprozesse und

<sup>6</sup> | Niewerth, Claudia; Massolle, Julia (2020): „Betriebliche Interessenvertretung in der doppelten Transformation“, in: *Mitbestimmungspraxis* Nr. 36, November 2020, Düsseldorf.

<sup>7</sup> | Brecht, Michael (2019): „Über Qualifizierung und Bildungsarbeit in Zeiten der Digitalisierung“ in: Irene Schulz (Hrsg.): *Industrie im Wandel – Bildungsarbeit in Bewegung*, Frankfurt 2019

<sup>8</sup> | Kiess, Johannes / Schmidt, Andre (2020): *Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie*, in: Decker, Oliver / Brähler, Elmar: *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie*, Gießen.

<sup>9</sup> | Items: *Einbindungen in Entscheidungen des Arbeitsalltags, Möglichkeit offener Interessenvertretung, Kultur von Solidarität und kollektivem Handeln unter Kollegen, Durchsetzungsfähigkeit und Wirksamkeit im Betrieb.*

<sup>10</sup> | Vitols, Sigurt (2018), *Kontinent vieler Geschwindigkeiten. Arbeitnehmer- und Bürgerbeteiligung in Europa*. In: *Wissenschaftszentrum Berlin: WZB-Mitteilungen* 160/2018, S. 30–32.



Handlungsoptionen ausgerichtet war und ist. Es geht immer auch um strategisches Erfahrungs- und Umsetzungswissen. Und das bezieht sich nicht nur auf die Mitbestimmung und Gestaltung von guter Arbeit in den Betrieben, sondern auch auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Demokratiebildung ermöglicht die eigenständige Auseinandersetzung mit den drängenden Themen unserer Zeit aus einer kritischen Perspektive. Sie vermittelt demokratisches Handwerkszeug und schafft Raum für kritisch-konstruktive Debatten – gerade in Zeiten hoher Komplexität und Veränderungsdynamik.

Politische Bildung muss in diesen Zeiten radikal aufgewertet werden.

# Dunkelbunte Bilanz – Politische Bildung im Osten



## Professor Dr. Christoph Meyer

Historiker und Buchautor der Herbert-Wehner-Biographie.

Nach dem Studium der Geschichte, Politik und Germanistik in Köln promovierte er in mittlerer und neuerer Geschichte mit einer Arbeit über Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972).

Seit 1997 war er Referatsleiter Studienbegleitende Förderung und Nachkontakte in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (Organisation von studienbegleitenden Seminaren, Ehemaligenarbeit).

Von 1998 bis 2011 war er hauptamtlicher pädagogischer Leiter und Geschäftsführer des Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V. in Dresden.

Seit über 23 Jahren, seit 1998, bin ich als politischer Bildner hauptberuflich im Freistaat Sachsen tätig. Zuerst mehr als 13 Jahre Leiter eines Bildungswerks in Dresden und dann – inzwischen zehn Jahre – Hochschullehrer in Mittweida. Eine Bilanz dieser Zeit, die sinnvollerweise bis ins Jahr der Einheit 1990 zurückgeht und in der Dresden und Sachsen als Pars pro Toto für den ganzen Osten gelten mögen, fällt aus meiner Sicht bestenfalls (ich benutze dieses Wort schon länger) „dunkelbunt“ aus.

Zunächst: Was ist der Maßstab für eine solche Bilanz? Er liegt in der Aufgabe der politischen Bildung. Sie soll Menschen ermutigen und befähigen, am demokratischen Leben der Gesellschaft

teilzuhaben. Dazu gehört das Verständnis der Funktionsweise des demokratischen Staates, von Parlament, Parteien, Wahlen, Verfassung, Gewaltenteilung und so weiter. Dazu gehört die Orientierung an den Grundwerten der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik: Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde, fundamentale Gleichheit aller Menschen, demokratischer und sozialer Bundesstaat, Presse-, Versammlungs-, Meinungsfreiheit und so weiter. Politische Bildung – sie findet an vielen Orten statt, formell im Bildungssektor, formal wie non-formal, informell über Medien, politische Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement oder auch ganz einfach im Gespräch unter den Menschen selbst, vor Ort in den Städten und Gemeinden, in Vereinen und Familien, unter Freunden.

Hat die politische Bildung diese Aufgabe bewältigt? Wie gesagt, ich sehe es dunkelbunt. Eine Mehrheit der Menschen, auch in Sachsen, ist für Demokratie, für Menschenrechte, für die Grundfreiheiten; die meisten wählen demokratische Parteien. Doch die Minderheit derjenigen, die nicht nur abseits stehen, sondern sich gar aktiv gegen die Demokratie stellen, ist im Ergebnis stetig gewachsen. Es ist an den Wahlergebnissen – zunächst der NPD, jetzt vor allem der AfD – zu sehen. „Pegida“ war ein erschreckender Indikator; Umfragen zeigen, dass rechtes bis rechtsextrêmes Gedankengut eher zunimmt als nachlässt. Das Vertrauen in den Staat hat – auch in Zeiten der Pandemie – eher ab- als zugenommen.

Dabei wäre ein zu großes Staatsvertrauen, kritikloses Hinnehmen auch wieder problematisch. Allerdings meine ich, dass Kritik an politischen Maßnahmen, an Machtverhältnissen, an negativen Erscheinungen eines teils verschleißenden und verschlissenen, bürokratisierten politischen Alltags, zu unterscheiden ist von Fundamentalopposition gegen demokratisch legitimes Denken und Handeln überhaupt. Kritik, die menschenverachtend ist, darf nicht kommentarlos hingenommen werden.

Politische Bildung war und ist hier im Osten offenkundig nicht durchschlagend erfolgreich. Es gab und es gibt hier eine unzureichend entwickelte demokratische politische Kultur. Dabei liegen die Defizite sowohl bei den politischen Entscheidungsträgern „oben“ als auch „unten“ beim Volk. Und gewiss bei denen, die dazwischen vermitteln sollten und das können sollten: politischen Bildnerinnen und Bildnern aller Arten, aller Couleur.

Wer Verbesserungen will, muss sich fragen: Woran liegt das? Hier eine Reihe von Stichpunkten, die Aufzählung mag unvollständig sein:

1. 40 Jahre SED-Regime. Wer glaubt, die Jahrzehnte der undemokratischen DDR, die keine Opposition zuließ, die die freie Meinungsäußerung unter Strafe stellte und Kärrierismus und Anbiederung förderte, ein Spitzelsystem errichtete, wären spurlos an den Menschen vorübergegangen, ist naiv. Demokratisches Denken ist nicht über Nacht vorhanden, die Demokratie muss, wenn sie innerlich angenommen sein soll, erkämpft und durch eigenes Tun eingeübt werden.
2. Insofern ist die Rede vom Erfolg der „Friedlichen Revolution“ nur ein Teil der Wahrheit. Es waren nicht mutige Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, welche 1989 das Regime auf den Barrikaden gestürzt haben. Es war ein Zusammenbruch, der aus dem Innern der SED-Herrschaft kam; sie war morsch geworden, das wurde damals sichtbar, und als Gorbatschow die „Luft zum Atmen“ heranließ, stürzte das Gebälk ein. Nur kurze Zeit nahmen die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler die Spitze der Bewegung ein, verbunden mit dem Ziel einer demokratischen Umgestaltung der DDR.
3. Doch dann gingen die arbeitenden Massen auf die Straße, die bis dahin schweigende Mehrheit, und diese wählten – vermutlich war auch nichts anderes zu erwarten – nicht den eigenständigen Weg des Ostens zur Demokratie, sondern den Anschluss an den Westen, an die D-Mark, an die CDU, an Helmut Kohl mit seinem Versprechen blühender Landschaften.
4. Die Länder in der DDR übernahmen Führungskräfte, bürokratische Strukturen, ja die ganze verfassungsmäßige Ordnung des Westens. Für den westdeutschen Kapitalismus waren viele Bürger der ehemaligen DDR weniger mündige Subjekte als vielmehr zunächst willfährige Konsumenten, als subalterne Arbeitskräfte brauchbar, später dann oft Leistungsempfänger des bundesdeutschen Sozialstaats.
5. Dabei stieg auch im Osten der Wohlstand enorm, es ging und geht den Menschen wirtschaftlich erheblich besser als in den angrenzenden osteuropäischen Ländern. Doch immer auf Armlänge hinter dem Westen zurück und immer tanzend nach dem im Westen vorgegebenen politischen Takt. Ein ostdeutsches Eigenbewusstsein wurde unter diesen Bedingungen zum „Ostgezeter“ (Thomas Rosenlöcher), und das richtete sich oft gegen die anderen, gegen die Wessis, gegen Ausländer, gegen Asylbewerber – kaum jedoch einmal gegen die kapitalistische Wirtschaftsform. Dafür gab es ja die Keule der 40 Jahre Staatssozialismus.
6. Das politische Leben in Dresden, in Sachsen, wurde vorwiegend von Konservativen gestaltet. Die CDU, hier eigentlich traditionslos, gerierte sich jahrzehntelang als Staats- und Herrschaftspartei. Gerne wurden die Huldigungen an „König Kurt“ (Biedenkopf) angenommen, dass dabei alles andere als demokratisches Denken zum Ausdruck kam, wurde (teils billigend) in Kauf genommen. Politische Bildung stand eher im Rufe einer „Rotlichtbestrahlung“, ihre Spielräume wurden kaum erweitert, ihre Finanzierung galt als „konsumtive Ausgabe“.
7. Der konservativ regierte Staat sparte, an Ausgaben für Soziales, Kultur, Infrastruktur. Personal wurde reduziert, die Kreise wurden zusammengelegt, die Wege zu den Behörden wurden weiter, Kultur- und Jugendeinrichtungen geschlossen, die Verwaltung entfernte, entfremdete sich den Bürgerinnen und Bürgern.
8. Wer hätte die Lücke füllen können? Die politische Linke, vor allem SPD und PDS (später „Linke“ und dann auch zunehmend die Grünen) blieb im Hintertreffen. Der vergangenheitspolitisch geprägte Graben zwischen den beiden „roten“ Parteien verhinderte zunächst die Konstruktion einer offensiven Kraft. Als die Gräben überwindbar erschienen, so sieht es aus, war es zu spät. Die einen Roten wurden zum hoffnungslosen Juniorpartner der Schwarzen, die anderen zur ebenso hoffnungslosen Daueropposition. Die alten sozialdemokratischen Milieus gibt es nicht mehr.

9. In die Lücke sprangen die Massenmedien, zunehmend differenzierter und in ihrer Mehrheit inzwischen von privaten, partikularen Interessen geprägt. In weitere Lücken sprangen rechtsextreme Kräfte, häufig zugewanderte Politfunktionäre etwa der NPD aus dem Westen, die im Osten (nicht nur) auf rekrutierungswillige frustrierte junge Männer stießen. Von 2004 bis 2014 saß die NPD in Sachsen im Landtag, seit 2014, stärker geworden, die AfD. Es gibt im Osten inzwischen eine antidemokratische (Schein-)alternative!
10. Das Erstarken der Rechtspopulisten hat den politischen Wettbewerb zwischen den demokratischen Parteien beschädigt. Im Zeitalter aufgrund der Stärke der Rechten erzwungener Koalitionen über die herkömmlichen Lager der Politik hinweg ist der „normale“ Wechsel zwischen Regierung und Opposition kaum noch möglich. Damit werden Regierungen zwar bunter und vielfältiger, gleichzeitig aber ist häufig vor und nach der Wahl unklar, in welche Richtung es denn geht.
11. Aus Erschrecken vor dem Erstarken der Rechten hat die etablierte Politik dann doch verstärkt auf den Ausbau demokratischer politischer Bildung gesetzt. Hastig wurden Förderprogramme geschaffen, eher dürftige Etats erhöht, Projektmittel in großer Summe bereitgestellt. Was jedoch nach wie vor fehlt, ist eine ausgebaut, institutionell gesicherte und von staatlicher Gängelung und Parteien unabhängige, flächendeckende Landschaft professioneller politischer Bildungsarbeit. Ein Haus der politischen Bildung in jeden Landkreis, diese Forderung (von mir in den Nullerjahren ohne jede Resonanz publiziert) scheint nach wie vor utopisch.

Die drei Jahrzehnte seit der deutschen Vereinigung überschreibe ich aus der Perspektive der politischen Bildung im Osten grob wie folgt: Die 90er-Jahre als Jahrzehnt eines teilweise restaurativen Nicht-Aufbaus, die Nullerjahre als Zeit der unterlassenen Schlussfolgerungen und Gestaltungsoptionen, die 2010er-Jahre als Jahrzehnt hastiger Reaktionen auf die Herausforderungen des Populismus.

Was nun tun? Ich fürchte, die Massen von Häusern der politischen Bildung werden wir nicht gebaut kriegen, jedenfalls nicht so schnell. Einstweilen bleibt es wichtig, dass politische Bildung sich einbringt, dass sie arbeitet, wo sie nur kann, und überall da ansetzt, wo Menschen sich zusammentun möchten, die Perspektive haben wollen, ihre Interessen zu artikulieren. Sie muss vor Ort stattfinden, auch unabhängig davon, welche Strukturen vorhanden sind. Oder genauer gesagt: Sie gehört in alle Strukturen hinein. Nicht von oben herab verordnet, sondern selbstbewusst von unten, vom Staat, wenn möglich großzügig gefördert. Letztlich gilt: Jede Bürgerin und jeder Bürger ist ein potenzieller politischer Bildner oder eine potenzielle politische Bildnerin!



# Arbeitspolitik braucht Arbeit und Leben

## Margrit Zauner

Die ausgebildete Bankkauffrau verfügt über einen Studienabschluss als Diplom-Kauffrau sowie einen M. A. in Erwachsenenbildung.

Seit 2017 leitet sie die Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin. Zuvor war sie nach Tätigkeiten in einer Bildungsberatungseinrichtung und bei einer Landesberatungsgesellschaft in verschiedenen beruflichen Stationen beim Land Berlin in der Arbeits-, Berufsbildungs- und Gleichstellungspolitik tätig (Leiterin des Büros der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Leitung des Referats „Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt“, Leitung des Referats „Berufliche Qualifizierung“).

Margrit Zauner ist seit 2007 Vertreterin des Landes Berlin und Vorsitzende des Vereins Berufsbildungswerk Berlin e. V., des Trägers des Annedore-Leber-Berufsbildungswerk. Zudem ist sie Vertreterin des Landes Berlin im Hauptausschuss des BIBB.



Die Bedeutung von Bildung sowohl für gute Arbeit als auch ein gutes Leben ist eines der tragenden Prinzipien einer guten Arbeitspolitik. Hierfür leistet Arbeit und Leben in Berlin und Brandenburg mit seinen Angeboten einen wichtigen Beitrag. Waren es im 19. Jahrhundert Arbeiterbildungsvereine, die dem Bildungshunger von Beschäftigten Nahrung gaben und lebensbegleitendes Lernen ermöglichten, als es noch nicht so hieß, bieten heute viele Bildungseinrichtungen eine Vielzahl von Möglichkeiten, sein Wissen zu erweitern und damit sein Leben zu verbessern.

Und Bildung ist dabei oft das Mittel. Auch mit dem Konzept des lebensbegleitenden Lernens, das ursprünglich von der UNESCO in die bildungspolitische Debatte eingeführt und von der Europäischen Kommission in einem Memorandum in die europäische Debatte und als Grundlage für entsprechende Maßnahmen und Programme genutzt wurde, wird

die Bedeutung des Themas deutlich. In einem arbeitspolitischen Kontext und am Ziel der Armutsbekämpfung orientiert müssen diese Maßnahmen dabei niedrigschwellig und an den Bedarfen aller Lernenden – auch derer mit weniger formalen Bildungsvoraussetzungen – orientiert sein, auch um die zu erreichen, die von der Bildung vorher zu wenig erreicht wurden.

Mit einem ganzheitlichen Verständnis von Bildung, zu der auch Beratung und Information über berufliche Bildung und gute Arbeit gehören, tragen drei Projekte, die Arbeit und Leben umsetzt, dazu bei, Angebots- und Informationslücken bei der beruflichen Orientierung, der Beratung zu Bildung und Beruf zu füllen und dabei insbesondere prekär Beschäftigte zu informieren und bei der Wahrung ihrer Rechte zu unterstützen.

## Berufsorientierungsbegleitung BES:T

Seit 2009 wird mit BES:T eine Berufsorientierungsbegleitung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und insbesondere von Geflüchteten mit besonderem Förderbedarf gefördert. Das Ziel ist die Vermittlung von Wissen über das duale System der Berufsausbildung in Deutschland und die Befähigung zur kompetenz- und interessengerechten Wahl eines Berufes. In den Jahren der Förderung wurde das Projekt immer wieder an die Gegebenheiten/Anforderungen angepasst. Das Projekt hat dabei von Anfang an immer auch die Eltern als wichtige Akteure in der Berufswahlentscheidung im Blick gehabt, sei es mit Elterninformationsbriefen in vielen verschiedenen Sprachen oder mit „Berufsorientierungstouren“, bei denen Eltern/Erziehungsberechtigte Ausbildungsmöglichkeiten niederschwellig kennenlernen konnten. Die Digitalisierung hat heute unter dem Projektelement eduvia – digitale Berufsrouten Berlin® „Welcome“ Einzug in den Projektansatz gefunden. Edivia bietet für SuS in ISS-, WiKo- und IBA-Klassen ein flexibles Instrument zur gestuften Berufsorientierung. Schüler\*innen bekommen die Möglichkeit, sich auf der Grundlage eines erprobten und bewährten Lehr- und Lernkonzeptes an verschiedenen virtuellen und realen Lernorten praktische Eindrücke zur dualen Berufsausbildung zu verschaffen.

Mit der Kampagne „Berufliche Gymnasien“ der Berliner Oberstufenzentren (OSZ), die an den OSZ wie an den integrierten Sekundarschulen sehr gern angenommen wird, haben einmal im Jahr Lehrkräfte genauso wie Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen beim Berliner Aktionstag „Berufliche Gymnasien“ während einer eher klassischen Messe die Chance, die Berliner Oberstufenzentren mit beruflichem Gymnasium kennenzulernen. Die OSZ stellen sich den Schüler\*innen vor und präsentieren anhand von Beispielen aus Theorie und Praxis ihr jeweils spezielles Fachgebiet. Der Erfolg zeigt sich an stetig wachsenden Zahlen der Besuchenden: Von 2014 bis 2020 stieg die Zahl teilnehmender Schüler\*innen von 400 auf rund 1.000.

Auf dem Internetportal [www.schule-beruf-zukunft.de](http://www.schule-beruf-zukunft.de) ist das aktuelle Angebot aller Instrumente/Angebote sowie Informationen zum Projekt für Lehrkräfte, Eltern und nicht zuletzt die Schülerinnen und Schüler selbst verfügbar. Die Website dient als Plattform zum Austausch, der Verbreitung von Veranstaltungen und ermöglicht den einfachen Zugang zum Download frei verwendbarer Arbeitsmaterialien für Lehrer\*innen und den Berater\*innen der Jugendberufsagentur Berlin. Während der Coronapandemie konnten einige der geplanten Angebote nicht in Präsenz durchgeführt werden – die Plattform hat für alle Interessierten Möglichkeiten der Eigeninformation geboten.

## Beratung zu Bildung und Beruf (Berliner Weg der Bildungsberatung)

Im Jahr 2005 wurde nach einem Beschluss des Landesausschusses für Berufsbildung das Bildungsportal [www.bildungsberatung-berlin.de](http://www.bildungsberatung-berlin.de) als Modellprojekt initiiert. Es wurde damals als „Koordinierungs- und Evaluierungsstelle für öffentlich finanzierte Weiterbildungsberatungsstellen im Land Berlin“ (KES) entwickelt. KES wurde 2005 vom DGB Bildungswerk Berlin-Brandenburg und der damaligen Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, jetzt Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, als Modellprojekt initiiert und im Jahr 2006 fortgeführt und später von Arbeit und Leben als Projektträger übernommen. Das bundesweit einmalige Projekt hatte sich zum Ziel gesetzt, die Transparenz der Bildungs- und Beratungsangebote in Berlin zu verbessern und erste Anlaufstelle für Ratsuchende zu sein. Das Portal erleichtert Bildungsinteressierten den Zugang zu den umfangreichen Bildungsangeboten.

Im Fachkonzept „Beratung zu Bildung und Beruf nach dem Berliner Modell der Bildungsberatung“<sup>1</sup> gehört die Casian-Dokumentation neben der Qualitätssicherung und der Weiterbildungsdatenbank zu den drei Standards der erforderlichen Instrumente der Supportstruktur für die Bildungsberatungseinrichtungen.

Der Zugang und die Nutzung der öffentlich geförderten Beratung zu Bildung und Beruf im Land Berlin werden systematisch erhoben und zentral dokumentiert. Die einheitliche Dokumentation aller erbrachten Beratungsleistungen wird durch die „Fachstelle digitales Monitoring“ über das Dokumentationsportal Casian gewährleistet. Die Dokumentation der Beratungen dient zur quantitativen (statistischen) Erhebung und (vergleichenden) Auswertung von durchgeführten Beratungen zu Bildung und Beruf, pro Beratungseinrichtung bzw. Beratungsstandort und insgesamt für Berlin. Sie hat zum Ziel, Bedarfe, Nachfrage und Resultate aus der Beratung zu erheben, zusammenzufassen und nutzungsbezogen aufzubereiten. Die Eingabe von Beratungsvorgängen erfolgt onlinebasiert in Casian und umfasst Informationen zum Status der Beratungskundinnen und -kunden, zu Beratungszielen und -inhalten sowie zum Beratungsverlauf. Die Beratungen werden durch die Beraterinnen und Berater in den Beratungseinrichtungen erhoben und online eingegeben. Dafür wird ein einheitlicher Dokumentationsbogen mit spezifischen u. a. sozio-demografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildungs- und Berufsabschluss, Sprachkenntnissen etc. verwendet.

Die Struktur des Monitorings der Berliner Bildungsberatung wurde auch genutzt, um ein digitales Fachcontrolling für das Berliner Jobcoaching in der öffentlich geförderten Beschäftigung aufzubauen.

<sup>1</sup> | <https://www.berlin.de/sen/arbeit/weiterbildung/bildungsberatung/berliner-modell/>

## **BEMA – Information und Beratung zu Arbeits- und Sozialrechten**

In der Zusammenführung verschiedener teils lange im Land Berlin bestehender Angebote unterstützt BEMA eingewanderte Menschen und mobile Arbeitnehmer\*innen dabei, ihre Arbeits- und Sozialrechte wahrzunehmen. Das Ziel ist die Gleichbehandlung aller Berliner\*innen – unabhängig von der Herkunft und dem Aufenthaltsstatus, insbesondere bezüglich ihrer Rechte auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der sozialen Sicherung. Um strukturelle Defizite sichtbar zu machen und zu beheben, spiegelt BEMA seine Praxiserfahrung in die Gewerkschaften, die Wissenschaft, die Behörden und die Politik.

Das Angebot basiert auf Einzelfallberatungen und Schulungen, die daraus gewonnenen Praxiserfahrungen sollen auch durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass strukturelle und systematische Benachteiligung und die Ausbeutung eingewanderter und mobiler Menschen verringert wird.

BEMA berät eingewanderte Menschen und mobile Arbeitnehmer\*innen in zwölf verschiedenen Sprachen. Ratsuchende werden unterstützt vor, während und nach dem Migrationsprozess in allen Fragen des Sozial- und Arbeitsrechts sowie in verbundenen Themen anderer Rechtsgebiete (Aufenthalts- und Freizügigkeitsrecht, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen). Auf Basis unserer langjährigen Erfahrung in der Beratungsarbeit werden die Ratsuchenden fundiert über ihre Möglichkeiten aufgeklärt. Es werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen und es wird Unterstützung geleistet. Es wird eine spezialisierte Beratung zu den Themen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit, Menschenhandel sowie ALG II angeboten.

Diese Beratung wird durch eine Bildungsarbeit ergänzt, die die Stärkung der Arbeitsrechte in Deutschland insbesondere durch Schulungen für eingewanderte, insbesondere für geflüchtete Menschen, in Sprachschulen, Gemeinschaftsunterkünften und Nachbarschaftsläden stärkt. Für Multiplikator\*innen, wie Arbeitsvermittler\*innen, Migrationssozialarbeiter\*innen und Behörden sowie ehrenamtlich Aktive, werden Fortbildungen zu Arbeitsstandards und Arbeitsrechten, gängigen Ausbeutungsformen und Handlungsmöglichkeiten durchgeführt.

Diese Berliner Projekte zur Unterstützung der Ziele der Berliner Arbeitspolitik werden durch bundesfinanzierte Projekte ergänzt, die einen wichtigen Beitrag für das Berliner Angebot an Unterstützung für Beschäftigte und Berliner Unternehmen leisten. Seien es die Angebote zur Grundbildung (eVideo), das Zukunftszentrum Berlin – digitale Arbeitswelten gestalten oder die Beratung zu Unternehmenswert Mensch. Hier übernimmt Arbeit und Leben in sozialpartnerschaftlich getragenen Projekten die wichtige Rolle der konkreten Umsetzung von auf Bundes- und Landesebene vereinbarten Zielen

zur zukünftigen Gestaltung der Arbeitswelt. Zukunft muss gestaltet werden – auch die Zukunft der Arbeitswelt. Dabei leistet Arbeit und Leben Berlin einen wichtigen Beitrag – in der Vergangenheit, der Gegenwart und sicher auch in der Zukunft, um alle dabei mitzunehmen.

# Bildung und Qualifizierung: Anker in einer sich immer schneller verändernden Welt



## Alexander Schirp

Seit 2021 stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg (UVB) und des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie in Berlin-Brandenburg e. V. (VME). Sein aktueller Geschäftsbereich umfasst die soziale Sicherung, den Arbeitsmarkt und die berufliche Bildung.

Neben seinem Amt als ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht ist er Mitglied in diversen Vorständen, Beiräten und Ausschüssen.

### 70 Jahre operative und politische Bildungsarbeit

Arbeit und Leben wird 70. 1951 bis 2021: Eine gewaltige Strecke, in deren Verlauf sich politisch, gesellschaftlich und technologisch enorme Umwälzungen, Veränderungen und Entwicklungen vollzogen haben. Arbeit und Leben hat diese Entwicklungen begleitet und das Portfolio kontinuierlich an die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst. Dabei wurden für die Zielgruppe der Beschäftigten Bildungsangebote erarbeitet, die halfen und noch immer helfen, Entwicklungen und Veränderungsnotwendigkeiten zu verstehen und positiv zu gestalten. In der Gründungszeit stand dabei – wenige Jahre nach Kriegsende – die politische Bildung im Vordergrund. Ein Handlungsfeld, das auch gegenwärtig weiterhin seine Berechtigung hat. Aktuelle Handlungsschwerpunkte sind die Integration in Gute Arbeit sowie die Begleitung des Wandels der Arbeitswelt. Dabei ist die Arbeit von Arbeit und Leben als gewerkschaftlich

getragenen Bildungsträger immer auch politische Arbeit und liefert wichtige Impulse für das Wirken des DGB beispielsweise in der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit, den Gremien für Fachkräftesicherung und Weiterbildung auf Länderebene sowie aktuell in der Nationalen Weiterbildungsstrategie. Diese Impulse münden nicht nur in konkrete Weiterbildungsangebote, sondern auch in Anpassungen der Förderpolitik oder der Weiterbildungsberatung.

### Bildung und Qualifizierung: gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner

Der politische Aspekt der Tätigkeit von Arbeit und Leben betrifft in besonderem Maße die Zusammenarbeit der Sozialpartner im Bereich Bildung und Qualifizierung. Das Zusammenbringen von Beschäftigten- und Unternehmensperspektive ist hier schließlich elementare Voraussetzung für

den Bildungserfolg, von dem wiederum beide Seiten profitieren. Ein gutes Beispiel, wie dieses Zusammenwirken in der Praxis aussehen kann, liefert im Handlungsfeld Integration das Projekt „Servicestelle KAUSA in Brandenburg“. Aufgabe dieser Servicestelle ist es, junge Geflüchtete und weitere Migrantengruppen in Ausbildung zu integrieren. Arbeit und Leben übernimmt dabei die Beratung und Unterstützung der jungen Menschen. Das Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg (bbw) übernimmt die Ansprache und Unterstützung der Unternehmen bei der Integration in den Betrieb.

### **Qualifizierung als Gelingensvoraussetzung für digitalen Wandel und nachhaltiges Wirtschaften**

Schwerpunkt dieser Ausführungen soll eine Würdigung der Rolle von Arbeit und Leben im Zusammenhang mit der Veränderung der Arbeitswelt insbesondere durch Digitalisierung und Nachhaltigkeit sein. Hier geht es verkürzt gesagt darum, dass sich – teils durch technologischen Fortschritt, teils durch (Klima-)politische Entscheidungen – bereits seit einiger Zeit ein Wandel vollzieht, der bei hoher Veränderungsgeschwindigkeit alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere die Arbeitswelt betrifft. Kurzum: Es geht um Arbeit und Leben. Für die Arbeitswelt steht dabei außer Frage, dass ein derartiger Veränderungsprozess nur dann erfolgreich sein kann, wenn er von den Beschäftigten insgesamt verstanden, gut aufgenommen und positiv begleitet wird. Voraussetzung hierfür sind Informationen, die neben möglichen Risiken insbesondere auch die Notwendigkeiten und Chancen beinhalten, die sich mit Digitalisierung und Transformation verbinden. Auf einer Metaebene geht es dabei insbesondere darum, deutlich zu machen, dass die sich mit der Digitalisierung verbindenden Produktivitätssteigerungen eine Chance sind, um Wohlstandsverluste zu vermeiden, die sich ansonsten aus der demografiebedingten Alterung und Schrumpfung der Gruppe der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland ergeben würden. Vermutlich einfacher zu verstehen ist die Notwendigkeit, durch eine klimafreundliche Produktion die weltweit sichtbaren Folgen des Klimawandels zu bremsen. Ebenso wichtig wie die Erläuterung dieser grundsätzlichen Handlungsnotwendigkeiten ist eine ehrliche Kommunikation darüber, inwieweit Transformation und Digitalisierung einzelne Branchen, Unternehmen, Berufe und Arbeitsplätze betreffen werden. Nach allem, was wir derzeit dazu sagen können, wird sich die Anzahl der Beschäftigten sowohl in Deutschland als auch in der Hauptstadtregion jedenfalls mittelfristig nicht wesentlich verändern. Die Arbeit wird jedoch eine andere sein. Einige Berufe werden verschwinden, neue werden entstehen. Die weitaus größere Anzahl von Beschäftigten wird jedoch von Veränderungen am bestehenden Arbeitsplatz betroffen sein. Bildung und Qualifizierung werden dabei in jedem Szenario, also sowohl beim Jobwechsel als auch bei der Veränderung von Aufgaben und Arbeitsinhalten am fortbestehenden Arbeitsplatz, Schlüssel für die Ermöglichung sozialer Teilhabe für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Somit bleibt festzuhalten: Eine erste wichtige Aufgabe von

Arbeit und Leben bei der Begleitung von Digitalisierung und Nachhaltigkeit besteht darin, Handlungsnotwendigkeiten zu erklären und deutlich zu machen, dass lebenslange Qualifizierung für den Einzelnen ebenso wie für die Unternehmen der Schlüssel für eine erfolgreiche Gestaltung notwendiger Veränderungsprozesse ist.

### **Technologische und soziale Innovationen verbinden**

Am Beispiel der Digitalisierung auf Unternehmensebene lässt sich verdeutlichen, dass die Entwicklung passgenauer Qualifizierungsangebote in einem größeren Zusammenhang steht. Am Anfang steht dabei die unternehmerische Entscheidung über das zu verfolgende Geschäftsmodell. Im nächsten Schritt ist zu klären, welche Arbeitsprozesse erforderlich sind, um dieses Geschäftsmodell erfolgreich umzusetzen. Sodann geht es um die Frage, welche dieser Prozesse sinnvollerweise digitalisiert werden sollen. Erst wenn dieser Zustand erreicht ist, gibt es eine Grundlage für die Entwicklung von Lehr- und Lernprozessen. Auch hinsichtlich der durch Qualifizierung zu vermittelnden Kompetenzen gibt es in Bezug auf die Digitalisierung gesichertes Wissen. Notwendig sind Fach-, Sozial- und Selbstkompetenzen. Während die Fachkompetenzen insbesondere mathematisches Verständnis, IT-Kenntnisse oder Medienkompetenz betreffen, geht es bei den Sozialkompetenzen vorrangig um Kommunikationsverhalten und die Fähigkeit zur Teamarbeit. Selbstkompetenz meint in erster Linie die Fähigkeit, sich selbstständig Kompetenzen anzueignen, die im Veränderungsprozess benötigt werden. Die Qualifizierungsinhalte und Lernformate zur Vermittlung der genannten Kompetenzen stehen in engem Zusammenhang mit technologischen Innovationen. Insoweit ist Arbeit und Leben eines von vielen Bildungsunternehmen, die sich aktuell mit der Entwicklung von geeigneten Angeboten beschäftigen. Ein Alleinstellungsmerkmal hat Arbeit und Leben jedoch, wenn es um die Frage geht, welche sozialen Innovationen helfen, um den gewünschten Bildungserfolg zu erreichen. Diese Frage spricht neben dem Können insbesondere das Wollen der Beschäftigten an: Wie müssen nicht nur die Bildungsangebote, sondern der gesamte Digitalisierungsprozess gestaltet sein, damit die Beschäftigten den von Unternehmen verfolgten Weg mitgehen und die auf diesem Weg unterbreiteten Qualifizierungsangebote annehmen? Hier wird der oben beschriebene Gesamtprozess der Digitalisierung im Unternehmen bedeutsam. Die transparente Kommunikation und Begründung des verfolgten Geschäftsmodells sowie die Möglichkeit zur Mitgestaltung von Arbeitsprozessen und Bildungsprozessen sind hierbei wichtige Stichworte. Geborene Partner, um die technologischen und die sozialen Innovationen im Kontext von Digitalisierung und Transformation zusammenzubringen, sind die Sozialpartner und ihre Bildungseinrichtungen. Ein Beispiel für ein solches gemeinsames Vorgehen ist das Projekt „Regionales Zukunftszentrum Brandenburg“. In diesem Projekt geht es um die Unterstützung von Pflegeunternehmen und ihrer Beschäftigten bei der Digitalisierung. Wie in dem o. g. Projekt „KAUSA-Servicestelle Brandenburg“ arbeiten auch im

Regionales Zukunftszentrum Brandenburg Arbeit und Leben und das Bildungswerk der Wirtschaft Berlin-Brandenburg mit ähnlicher Rollenverteilung zusammen. Das Projekt schafft nicht nur einen Mehrwert für die teilnehmenden Unternehmen und Beschäftigten, sondern macht Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Sozialpartner auf dem Feld von Bildung und Qualifizierung und damit letztlich auch den Wert von Sozial- und Tarifpartnerschaft insgesamt sichtbar und erlebbar.

In der Hoffnung, dass die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit von DGB / Arbeit und Leben auf der einen und UVB/bbw auf der anderen Seite gerade bei Digitalisierung und Transformation der Arbeitswelt auch zukünftig fortgesetzt werden möge, gratulieren die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg Arbeit und Leben zum 70-jährigen Bestehen und den zahlreichen Erfolgen, die in dieser Zeit erreicht wurden!



# Brauchen soziale Berufe eine besondere gesellschaftliche Wertschätzung?



**Elke Ahlhoff**

Arbeitsschwerpunkte sind betriebliche Beratungen und Leitung von öffentlich geförderten Projekten zu strukturellen Fragestellungen von Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik. Bereits seit 2012 ist sie mit den unterschiedlichen Aspekten des Fachkräftemangels in der Pflege befasst.

Sie leitet das Projekt „Fachkräftesicherung in der Pflege“, das ArbeitGestalten im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung durchführt.

70 Jahre Arbeit und Leben! Das ist fast ein Dreivierteljahrhundert in einer Zeit historischer Umbrüche und Veränderungen. Es ist eine große Leistung, dass es Arbeit und Leben über all die Jahre gelungen ist, mit den gesellschaftlichen Veränderungen und dem Wandel der Arbeit Schritt zu halten. Das Angebot an beruflicher und politischer Bildung ist nach wie vor aktuell, vielseitig und interessant. Ohne Zweifel wird es Arbeit und Leben weiterhin gelingen, mit ihren attraktiven Seminaren eine große Zahl von Menschen zu erreichen.

Ich bin gebeten worden, einen Artikel zur Wertschätzung sozialer Berufe für die Jubiläumszeitschrift beizutragen. Vermutlich, weil ich mich bereits seit vielen Jahren mit den Beschäftigungsbedingungen in der Pflege und der Sicherung der pflegerischen Versorgung befasse.

Nach all der Zeit und den vielfältigen Erkenntnissen und Erfahrungen, die ich aus der Arbeit zu den Pflegeberufen und sozialen Dienstleistungen gewinnen konnte, stellt sich für mich die Frage, ob soziale Berufe eine besondere gesellschaftliche Wertschätzung brauchen. Wertschätzung wird bei Wikipedia definiert als „eine positive Bewertung eines anderen Menschen. Sie gründet auf einer inneren allgemeinen Haltung anderen gegenüber [...]“.

Diese Definition greift jedoch zu kurz, sie passt nicht zu der Art der Wertschätzung, die wir einer Berufsgruppe entgegenbringen sollten. Wann genießt eigentlich ein Beruf oder eine Arbeit in unserer Gesellschaft eine besondere Anerkennung? In der Regel doch dann, wenn das Einkommen hoch ist und ein gewisses Maß an Entscheidungsbefugnis und Einfluss vorhanden ist. Wird die Höhe der Entlohnung zugrunde gelegt, dann haben soziale Berufe nicht die Anerkennung oder Wert-

schätzung, die ihnen zukommen sollte. Sie gehören nicht zu den „gut verdienenden“ Fachkräften – was auch daran liegen mag, dass sie sich für die eigenen Belange noch immer nicht vehement genug einsetzen.

Menschen, die sich für soziale Berufe entscheiden, machen das vor allem, weil sie eine sinnstiftende Tätigkeit suchen, mit anderen Menschen im Austausch sein wollen und ja, häufig leider auch eine große, teilweise zu große Portion Altruismus mitbringen.

Die große Mehrheit der Beschäftigten in sozialen Berufen hat eine dreijährige Berufsausbildung. Es sind qualifizierte Fachkräfte, die ein hohes Maß an Verantwortung tragen. Lebenslanges Lernen und stetiges Schritthalten mit aktuellen Entwicklungen gehören zum Beruf und werden selbstverständlich erwartet. Denn was wäre eine Hightechmedizin wert, wenn das Pflegepersonal damit nicht umgehen kann oder wenn aktuelle Erkenntnisse zu psychischen Veränderungen im Alter nicht in der Langzeitpflege ankommen? Selbstverständlich wird erwartet, dass Erzieher\*innen die Entwicklung von Kindern spielerisch fördern und rechtzeitig darauf aufmerksam machen, wenn Unterstützungsbedarf notwendig ist. Die fachlichen Kenntnisse und die Fähigkeit, in akuten Situationen adäquat zu reagieren, werden bei Menschen, die in sozialen Berufen arbeiten, vorausgesetzt. Ebenso wie hohe soziale Kompetenz und gleichzeitige professionelle Distanz. Die Verantwortung, die Fachkräfte in sozialen Dienstleistungsberufen tragen, ist hoch. Ihr Handeln hat direkte Auswirkungen auf Menschen. Fehler sind daher nicht so leicht zu korrigieren. Die Covid-19-Pandemie hat für die sozialen Berufe einiges in Bewegung gesetzt. Sie wurden als systemrelevant anerkannt. Was so viel heißt wie: „werden gebraucht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.“ Das wussten sicher alle Menschen, die in einem sozialen Beruf arbeiten, bereits vorher. Hat es diese schreckliche Infektionswelle gebraucht, um die Bedeutung der sozialen Berufe im kollektiven Gedächtnis zu platzieren? Zumindest ist deutlich geworden, wie fragil unser Gesundheits- und Sorgesystem ist, und es hat politisches Handeln ausgelöst. Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung will der Bundestag die Grundlagen für eine bessere Entlohnung der Pflegekräfte schaffen, mehr qualifizierte Pflegehilfskräfte einsetzen und die Personalbemessung bundeseinheitlich gestalten. Es wird sich zeigen, ob das Gesetz zu einer wirklichen Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in der Akut- und Langzeitpflege führt.

Ist das die Art von Wertschätzung, von der nun zumindest Pflegekräfte profitieren sollen, von der wir mehr für alle sozialen Berufe brauchen? Vermutlich nicht.

Soziale Dienstleistung ist ein Wachstumsmarkt, der genährt wird von einem zunehmend sorgsamem Gesundheitsverhalten, dem demografischen Wandel und einem veränderten Familienleben. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wurden 2017 von der Berliner

Gesundheitswirtschaft 23,23 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Der Wirtschaftszweig ist für die gesamte Bundesrepublik bedeutend. „Die deutsche Gesundheitswirtschaft erwirtschaftete im Jahr 2019 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig ist sie Arbeitgeber für rund 7,5 Mio. Menschen in Deutschland“, berichtete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Wie rentabel Langzeitpflegeeinrichtungen in Deutschland sind, ist in den letzten Jahren deutlich geworden. Mit der Einführung der Pflegeversicherung zog sich die öffentliche Hand weitestgehend aus der pflegerischen Versorgung zurück. Begründet wurde dies mit der Vorstellung, dass private Träger zu mehr Flexibilität und Wagemut befähigt seien. Mittlerweile werden Pflegeeinrichtungen an der Börse als Geldanlage gehandelt, die zwar keine besonders hohe, aber dafür sehr stabile Rendite erwarten lässt. Dabei sind Private-Equity-Gesellschaften genauso wie Investmentfonds vertreten. Unter den zehn größten Pflegeheimbetreibern in Deutschland waren 2020 noch drei gemeinnützige Träger vertreten.

Aber wirklich Gewinn ist mit einer Pflegeeinrichtung nur über die Senkung von Personalkosten zu erzielen. Das gelingt über Mindestbesetzungen und niedrige Gehälter der Pflege-, Betreuungs- und Servicekräfte. Die über Jahre verfolgte Strategie, mit sozialer Dienstleistung möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften, hat direkte Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung. Letztendlich hat eine Minderung der Pflegequalität auch die hohen Covid-19-Infektionszahlen in Pflegeeinrichtungen mitverantwortet.

In der Akutpflege sieht es nicht besser aus. Krankenhäuser in öffentlicher oder privater Trägerschaft sind gehalten, kostendeckend oder besser gewinnbringend zu wirtschaften. Manche Kliniken stehen unter einem besonders hohen Erfolgsdruck. Die Folgen sind immer wieder Kürzungen des Personalbudgets. Als Ergebnis ist es zu einer Ausdünnung bei den Pflegekräften und einer enormen Arbeitsverdichtung gekommen.

Ähnliche Mechanismen sind auch aus der Jugendhilfe bekannt, wo eine hohe Arbeitsintensität ebenfalls den Berufsalltag prägt, wo Qualität unter Personalkürzungen leidet und wo Träger mittlerweile händeringend nach Fachkräften suchen.

Viel Arbeit und schlechte Bezahlung, das wird häufig mit Berufen in der sozialen Dienstleistung assoziiert. Hilft da Wertschätzung, um mehr junge Leute für die vielseitige und gesellschaftlich bedeutende Arbeit zu gewinnen? Wenn ja, worin könnte die Wertschätzung bestehen?

Zum Beispiel in guten Beschäftigungsbedingungen, die den Rahmen bieten und die Voraussetzung bilden, um eine qualitätsvolle Dienstleistung erbringen zu können. Ja, das wäre eine Option. Denn natürlich befriedigt es, wenn die Bedingungen so gestaltet sind, dass ein gutes Arbeitsergebnis erzielt werden kann. Auch eine angemessene Entlohnung für die Beschäftigten, die der Fachlichkeit und Relevanz einer sozialen Dienstleistung entspricht, ist eigentlich selbstverständlich.

Im Grunde geht es nicht nur um eine Personen- oder Berufsgruppe, die besonders wertgeschätzt werden muss. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie viel wir uns als Gemeinschaft selbst wert sind. Bringen wir uns genügend Aufmerksamkeit, Achtung und Selbstpflege entgegen? Wie wichtig ist uns, dass kleine, kranke, hilfebedürftige oder alte Menschen und wir selbst die professionelle Unterstützung und Pflege erhalten, die benötigt wird? Sollte diese nicht als Daseinsvorsorge in ausreichendem Maße und für alle verfügbar sein? In diesen Fragen verbirgt sich eine andere Überlegung, nämlich die, welche Wertschätzung wir nicht nur für die Erbringenden von sozialer Arbeit haben, sondern welche Wertschätzung wir für jede Einzelnen und jeden Einzelnen empfinden.

Wertschätzung für soziale Arbeit ist am Ende Wertschätzung für die Gesellschaft selbst. Und diese kann und sollte eine Gesellschaft sich selbst gegenüber erbringen. Es sollte ihr wichtig sein, dass Strukturen bestehen, die eine gute Qualität und ein ausreichendes Angebot professioneller sozialer Dienstleistung fördern. Es sind daher nicht die sozialen Berufe, die eine besondere Wertschätzung brauchen, sondern wir selbst sollten es uns wert sein und für eine Aufwertung sozialer Dienstleistung sorgen.

Das Bewusstsein, dass wir als Gemeinschaft die Regeln für unser Zusammenleben bestimmen, uns aktiv einmischen und Bedingungen kollektiv gestalten können, wird durch Impulse und Erkenntnisse ausgelöst. Politische Bildung wirkt dabei aktivierend und fördert gesellschaftliche und politische Prozesse. Sie wandelt sich, ist aber niemals beendet. Daher wird es auch in den nächsten 70 Jahren für Arbeit und Leben mit Sicherheit viel zu tun geben. Alles Gute für die weitere Arbeit!

# Migration und politische Bildung

## Safer Çınar

Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin. Bis 2006 war er Leiter der Ausländerberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Bezirk Berlin-Brandenburg.

Im Auftrag des Berliner Senats war er u. a. für multikulturelle Angelegenheiten, Migration und Integration zuständig. Anfang der 90er-Jahre war er Sprecher des Migrationsausschusses des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin (DPW). Als Gründungsmitglied, Sprecher sowie kooptiertes Vorstandsmitglied engagierte er sich im Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg. Es folgten Mitgliedschaften und Leitungsfunktionen in vielen Vereinen und Verbänden Brandenburgs.

Die Gründung des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMID) wurde von ihm initiiert.

Safer Çınar ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Verdienstordens des Landes Berlin.



Sehr viele der in den Fünfziger- und Sechzigerjahren angeworbenen Arbeitskräfte (sog. Gastarbeiter) hatten in ihren Herkunftsstaaten keine Erfahrungen mit politischer Bildung (und entsprechenden Institutionen). Ihre heimatlichen Bildungsabschlüsse waren sehr unterschiedlich, es gab Hochschulabsolvent\*innen, aber auch solche, die nur eine Grundschule besucht hatten. Deutsch konnten sicherlich die allerwenigsten.

Die angeworbenen Arbeitskräfte hatten – außer Italien – kaum gewerkschaftliche Erfahrungen. In den Herkunftsländern herrschten Diktaturen (Spanien, Portugal), Gewerkschaften waren erst im Aufbau (Türkei) oder unter staatlicher Kontrolle (Jugoslawien). Von Beginn an unternahmen der DGB und seine

Einzelgewerkschaften intensive Aktivitäten, um die „Gastarbeiter“ als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen. Der DGB und die Gewerkschaften stellten muttersprachliche Gewerkschaftssekretäre ein, die Kontakte zu den Gewerkschaften in den Herkunftsländern wurden intensiviert und es wurden besondere Beschlüsse und Programme zur Situation der „ausländischen Arbeitskräfte“ (und ihrer Familienangehörigen) gefasst.

Die angeworbenen Arbeitskräfte begannen sich gewerkschaftlich zu organisieren. Für sie wurden nunmehr Schulungen und Seminare in den Muttersprachen angeboten und auch muttersprachliche Publikationen hergestellt. Hier ging es naturgemäß nicht nur um klassische gewerkschaftliche Themen,

sondern auch um das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik.

Mitte der Achtzigerjahre beschäftigten der DGB und die Einzelgewerkschaften mehr als 50 ausländische Gewerkschaftssekretäre. (Kühne, Beteiligungschancen und Repräsentanz von Migranten in der Arbeitswelt, in: Partizipation ethnischer Minderheiten. Friedrich-Ebert-Stiftung 7. bis 9.12.1992.)

In den achtziger Jahren entsprach der allgemeine Organisationsgrad von 31,18 Prozent dem der deutschen Arbeitnehmer\*innen. Der nur auf die Arbeiter\*innen bezogene Vergleich ergibt ein etwas anderes Bild: Hier sind die deutschen Arbeitnehmer\*innen zu 48,8 Prozent organisiert, die „ausländischen Arbeitnehmer\*innen“ hingegen nur zu 30,6 Prozent. Sehr hoch ist der Organisationsgrad der Arbeitnehmer\*innen aus der Türkei (45,9 Prozent), gefolgt von Spaniern (42,8 Prozent), Griechen (41,4 Prozent) und Portugiesen (39,7 Prozent). (Nach: Kühne, Die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, 7/1982; s.a. Kühne in WSI-Mitteilungen 11/84.)

Mit den Jahren nahm die deutsche Sprachkompetenz zu, was dazu führte, dass sehr viele als Betriebs- und Personalrät\*innen und Vertrauensleute gewählt wurden. So nahmen auch die Zahl muttersprachlicher Gewerkschaftsseminare ab, auch die für diese Gruppen spezifischen Seminare wie bspw. Ausländerrecht/Einbürgerungsrecht/Arbeitserlaubnisrecht wurden auf Deutsch angeboten.

Das große Engagement für die eigenen Rechte endete allerdings zumeist vor den Fabriktooren. Ein Interesse an den politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik gab es wenig. Ein Grund hierfür war sicherlich der stark vorhandene Wunsch, „bald in die Heimat zurückzukehren“. Diejenigen „ausländischen Arbeitnehmer\*innen“, die politisch aktiv waren, setzten sich zumeist für die Verbesserung der Verhältnisse in dem Herkunftsland ein. So wurden Ableger der Parteien/Organisationen der Heimatländer in der Bundesrepublik gegründet. Dies lag sicherlich auch daran, dass in vielen Herkunftsländern faschistische Regime / Militärdiktaturen herrschten: Franco-Regime in Spanien bis 1977, griechische Militärdiktatur 1967 bis 1974, Diktatur in Portugal bis 1974, Militärherrschaft in der Türkei 1971 bis 1974 und 1980 bis 1983.

Ab Mitte der Achtzigerjahre wurde die objektiv schon in Gang gekommene dauerhafte Niederlassung in der Bundesrepublik auch subjektiv realisiert. Viele der politisch Aktiven begannen einerseits, sich für Parteien/Organisationen der Bundesrepublik zu interessieren, andererseits wurden Organisationen gegründet, die sich für die Gleichstellung der Angeworbenen und ihrer Nachkommen in der Bundesrepublik einsetzten. Und in den Nachfolgenerationen überwog mit der Zeit das Interesse an der Politik in der Bundesrepublik.

Diese „neue“ Situation hat sowohl das Interesse der Betroffenen an politischer Bildung geweckt als auch dazu geführt, dass die Institutionen diesbezügliche Angebote entwickelt haben.

Aktuelle Situation: Zusätzlich zu den Problemen allgemein wie die zu wenigen und zu teure Wohnungen, das menschenunwürdige Hartz IV, die geringen Renten gibt es weitere Problemlagen, die die migrantischen Communitys bedrücken, insbesondere der in die Mitte der Gesellschaft gerückte Rassismus, die Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Diskussion über den Islam, die im Bildungssystem immer noch nicht gleichgestellten Herkunftssprachen, Aufenthaltsrecht allgemein und insbesondere die weiter verschärften Hürden bei der Familienzusammenführung. Dies wären Themen für die politische Bildung.

Der Zuzug von schutzsuchenden Menschen seit 2015 bringt den Institutionen der politischen Bildung sicherlich neue Herausforderungen, um diesen Menschen das Einleben in die bundesdeutsche Gesellschaft und das Arbeitsleben zu erleichtern mit Themen wie bspw. politisches System, Sozialstaat, Bildungs- und Ausbildungssystem, gewerkschaftliche Interessenvertretung, Umweltschutz. Dies wird die Aufgabe der diesbezüglichen Institutionen in den kommenden Jahren sein.



## Autorinnen und Autoren der Festschrift

Elke Ahlhoff  
Elke Breitenbach  
Safer Çınar  
Britta Ernst  
Thomas Gill  
Elke Hannack  
Christian Hoßbach  
Prof. Dr. Bernd Käßlinger  
Henning Kruse  
Prof. Dr. Ulrike Liedtke  
Barbara Menke

Prof. Dr. Christoph Meyer  
Dr. Ulrich Raiser  
Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB  
Sandra Scheeres  
Alexander Schirp  
Angelika Schöttler  
Irene Schulz  
Ralf Wieland  
Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann  
Margrit Zauner

## Fotonachweise

S. 6 DGB Bezirk Berlin-Brandenburg  
S. 6 Privat  
S. 8 Abgeordnetenhaus Berlin  
S. 10 Landtag Brandenburg | Stefan Gloede  
S. 12 Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales | Boris Trenkel  
S. 14 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie | Reto Klar  
S. 15 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Land Brandenburg  
S. 17 DGB Bundesvorstand  
S. 20 Jan Sobottka  
S. 26 Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V.  
S. 29 Susie Knoll  
S. 32 Privat  
S. 35 NULL  
S. 39 Anja Schaal  
S. 42 Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg  
S. 45 IG Metall  
S. 49 Privat  
S. 52 ALBBW M. Bußmann  
S. 55 UVB Berlin-Brandenburg  
S. 58 ArbeitGestalten Beratungsgesellschaft mbH  
S. 61 Privat

**ARBEIT UND LEBEN Berlin-Brandenburg DGB/VHS e. V.**

Kapweg 4 | 13405 Berlin

Mail: [office@berlin.arbeitundleben.de](mailto:office@berlin.arbeitundleben.de)

[www.berlin.arbeitundleben.de](http://www.berlin.arbeitundleben.de)



2021 | 1. Auflage

ISBN-Nr.: 978-3-9817838-8-9